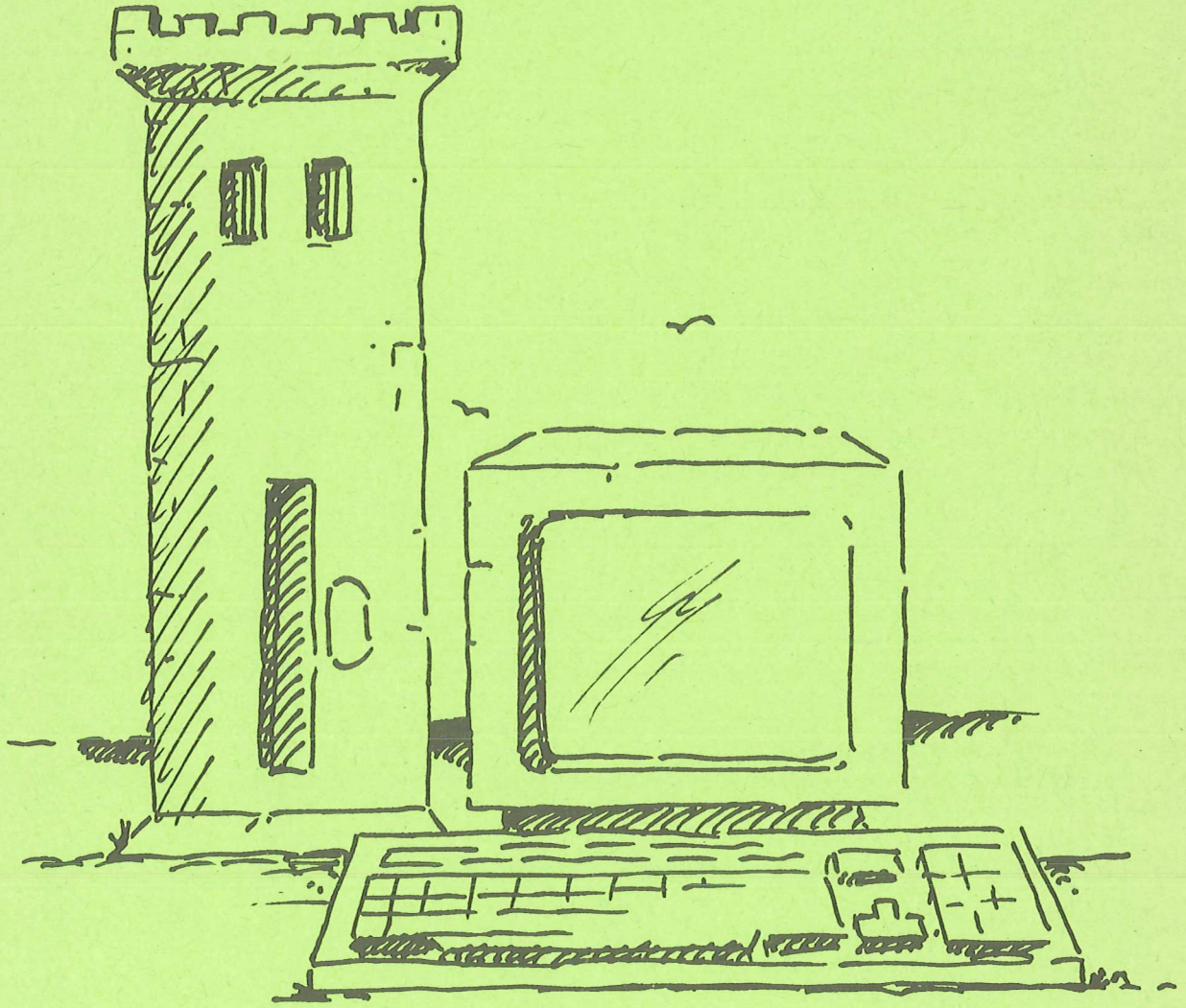
Z 7625 F

KOMMUNIKATION

Forum InformatikerInnen
für Frieden und
gesellschaftliche
Verantwortung e.V.

10. Jahrgang
Februar 1993
ISSN 0938-3476
Einzelpreis: 6 DM

Heft 1/93



(Othmar Karschulin)

Aktuelles zu Europa ´93

THESEN: Januskopf - Forschung und Technik

INHALT

EDITORIAL 3

AKTUELL 5

- Europa '93: Schengen: Stand der Entwicklung 5
- Europa '93: Im Verbund gegen AsylbewerberInnen 6
- Europa '93: ISDN-Datenschutz in der EG 8
- Europa '93: Ohne Datenschutz: Europas Zoll-Informationssystem 9
- Europa '93: FIFF-Jahrestagung '92 9
- Europa '93: 5 vor 12? Fazit des Arbeitskreises "Eurovision: Idyll oder Müll" der FIFF-Jahrestagung '92 12
- Information Age Warriors 14
- Neue Waffen im Bundestag 16
- Fehlgeburten bei Chip-Produzentinnen 17
- SEMATECH ökologisch? 17
- Auskunft über Umweltdaten? 18
- Datenschützer gegen Lauschangriffe 19
- BSI News 19
- Keine Lust auf Datenschutz 20
- Datenschützer: Gesundheitsreform teilweise verfassungswidrig 22
- IuK- Industrie im Bundestag 23
- Informationstechnik für das 21. Jahrhundert 24
- Friedens- und Konfliktforschung vor der Abwicklung 26
- Friedensforschung - noch nicht ganz kaltgestellt 27
- IANUS stellt sich vor 28
- Kinderpornos via Btx 30

F!FF e.V 31

THESEN 32

- Januskopf - Forschung und Technik

Neuronale Netze und Verantwortung 34

Lichterketten in Deutschland! 38

F!FF ÜBERALL 40

LESEN? 42

TERMINE 43

VIELZWECKSCHNIPSEL 45

IMPRESSUM 46

ADRESSEN 47

SCHLUSS-PF!FF 48

(Das Titelbild von Othmar Karschulin haben wir dem Buch "Computer-Rausch" (c) 1990 by electronic promotion, Dipl.sc.pol. Leo Sucharewicz, München entnommen. Es ist zu beziehen über den Jörg Verlag, Helene-Meyer-Ring 10, 8000 München 40.)

EDITORIAL

Nein zur Zukunft?

Was um alles in der Welt hat das FIFF mit der Gewalt gegen Ausländer und rechtsradikalen Umtrieben zu tun? Was geht das FIFF die als Leitthema für das Jahr 1993 ausgegebene wirtschaftliche Rezession an? Natürlich sind wir FIFFerlinge Teil dieser Gesellschaft - aber was haben diese Probleme konkret mit uns zu tun? Oder spielt unsere Arbeit und unsere Technik nicht doch eine größere Rolle bei diesen Problemen?

Manches läßt sich besser erkennen, wenn es aus einem anderen Blickwinkel gesehen wird, wenn wir über unseren deutschen Tellerrand hinaus blicken. Deshalb möchte ich den Blick auf ein Ereignis in den USA lenken, das helfen soll, einige Zusammenhänge zu klären.

1992 brachte der Freispruch weißer Polizisten vom Vorwurf der Mißhandlung eines schwarzen Autofahrers, der durch ein Video untermauert wurde, das Faß sozialer Spannungen in Los Angeles zum Überlaufen und löste die schwersten Unruhen seit Jahrzehnten aus. Eine Woche danach begann die Konferenz zu Computer and Human Interaction (CHI'92). Was als normale Informatik-Konferenz geplant war, wurde zu einer Auseinandersetzung von InformatikerInnen mit ihrer sozialen Umwelt: Die Unruhen in Los Angeles wurden Thema einer ad hoc eingerichteten Arbeitsgruppe, die trotz organisatorischer Probleme über 300 der 2500 TeilnehmerInnen der Konferenz anzog. Sie wollten nicht nur über die Probleme diskutieren, sondern auch konkrete Anhaltspunkte dafür finden, was sie selbst für einen Abbau sozialer Probleme tun können.

Klar wurden sich die TeilnehmerInnen bei dieser Arbeitsgruppe über die bedeutende Rolle der Informationstechnologie für Individuum, Staat und Gesellschaft und der besonderen Verantwortung, die ihnen daraus erwächst. Wie das US-Nachrichtenmagazin Time zum Jahresanfang schrieb, sehen sich die entwickelten Ländern Veränderungen ausgesetzt, die so traumatisch sind, wie die Industrielle Revolution selbst. Neue Produktions- und Informationstechnologien verändern die Fabriken und Büros - und in beiden Fällen bedeutet dies, mehr mit weniger Menschen zu tun . Bereits in den 80er Jahren gingen durch den Einzug des "Kollegen Computers" in die Fabriken allein bei den 500 größten Unternehmen in den USA 3,4 Millionen Arbeitsplätze verloren. Gleiches gilt auch für die Bundesrepublik, denn bei uns ist der Automatisierungsgrad oftmals noch höher. Wer bei den Unruhen in Los Angeles auf die Straße ging, das waren nicht-qualifizierte Arbeitskräfte, die in vollautomatischen Fabriken nicht mehr gebraucht werden.

Der Fortschritt der informationstechnischen Revolution ist auch in der Bundesrepublik spürbar. Zu den über 3 Millionen Arbeitslosen ist hier für die nächsten Jahre schon der Abbau von weiteren 100 000 Arbeitsplätzen angekündigt. Zusätzlich ist nach der Produktion nun die Verwaltung dran: das mittlere Management wird zur gefährdeten Spezies erklärt, ihre Arbeit soll der Computer übernehmen.

Was heute empirisch belegt wird, ist nicht neu. Prognosen zu den Folgen von Rationalisierung und Automatisierung durch Computer sind unter anderem von kritischen InformatikerInnen, Gewerkschaften und SPD-PolitikerInnen vor mehr als 10 Jahren gemacht worden, heute treten sie ein, doch will dies keiner mehr hören.

Die zunehmende Verunsicherung durch Massenarbeitslosigkeit und Rezession haben zu einem politischen Rechtsruck nicht unmaßgeblich beigetragen. Für diese Misere werden hier als Sündenböcke AusländerInnen und Asylsuchende verantwortlich gemacht. Radikalisierung und Gewalt entstehen in wirtschaftlichen Notzeiten. Es sind soziale und wirtschaftliche Probleme, die zu Gewalttaten führen - in Los Angeles ebenso wie in Rostock und Mölln.

Von den zu erwartenden Veränderungen werden Computerfachleute eher profitieren, als daß sie darunter zu leiden haben. Wir Computerfachleute haben eine relativ komfortable Position in unserer Gesellschaft. Der größte Teil von uns ist gutbezahlt und unsere Jobs sind viel sicherer als die der meisten anderen. Wir sind aber nicht nur ein gut bezahlter Teil der Gesellschaft. Wir, mehr als andere Leute in anderen Berufszweigen, kreieren eine weltverändernde Technologie, eine Technologie, die eine tiefe Wirkung darauf hat, wie Menschen leben und sterben.

Es ist unsere Technologie, die unsere Zukunft maßgeblich formt. Es ist fraglich, ob es uns egal sein kann, ob unsere Technologie dazu genutzt wird, um Elend und Armut zu erzeugen und dies nur zynisch zu verwalten. Es ist ein Trugschluß, sich auf technologische Positionen zurückzuziehen und soziale und politische Rahmenbedingungen zu vernachlässigen.

Wir sollten stattdessen eine Technologie schaffen, die zum Beispiel genutzt wird, um Verbesserungen in der Arbeitswelt, in der Ausbildung und dem Zugang zu Informationen zu erzielen, aber auch, um zur Schonung und Erhaltung unserer Umwelt beizutragen.

Damit lassen sich die eingangs gestellten Fragen beantworten: die Informationstechnologie ist die Schlüsseltechnologie für unsere Gegenwart und Zukunft, die für einen Teil der wirtschaftlichen und damit auch politischen Probleme mitverantwortlich ist. Derjenige, der für seine wirtschaftlichen Probleme "die Ausländer" verantwortlich macht, fällt so auch in den Verantwortungsbereich von InformatikerInnen. Das Beispiel aus den USA sollte Mut machen, sich als ComputerexpertIn Gedanken darüber zu machen, was wir gegen soziale Probleme tun können. Als Fachleute sind wir dazu aufgefordert, uns in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für eine sozial und

gesellschaftlich verantwortbare Technikentwicklung einzusetzen.

In den USA ist mit der Wahl eines neuen Präsidenten auch ein neues Denken bei der Entwicklung von Technik eingekehrt. Die Clinton-Administration sammelt bereits Ideen und Vorschläge für eine Neuorientierung für Forschung und Entwicklung im Bereich Informatik; unsere Schwesterorganisation Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) ist daran aktiv beteiligt. Wir müssen aber nicht alle in die USA gehen. Auch das FIFF ist dabei, neue Ideen für Forschungsvorhaben zu entwickeln. Es ist zu hoffen, daß wir nicht auf den "geeigneten Präsidenten" warten müssen, um diese Ideen einmal praktisch umgesetzt zu sehen.

(Ute Bernhardt)

Künftige Themenhefte

Für die Zukunft plant die Redaktion der FIFF KOMMUNIKATION folgende Themenhefte:

- Computerspiele (Naziware ...)
- 21 Century Projekt (BRD)
- Festschrift "10 Jahre FIFF" (1994)
- Multimedia
- Medizinische Informatik

Vorschläge zu weiteren Themenheften werden gerne gesehen, genauso interessiert ist die Redaktion an Menschen und Gruppen von Menschen, die die Vorbereitung von solchen Themenheften übernehmen möchten.

Willkommen sind natürlich auch Beiträge zu den geplanten Themenheften, die dann bei Bedarf gegebenenfalls aktualisiert werden müssen.

AUFRUF

Einstein war Flüchtling

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler setzen sich ein für ein menschliches, gleichberechtigtes Zusammenleben von Deutschen und Ausländern,

- weil das reiche Deutschland nicht hinter ärmeren Ländern zurückstehen darf, wenn es um Hilfestellung für Flüchtlinge geht,
- weil wir versuchen, unsere Verantwortung in einer zunehmend ungerechten und beschädigten Welt wahrzunehmen,
- weil wir im Ausland die Sorge unserer Kolleginnen und Kollegen erleben.

Wissenschaft lebt von ihrer Offenheit und ihrem internationalen Austausch. Sie kann ihren Aufgaben für die Gegenwart und Zukunft der Menschen nur gerecht werden, wenn die Freiheit und die Würde des Menschen überall geachtet werden.

Die Menschenwürde ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (Art.1, Absatz 1, Grundgesetz)

Deshalb muß unser Staat Ausländer und Ausländerinnen und andere Minderheiten und Schwache schützen! Es ist eine verfehlte Politik, die Ausländer gegen Deutsche ausspielt, während sie gleichzeitig die Lösung der vorhandenen Probleme aufzuschieben versucht.

Unser Grundgesetz ist eine Errungenschaft

In vielen Bereichen, auch beim Asylrecht, ist unsere Verfassung beispielhaft. Das Grundrecht auf Asyl ist unsere Antwort auf eine belastete Vergangenheit. Dies gilt es zu verteidigen.

Toleranz, Großzügigkeit, Mitgefühl und Menschlichkeit werden jetzt dringend gebraucht. Dagegen ist das gedankenlose Wiederholen von rassistischen Vorurteilen oder die Gleichgültigkeit Beihilfe zum Niedergang der politischen Kultur.

Politiker dürfen nicht weiterhin Vorurteile schüren

Die Behauptung, daß nur weniger als 5% aller Flüchtlinge hier Anspruch auf Asyl haben, wird durch ständige Wiederholung nicht wahr. 1991 erhielten 8,3% sofort Asyl, noch einmal so viele mußten sich die Anerkennung gerichtlich erkämpfen. Es findet nach Aussage u.a. der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung keineswegs ein massenhafter Asylmißbrauch statt.

Wir in Deutschland und Europa dürfen keine Flüchtlinge mehr produzieren, indem wir Waffen exportieren, und zur Verarmung in den Ländern beitragen beispielsweise in die Türkei, wo sie gegen die Kurden eingesetzt werden. Die Zusammenhänge zwischen einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, hohen Rüstungsausgaben und sinkenden Mitteln für die Entwicklungshilfe oder die UNO-Beiträge sind offensichtlich.

Wir rufen Sie auf, Informationstage zu veranstalten nach dem Motto:

Flüchtlinge schützen - Rassismus bekämpfen -
für eine tolerante Bundesrepublik, die ihre eigenen Grund- und Menschenrechte uneingeschränkt ernst nimmt

Nutzen Sie ihre wissenschaftliche Kompetenz zur Ursachenanalyse, zu Reformvorschlägen und zur Antwort auf Fragen:

- Welche Ursachen und Dimensionen hat das Weltflüchtlingsproblem?

- Wie lassen sich die Weltwirtschaft und die Rolle Europas und der Bundesrepublik in ihr so verändern, daß die Ursachen von Not, Unterdrückung und Flucht von Abermillionen verschwinden?
- Wie konnte es dazu kommen, daß Gewalt gegen unsere ausländischen Mitbürger alltäglich geworden ist. Welche Konsequenzen sind aus den Ursachen zu ziehen?
- Wie kann den Unsicherheiten und Ängsten der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen entgegengewirkt werden, ohne deshalb die Menschenrechte von in der Bundesrepublik lebenden Fremden, von Flüchtlingen bzw. Immigranten und Immigrantinnen zu verletzen?
- Welche Verantwortung haben die wissenschaftlichen Einrichtungen gerade angesichts der langen Geschichte deutscher Wissenschaftsimmigration bei der Lösung dieser Probleme?

Bitte setzen Sie sich mit Anträgen an die Senate, mit Fachbereichsbeschlüssen und anderen Mitteln dafür ein, daß die Themen Asyl, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nicht verdrängt werden. Machen Sie aufmerksam auf Versuche rechtsextremistischer Kreise, akademisches Terrain zu erobern.

Nutzen Sie jede Gelegenheit, besonders auch im direkten Kontakt mit der Öffentlichkeit, um sachlich zu informieren, und um Vorurteilen entgegenzutreten. Eine hohe Zahl der Flüchtlinge in Deutschland ist für ein so reiches Land zu verkraften. Es ist prinzipiell nicht wahr, daß Arbeitslosigkeit und Mangel an Wohnraum ihre Ursache in den Asylbewerbern haben. Es stimmt auch nicht, daß Ausländer und AusländerInnen krimineller wären als Deutsche.

Helfen Sie mit, Modelle für eine gerechtere Welt, für nachhaltiges, sozial- und umweltverträgliches und ein lebenswertes Dasein in Menschenwürde zu entwerfen. Nur in einer solchen Welt werden Flüchtlingsbewegungen nicht mehr entstehen.

Setzen Sie Ihre wissenschaftliche Kompetenz, Ihre Kreativität und Verantwortlichkeit ein, um gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vorzugehen. Helfen Sie, damit in Deutschland Deutsche und Ausländer und Ausländerinnen würdevoll und friedlich miteinander leben können. Deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dürfen nicht ein weiteres Mal scheinbar unpolitisch und sachorientiert beiseitestehen, wenn es um die menschenrechtlichen Existenzgrundlagen in diesem Land geht.

Unterzeichnende:

• Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) • Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für den Frieden • Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) • Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) • Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (IWIF) • Bewußtsein für den Frieden • Friedensinitiative Psychologie Psychosoziale Berufe • Ingenieurtechnischer Verband • Kammer der Technik (KdT) • Kulturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung • Jochen Richert (Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes)

Die Veranstaltung von Informationstagen wird auch unterstützt von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler.

Kontaktadressen:

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
Postfach 543
W 3550 Marburg
Tel. (06421) 21395, Fax (06421) 24654

Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für den Frieden
Lohbrüggerstr. 20
W 2057 Reinbek-Hamburg
Tel. (040) 7220678, Fax (040) 7220579

AKTUELL

Europa '93

Schengen: Stand der Entwicklung

Am 1. Januar 1993 sollten die Ausgleichsmaßnahmen der Schengen-Staaten für den Wegfall der Grenzkontrollen in Kraft treten. Das neue Fahndungssystem mit dem nichtssagenden Namen "Schengen-Informations-System" (SIS), das eines der Kernstücke der Schengener Ausgleichsmaßnahmen sein sollte, wird noch entwickelt.

Das SIS ist das Fahndungssystem der Schengen-Staaten, in dem zur Fahndung ausgeschriebene Personen, Daten über Asylbewerber und Sachdaten über z.B. gestohlene Autos enthalten sein werden. Die Planung ging von 500 000 Datensätzen aus.

Neben den technischen Neuerungen sind eine Vielzahl gesetzlicher Neuregelungen notwendig. Von der Grundgesetzänderung zum Asylrecht bis zur Entsendung von Bundeswehrsoldaten als Grenzschutztruppen an die deutsche Ostgrenze reicht das Spektrum.

Über die Neuerungen auf der Ebene der Schengen-Mitgliedsstaaten kann der Bundestag nicht beraten oder abstimmen, sondern wird nur noch unterrichtet. Über den Stand der Umsetzung der Schengen-Beschlüsse informierte gegen Ende des letzten Jahres der Bundesinnenminister den Bundestags-Innenausschuß. Die wichtigsten Punkte sind im folgenden zusammengefaßt.

SIS: Das zentrale Rechenzentrum des SIS ist in Straßburg fertiggestellt. Die Hardware besteht aus Siemens-Rechnern, die Software entwickelt die französische SEMA-Gruppe. Die Software wird - wie zu erwarten war - nicht rechtzeitig fertig. Die nationalen SIS-Rechner - in der Bundesrepublik die INPOL-Rechner des

BKA - hängen von der Fertigstellung des zentralen Systems ab, so daß das SIS erst etwa Juni 1993 in Gang kommt.

Datenschutz: Laut Innenministerium dürfen Daten erst ausgetauscht werden, wenn die beteiligten Länder ein an den Richtlinien des EG-Europarates ausgerichtetes Datenschutzgesetz haben. Neben der Bundesrepublik haben dies Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und Portugal. Die restlichen Schengen-Staaten Belgien, Italien, Spanien und Griechenland haben Entwürfe vorliegen.

Kontrollen: Für die Kontrollen an Grenzstellen ist ein Handbuch erstellt worden. Jede Person, die die Schengen-Außengrenzen überschreitet, ist zu kontrollieren. Das bringt Probleme auf Flug- und Fährhäfen, wo bisher bei weitem nicht alle kontrolliert wurden. Die abzusehende Verdopplung der Kontrollzeiten von 20 auf 40 Sekunden pro Passagier an einem Kontrollpunkt wird zu längeren Wartezeiten führen.

Deutsche Außengrenzen und neue Technik : Die Bundesrepublik sieht als besonderes Kontrollproblem die Grenzen zu Polen und der CSFR. Die Kontrollintensität soll dort durch mehr Personal (bisher 588 Beamte für die ganze grüne Ostgrenze) und durch mehr Technik ausgeglichen werden. Nachtsichtgeräte, mobile Ausweislese- und "Ausweistestgeräte", Datenfunk und von der militärischen Perimeter-Kontrolle her bekannte Radar-Geräte zur Grenzüberwachung sollen beschafft werden. Natürlich dürfen auch hier verdeckte Ermittler nicht fehlen.

Visapolitik und Asyl: Die Schengen-Staaten haben sich auf eine Liste von Ländern geeinigt, deren Bewohner künftig in allen Schengen-Staaten visa-pflichtig sind. Ebenfalls ist ein einheitlicher Visa-Vermerk aller Schengen-Staaten entwickelt worden. Die Harmonisierung des Asylrechts wird vorangetrieben.

Nacheile und Observation: Weil keine Einigung zu erzielen war, wurde zwischen den Schengen-Staaten auf bilateraler Ebene festgelegt, welcher Polizist bei welchen Straftaten Verdächtigte wie weit in welches Land verfolgen (Fachausdruck: nacheilen) darf und wann von der Waffe Gebrauch gemacht werden darf. In der Bundesrepublik dürfen die Polizeibehörden der Nachbarstaaten zeitlich und räumlich unbegrenzt Straftätern, die auslieferungsfähiger Straftaten verdächtigt werden, nacheilen und die Verfolgten festhalten.

Praktisch heißt das: Polizisten aus den BeNeLux-Ländern oder Frankreich dürfen ihre Person mit Blaulicht bis zur deutschen Ostgrenze verfolgen und bei der Festnahme von der Schußwaffe Gebrauch machen.

Die Observation von anderen Polizeiorganisationen in der Bundesrepublik wird von Fall zu Fall entschieden.

Weitere Maßnahmen: Als wichtig werden genannt die Sprachschulung von Polizisten und die Anschaffung von viel mehr EDV-Technik.

Zusammenfassung

Die Polizeiorganisationen der Schengen-Staaten sind derzeit dabei, ihre Kooperation auf ein Niveau weiterzuentwickeln, das in etwa dem vergleichbar sein soll, das die deutschen Länderpolizeien zueinander haben. Auf dem Weg dahin soll die EDV das zentrale Mittel der Information und Kommunikation sein. Die Kontrolltechnik soll auch zur Sicherung der Außengrenzen verstärkt eingesetzt werden. Die technischen Mittel dazu stammen vom Militär (Radar, Nachtsichtgeräte), aber auch Observationtechniken sollen "verbessert werden" - wie das auch aussehen mag, bleibt offen.

Nicht nochmal betont werden braucht hier die mangelnde parlamentarische Kontrolle von Schengen: Die Regierungen unterrichten nur ihre jeweiligen Parlamente über den Stand der zwischenstaatlichen Beschlüsse, eine wirksame parlamentarische Kontrolle der supranationalen Organisationen des Schengener Vertrages steht weiterhin aus.

(Ute Bernhardt, Ingo Ruhmann)

Europa '93

Im Verbund gegen AsylbewerberInnen

Im Juni 1990 wurde der Schengener Vertrag endgültig von den Regierungen unterzeichnet, wobei die nationalen Parlamente in keiner Weise am Vertragsentwurf beteiligt wurden. Mit dem Hinweis auf "grenzüberschreitende Kriminalität" z.B. im Drogenhandel werden Maßnahmen gefordert, die den Wegfall der Personenkontrolle an europäischen Binnengrenzen kompensieren sollen. Diese Forderung ist insofern irreführend, als die Festnahmen im grenzüberschreitenden Drogenhandel außerordentlich gering sind. Trotzdem versucht man damit die Vorbereitungen für eine europäische Polizei zu rechtfertigen, die ohne demokratische Kontrolle, jenseits von Parlamenten und öffentlicher Diskussion stattfinden.

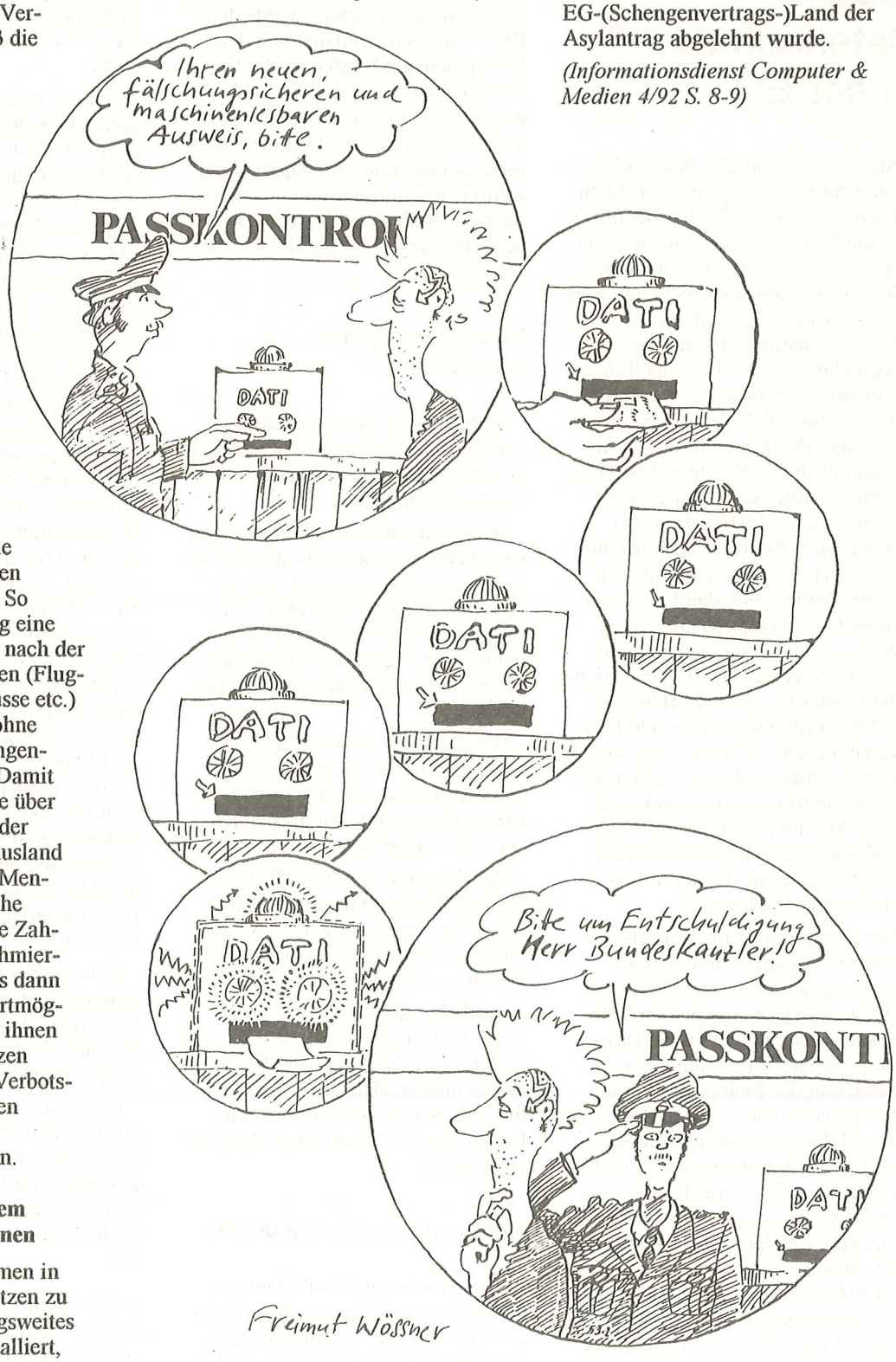
Eines der wesentlichen Regelungsbereiche, auf die es das Schengener Abkommen abgesehen hat, ist die Behandlung von Flüchtlingen aus sogenannten "Drittländern", womit übrigens die neue Menschenkategorie "DrittausländerIn" geschaffen wird. Während durch den europäischen Binnenmarkt am 1. Januar 1993 die völlige Freizügigkeit für Angehörige der EG-Staaten bezüglich des Aufenthalts- und Niederlassungsrechtes hergestellt werden soll, werden die Hürden für "DrittausländerInnen" höher gezogen. In Zukunft wird es das sogenannte one-change-only-Prinzip geben, d.h., wer einmal abgelehnt ist, braucht es gar nicht erst in einem anderen Land zu probieren, da die Ablehnung einer Asylbewerbung in Spanien Gültigkeit zum Beispiel auch in Frankreich und der Bundesrepublik hat. Dänemark hat eine entsprechende Flüchtlingskonvention der EG, die jenes Prinzip ebenfalls enthält, offensichtlich aus humanen Gründen nicht unterschrieben. Mit der Ausweitung des Schengen-Vertragsgebietes wird eine Einwanderung bzw. die Beantragung von Asyl

in den europäischen Staaten beträchtlich erschwert. Zunächst einmal wird die Zahl der visumpflichtigen Länder auf über 90 erhöht (in der EG sind es gegenwärtig ca. 59 visumpflichtige Länder). Dann erfolgt eine erhebliche Verschärfung dadurch, daß die Flüchtlinge vor einem Betreten des Territoriums eines Schengen-Staates ein Visum benötigen, dieses Visum aber erst beantragen können, wenn sie die Grenze des Schengen-Vertragsgebietes erreicht haben. So sind die BRD-Grenzbehörden zwar per Grundgesetz zur Aufnahme von politischen Verfolgten verpflichtet, aber es wird alles getan, um die Menschen vom Erreichen der Grenze abzuhalten. So ist im Schengen-Vertrag eine Bestimmung enthalten, nach der es Transportunternehmen (Flugzeug, Bahn, Schiffe, Busse etc.) verboten ist, Personen ohne Visum bis zu den Schengen-Grenzen zu befördern. Damit wird die Visumkontrolle über die Privatunternehmen der Transportbranche ins Ausland vorverlagert. Nur noch Menschen, die über erhebliche finanzielle Mittel für die Zahlung entsprechender Schmiergelder verfügen, kann es dann noch gelingen, Transportmöglichkeiten aufzutun, die ihnen das Erreichen der Grenzen ermöglichen, denn bei Verbotsübertretungen drohen den Transportunternehmen empfindliche Sanktionen.

SIS - Informationssystem gegen AsylbewerberInnen

Um all diese Maßnahmen in der Praxis auch durchsetzen zu können, wird ein vertragsweites Informationssystem installiert, das Schengener-Informations-System (SIS), das die Daten über EinwanderInnen und AsylbewerberInnen zentral speichert und zum Abruf an sämtlichen dezentralen europäischen Stellen bereithält. So kann einE heute abgelehnteR AsylbewerberIn schon am nächsten Tag keinen Asylantrag mehr in einem anderen Vertragsland stellen - ein Blick in den Computer und die Drittausländerdatei genügt, um festzustellen, ob bereits in einem anderen EG-(Schengenvertrags-)Land der Asylantrag abgelehnt wurde.

(Informationsdienst Computer & Medien 4/92 S. 8-9)



(Freimut Wössner)

Europa '93

ISDN-Datenschutz in der EG

Als sich der deutsche Postminister noch beharrlich weigerte, von Datenschützern erhobene Forderungen, wie z.B. die fallweise Unterdrückung der Rufnummernanzeige, in eine Datenschutzverordnung aufzunehmen, weil er von einem überzogenen Datenschutz die Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Telekommunikation befürchtet, veröffentlichte die für Telekommunikation zuständige Direktion der EG-Kommission im Juli 1990 einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zum Datenschutz im ISDN aus genau gegenteiligen Motiven: Die zuständigen Vertreter der EG-Kommission sind der Auffassung, daß Lücken im Datenschutz Akzeptanzprobleme erzeugen und daß unterschiedliche nationale Regelungen zu unterschiedlichen Anforderungen an Hersteller von Vermittlungssystemen und Endgeräten führen und damit dem wirtschaftspolitischen Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes für Telekommunikation zuwiderlaufen, der die europäischen Hersteller im Wettbewerb mit Japanern und Amerikanern stärken soll.

Aus diesem industriepolitischen Interesse am Datenschutz heraus wurden die jeweils weitestgehenden nationalen Regelungen in den Richtlinienentwurf aufgenommen. Dazu gehören die in Frankreich geltende Verkürzung der Zielnummern auf Einzelentgeltnachweisen um vier Ziffern und die individuelle Unterdrükkung der Rufnummernanzeige. Aus der deutschen TKO wurden das dort verankerte, wenn auch nicht hinreichend konkretisierte Zweckbindungsgebot, sowie ein Auskunftsrecht, aber auch so konkrete Regelungen wie die zur Zustimmung der Inhaber von Zielanschlüssen bei der Anrufweiterschaltung übernommen.

Angesichts der Tatsache, daß einige EG-Länder gar kein Datenschutzgesetz haben und die meisten keine bereichsspezifischen Regelungen, war dies ein sehr weitgehender Vorstoß. Trotz inhaltlicher Verbesserungswünsche in Details wurde der Richtlinienentwurf daher von der Internationalen Konferenz der Datenschutzbeauftragten begrüßt und unterstützt. Diese Unterstützung war auch erforderlich, weil bei der Kommission und beim Europaparlament zahlreiche Einwände eingingen und häufig gefordert wurde, auf eine bereichsspezifische Richtlinie zu verzichten.

Einschätzung der Ausschüsse

Im EG-Parlament wurde der Entwurf in drei Ausschüssen beraten, die zu recht unterschiedlichen Einschätzungen gelangt sind.

Der Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik wertete den gesamten Regelungsansatz als zu restriktiv und unausgewogen, weil insbesondere Interessen der Unternehmen im Bereich des Direktabsatzes nicht hinreichend berücksichtigt werden.

Der Ausschuß für Energie, Forschung und Technologie begrüßte den Ansatz und wies auf zusätzliche Entwicklungsaufgaben im Bereich der Informationssicherheit hin.

Der Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz hat sich lediglich zur allgemeinen Datenschutzrichtlinie, nicht jedoch zur ISDN-Richtlinie geäußert.

Der federführende Ausschuß für Recht und Bürgerrechte, der die Vorschläge im Grundsatz begrüßte, mußte insbesondere einen Kompromiß mit dem Wirtschaftsausschuß finden, um im Plenum eine Mehrheit zu erzielen.

Änderungen des Entwurfes

Die letzlich vom EG-Parlament beschlossenen Änderungen gehen in zwei Richtungen: Die ursprünglich vor allem auf Netzbetreiber und den Telefondienst beschränkten Regelungen sind auf alle öffentlichen Telekommunikationsdienste und sonstige Diensteanbieter ausgeweitet worden. In seiner Begründung betont das EG-Parlament ausdrücklich, »daß für öffentliche und private Anbieter von Telekommunikationsdiensten jeweils die gleichen Bestimmungen gelten« sollen.

Auf der anderen Seite sind einige konkrete Anforderungen gestrichen oder verallgemeinert worden. So sind die Bestimmungen über Teleshopping und Informationsabrufe im Videotext-Dienst gestrichen worden. Zur Begründung heißt es, das Regelungsziel sei durch das allgemeine Verbot der Erstellung von Teilnehmerprofilen bereits erfüllt. Man kann in der Streichung aber auch ein Eingehen auf die Forderung der Marketingverbände und des Wirtschaftsausschusses und den Verzicht auf dienstspezifische Detailregelungen sehen. Ein weiteres Beispiel sind die Änderungen zur Anrufweiterschaltung. Der Kommissionsentwurf sah als Konkretisierung der deutschen Bestimmung vor, daß Anrufende (Dritte) mit einem Signal darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihr Anruf weitergeleitet wird. Aus der konkreten Mußbestimmung hat das Parlament, wohl auf Intervention der Netzbetreiber, eine Verpflichtung zur »Entwicklung von Mitteln und Wegen« für die Möglichkeit eines Abbruchs gemacht. Denn zur Zeit fehlen die technischen Möglichkeiten, um einen Teilnehmer, der von einem Analoganschluß anruft, auf die Tatsache hinzuweisen, daß sein Anruf umgeleitet wird.

Den von der Kommission unternommenen Versuch, mit der Richtlinie Technikgestaltung zu beeinflussen, hat die Parlamentsmehrheit stark eingeschränkt.

Die Autoren des Richtlinienentwurfs sind dem Vernehmen nach mit den Änderungen des Parlaments zufrieden. Im Juni soll dem Ministerrat ein entsprechender geänderter Richtlinienvorschlag vorgelegt werden.

(Dieser Beitrag von Herbert Kubicek erschien in der Zeitschrift "Datenschutz-Nachrichten", Heft 2/3-1992)

Europa '93

Ohne Datenschutz: Europas Zoll-Informationssystem

Während sich der Start des mit der Begründung der Kompensation von Grenzkontrollen geplante Schengen-Informationssystem (SIS) mindestens bis Mitte 1993 verzögern wird, konnte bereits ein europaweiter Computerverbund der Zollverwaltungen in den Vorlaufbetrieb gehen.

Wie das Pressebüro von "Her Majesty's Customs and Excise", der britischen Zollbehörde, Mitarbeitern des Infodienstes "Platform Fortress" Europa mitteilte, wurde bereits am 29. Oktober 1992 das erste Terminal des Custom Information System (CIS) getauften Compterverbunds auf dem Londoner Flughafen Heathrow der Öffentlichkeit präsentiert. Es basiert auf dem älteren Computernetz "Systems Customs Enforcement Network" (SCENT), stellt aber eine signifikante Verbesserung dar. Das System erlaubt die EG-weite Verteilung von Informationen über Personen, Transportmethoden, Sachen und "Trends" und enthält ein Bulletin-Board mit Tips und Informationen der Zollbehörden für die KollegInnen in der EG. Die für die Verteilung von Anordnungen wie Haft- oder "Stop and Search"-Ausschreibungen hinderlichen Sprachbarrieren wurden dadurch unterlaufen, daß alle Anweisungen einen EG-einheitlichen Zahlencode erhalten haben.

Die erste Aufbaustufe geht von 300 Terminals an Brennpunkten des Grenzverkehrs aus, die zweite Stufe sieht den Aufbau einer Datenbank vor, in der Trends, Schmuggelverhalten und andere nicht-harte Fakten gesammelt werden sollen. Eine Datenschutzregelung sei nach Ansicht der britischen Behörden erst für die zweite Phase erforderlich, eine Vernetzung des CIS mit anderen EG-Systemen wie etwa SIS sei derzeit nicht geplant.

Überraschend an CIS ist seine stille Einführung und die unzulängliche Regelung des Datenschutzes. Nach britischem Recht - so "Platform Fortress Europe" - hätte das Individuum keinerlei effektiven Rechte gegen eine Datenverarbeitung im CIS. Dasselbe gilt für EG-Staaten, in denen gar kein Datenschutzrecht existiert. CIS zeigt aber auch den Wildwuchs an EG-weiten Computersystemen, der durch keine Kontrollinstanz gebändigt wird. EG-weite Computerverbundsysteme können nur die Forderung nach Datenschützern mit EG-weiten Kompetenzen nach sich ziehen - und dies so schnell wie möglich!

(Ingo Ruhmann)

Plattform "Festung Europa?"

Die Vereinigung "Platform 'Fortress Europe?'" (PFE) versteht sich als internationales Netzwerk von Gruppen und Einzelpersonen, die besorgt die europäische Harmonisierung betrachten. Dabei werden insbesondere die Bereiche innere Sicherheit, Politik-Alltag, Rechtswesen, Einwanderung und Asyl, sowie die daraus resultierenden Einflüsse auf fundamentale Rechte und Freiheiten thematisiert.

Zehnmal jährlich erscheint hierzu ein Rundbrief (Circular Letter), er kann bezogen werden über:

Nicholas Busch,
Lindsberg 10,
S-791 91 Falum, Schweden;
Tel./Fax (0046) (23) 43008

Europa '93

FIFF-Jahrestagung '92

Alle, mit denen ich gesprochen habe, waren zufrieden. Anscheinend war also für jeden Geschmack etwas dabei auf unserer **Jahrestagung vom 13. bis 15. November auf der Burg Rothenfels/Main.** Wir waren etwa 100 Mitglieder und die Referentinnen und Referenten, und haben die Auswirkungen des EG-Binnenmarkts auf unser Fachgebiet diskutiert, die wohl zu erwarten sind. Es ging insbesondere um die Aspekte Forschungs- und Technologiepolitik, innere und äußere Sicherheit, Auswirkungen im sozialen, medizinischen und Arbeitnehmerbereich und um Computeranwendungen auf dem ökologischen Prüfstand.

Jahrestagungen im Wandel

Die **Überlegungen zur Tagung** hatten folgende Richtung genommen: Seit Jahren ist uns bewußt, daß mit der geplanten Vollendung des Binnenmarkts eine Menge Veränderungen auf uns zukommen würden, allerdings war unklar in welchem Ausmaß. - Da Jahrestagungen in den letzten Jahren kaum noch als Mas-

Literatur zum Thema Europa

Zum Bereich Forschungspolitik in der EG liegen dem FIFF Büro einige Veröffentlichungen der EG-Kommission vor. Kopien können gegen Erstattung der Vervielfältigungs- und Versandkosten dort *(Adresse siehe unter* ADRESSEN*)* angefordert werden.

"Die Forschung nach Maastricht: Bilanz und Strategie." Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1992, 75 S.

"Die europäische Elektronik- und Informatik-Industrie: Situation, Chancen und Risiken, Aktionsvorschläge." Kommission der Europäischen Gemeinschaften, GD XIII Telekommunikation, Informationsndustrien & Innovation, 1990. 32 S.

"Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld - Ansätze für ein Gemeinschaftskonzept." Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1990, 54 S.

Außerdem liegen 50 Exemplare des "Vertragstextes von Maastricht" vor, die ebenfalls im Büro angefordert werden können.

senveranstaltungen zu betrachten waren, andererseits der Arbeitsaufwand für die Vorbereitung schon manche Regionalgruppe gewaltig erschöpft hatte, wollten wir diesmal eine kleine, aber feine Tagung machen. Sie sollte den Interessierten hochkarätige Information und ausreichend Raum zum Diskutieren bieten, durfte aber andererseits keine allzu großen Kosten verursachen. Damit wurde es leider nötig, die Teilnahmegebühren höher als üblich anzusetzen. Weil aber für Unterbringung und Essen durch die Tagungsstätte gesorgt war, fiel gleichzeitig der Aufwand weg, private Unterbringungsmöglichkeiten zu organisieren. Er kam der inhaltlichen Vorbereitung zugute. Sie hat den Vorstand trotzdem sehr beschäftigt, einige von uns kamen kaum zu anderen Aufgaben für das FIFF.

Themenaufriß

Die Europäische Gemeinschaft hat eine (in ihrer Entstehungsgeschichte begründete) vorwiegend wirtschaftliche Zielsetzung; die auch durch den Vertrag zu einer Europäischen Union (Maastricht) nicht entscheidend verändert worden ist. Es ist zu befürchten, daß diese Zielsetzung die bisherigen Erfolge der Umweltpolitik (so mager sie auch sein mögen) gefährdet. Eine gemeinsame Sozialpolitik kann durch einzelne Bremser blockiert werden (hinter denen die anderen sich gerne verstecken). Verschärfte Kontrolle und Einschränkungen für die Menschen werden mit dem Wegfall der Binnengrenzen begründet werden oder mit notwendiger Effizienzsteigerung im internationalen Wettbewerb.

Auftakt

Um in das umfangreiche Thema einzustimmen, fand am Freitagabend ein **Streitgespräch** statt, das möglichst viele Aspekte des europäischen Einigungsprozesses anreißen und auf diesem Weg bei allen Zuhörern "einen Stachel im Fleisch" hinterlassen sollte. Die Anregungen, Zweifel und Befürchtungen fanden in den Arbeitsgruppen am Samstagabend dann Diskussionsforum und Informationsmöglichkeiten. Für das Streitgespräch saßen auf dem Podium:

- Frank Emmert, Jurist für Europarecht
- Jan Holvast von der holländischen Bürgerrechts-Initiative Stichting Waakzaamheid Personenregistratie
- Katharina Lumpp, amnesty international
- Helga Müller, Initiatorin des internationalen Kunst- und Kulturprojekts ATLANTIS und
- Herbert Ungerer, Angehöriger der GD XIII (Telekommunikation, Informationsindustrie und Innovation, Telekommunikationspolitik) der EG-Kommission.

In der anschließenden Diskussion äußerten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich außerordentlich beunruhigt über die Zunahme an Erfassung und Kontrolle durch den wachsenden Informationsaustausch im Binnenmarkt. Dies sei besonders erschreckend, weil Entscheidungsprozesse wenig transparent seien. Außerdem erschwere die Komplexität des Gebildes EG eine Kontrolle durch die Bürger.

Arbeitsgruppen

Am liebsten wäre ich mit einem Viertel meiner Aufnahmefähigkeit in jeder der **Arbeitsgruppen** gewesen. Da das nicht ging, ist dieser Bericht reichlich unausgewogen. Deshalb habe ich überall die Ansprechpartner dazugeschrieben: Wer mehr wissen möchte, kann sich natürlich an sie wenden.

Alle Arbeitsgruppen des nächsten Tages hatten Expertinnen und Experten eingeladen, die sich aber nicht in langatmigen Vorträgen ergingen, sondern meist ihr Wissen nur kurz skizzierten, um dann für die ausführliche Diskussion und Fragen zur Verfügung zu stehen.

"Sicherheitspolitik", darunter versteht man zunehmend die gesamte Sicherheitsvorsorge des Staates gegen Bedrohungen von innen und außen. Daher überschnitten sich die Themen dieser AG 1 und der zweiten Arbeitsgruppe "Arbeits- und Sozialpolitik" in Teilbereichen. Das Einführungsreferat, gehalten von Thilo Weichert (Deutsche Vereinigung für Datenschutz), behandelte deshalb die Probleme, die eine immer intensivere polizeiliche Zusammenarbeit aufwirft, wenn sie sich der Kontrolle durch die Öffentlichkeit weitgehend entzieht, ja nicht einmal von den Parlamenten durchschaut werden kann. Polizeiliche Zusammenarbeit, zunehmende Freizügigkeit von Waren, Kapital und Dienstleistung, wie auch die wirtschaftliche und soziale Vernetzung Europas führen zu Gefährdungen für die informationelle Selbstbestimmung und zu einer kritischen Situation im Datenschutz. Das Einführungsreferat behandelte außerdem den Status von Flüchtlingen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nach den Abkommen von Dublin, Schengen usw. In der AG 1 "Sicherheitspolitik" befaßten sich die Beteiligten anschließend mit der Rüstungs- und Militärpolitik sowie der zugehörigen Technologiepolitik. Hier geht der Trend zunehmend weg von der Verteidigung von Staatsgebieten gegen eine militärische Bedrohung hin zur Verteidigung nationalstaatlicher und europäischer Interessen weltweit. Es ist notwendig, der Militärlogik eine Zivillogik entgegenzusetzen.

Die AG 2 "Arbeits- und Sozialpolitik", beschäftigte sich vorwiegend mit den Folgen des Einsatzes von Informationstechnik im Gesundheitswesen. Hier wirft die Einführung der Krankenversicherungskarte besondere Probleme auf, sowohl bei der gerechten Verteilung medizinischer Leistungen als auch bei der Überwachung der Versicherten. Peter Dippoldsmann (FIFF) stellte in seinem Vortrag die Ziele der medizinisch-technischen Forschungsprogramme der EG vor. Dabei hob er vor allem die beabsichtigte Unterordnung der Sozialpolitik unter das Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit hervor. Die einzelnen Forschungsprojekte seien daran orientiert, auf Kosten der Menschen das Gesundheitswesen zu rationalisieren und marktfähige Medizintechnik zu entwickeln. Sabine Langer (Gewerkschaft Nahrung, Genuß,

Gaststätten) berichtete über die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EG. Während die Arbeitgeber in Großkonzernen und Verbänden europaweit gut organisiert seien, bestünden Schutzrechte und Organisationen der Interessenverteidigung bisher nur auf nationaler Ebene. Ihr Fazit: Was nicht auf nationaler Ebene für die Arbeitnehmer durchgesetzt wird, ist in der EG von vornherein verloren. Jan Kuhlmann (Institut für Informations- und Kommunikationsökologie) schilderte die Selektions- und Kontrollverfahren, die mit der Einführung von Berechtigungsausweisen der Sozialversicherung verbunden sind. Othmar Brigar (ARGE Daten, Österreich) und Jan Holvast (SWP, Niederlande) schilderten die Situation in ihren Ländern. Ein Arbeitskreis (Ansprechpartner ist Jan Kuhlmann) wird sich auch nach der Tagung weiter mit den Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich beschäftigen.

Die AG 3 **"Forschungs- und Technologiepolitik"** befaßte sich mit nationaler und europäischer FuT-Politik, hauptsächlich mit dem europäischen 4. Rahmenprogramm, Europa 2000. Es waren u.a. Barbara Rhode (EG) und Klaus Schütz (BMFT) anwesend. Im Gespräch ergab sich ein Dissens bei der Unterordnung der Forschung und Entwicklung ausschließlich unter Wettbewerbsziele; es entstanden aber auch spannende Diskussionen beispielsweise über die Notwendigkeit, Vielfalt als europäisches Charakteristikum zuzulassen. Angesichts der allgemeinen Wahrnehmung von Problemen wurde der Wunsch nach Konsens und gemeinsamer Orientierung sichtbar. Die Übereinstimmung stieß aber an ihre Grenzen, als ethische Gesichtspunkte am Beispiel der Gentechnik erörtert wurden. Hier scheint eine Kluft zwischen Theorie und Praxis zu bestehen. Die Themen dieser AG werden im FIFF und in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen weiterverfolgt. Ansprechpartner ist Manfred Domke (FIFF).

In der AG 4 **"Eurovision: Idyll oder Müll"** stellten Lorenz Hilty (Universität Hamburg) und Hans-Peter Glathe (PROMETHEUS-Office c/o Daimler Benz) neue Konzepte für den I&K-Einsatz in Transport und Logistik vor. Der Nutzen dieser Konzepte blieb umstritten, ihre Bestimmung als Stützpfeiler einer Wachstumsideologie fragwürdig, auch angesichts der damit verbundenen Kosten. Im zweiten Teil der AG wurden Erwartungen und Entwicklungen in Richtung auf ein europäisches Umweltmonitoring vorgestellt. Ansprechpartner ist Ralf Klischewski (FIFF).

FuT für das 21. Jahrhundert

In der Abschlußveranstaltung am Sonntagvormittag setzen die Mitglieder des FIFF sich neue Ziele und zogen Konsequenzen aus der "europäischen" Standortbestimmung. Das FIFF wird seine bisherige, Technik-kritische Haltung mehr auf die Zukunft ausrichten. Es beabsichtigt, sich aktiv an der Diskussion um zukünftige Ziele der Forschung und Entwicklung im Bereich Informationstechnik zu beteiligen. Es wird sich als Initiator und Moderator eines Prozesses engagieren, in dem Forschungs- und Technologieentwicklung demokratisiert und Sozial- und Umweltverträglichkeit als gleichrangige Ziele aufgenommen werden. Ziel eines "Projektes 21. Jahrhundert" soll die wirkungsvollere Verbesserung und Erhaltung von Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung für die Welt sein.

FIFF als Partner

Um dieses Ziel zu erreichen, aber auch um die Herausforderungen durch ein Zusammenwachsen Europas besser zu bestehen, strebt das FIFF die Vernetzung mit anderen Initiativen und Organisationen an, die ebenfalls den Dialog um zukunftsorientierte, gesellschaftlich verantwortbare Informationstechnik voranbringen wollen. Aus anderen europäischen Ländern waren Bürgerinitiativen mit verwandten Zielen eingeladen und angereist, ebenso wie die beiden Partnerorganisationen in Deutschland DVD (Deutsche Vereinigung für Datenschutz) und IKÖ (Institut für Informations- und Kommunikationsökologie).

Ergebnisse der Tagung

Jahrestagungen 1993 und 1994: Es scheint, als wäre die Form, in der dieses Jahr unsere Tagung ablief, recht erfolgreich: Vorwiegend die Aktivsten kommen - wenn sie können - und wir müssen uns nicht auf ein massenhaftes Zusammenströmen einrichten. Es haben sich anscheinend auch alle wohlgefühlt. Für **1994** wollen wir deshalb wieder einen ähnlichen Rahmen zum **zehnjährigen Jubiläum** organisieren. Wenn sich für die Vorbereitung Regionalgruppen begeistern können: bitte meldet Euch!

1993 sind relativ viele perspektivische Arbeiten geplant. Dazu gehören das Projekt 21. Jahrhundert, die inhaltliche Diskussion mit dem FIFF-Rat, eine intensivere europäische Zusammenarbeit, usw.. Wir haben deshalb schweren Herzens die **Jahrestagung** etwas verkürzt. Sie wird **am 9. Oktober 1993** in Bonn stattfinden, etwa einen halben Tag der inhaltlichen Arbeit widmen und einen weiteren halben Tag den Aufgaben der **Mitgliederversammlung**. Wichtig wird natürlich die Wahl - wir brauchen auch eine neue Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Die Anreise ist morgens, und damit der Wunsch nach Geselligkeit auch befriedigt wird, wollen wir abends noch ein bißchen zusammensitzen. Insgesamt dauert es aber nur einen Tag, eine begrenzte Anzahl von Schlafplätzen können die Mitglieder in Bonn bieten, aber an sich solltet Ihr die Abreise noch am selben Tag einplanen.

Anregungen und Ideen für die Jahrestagung 1993 und die Jubiläumstagung 1994 sind sehr erwünscht!

Kooperationen: Ein Ergebnis der Tagung ist eine Vertiefung der Zusammenarbeit (nicht nur) auf europäischer Ebene. Auf diese Weise sollen der Informationsfluß zwischen kritischen Organisationen verbessert und die Voraussetzungen für mehr Einfluß auf Entscheidungen geschaffen werden. Auch eine noch umfassendere Vernetzung wird fort-

geführt, wie beispielsweise in der Initiative INES (International Network of Engineers and Scientists), eingeleitet im vergangenen Jahr.

Außerdem wurde eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften angeregt. Betriebsräte wünschen sich häufig eine bessere Beratung bei ihren Mitbestimmungsaufgaben zur Einführung neuer Technologien. Diese Arbeit könnten FIFF-Mitglieder leisten, sie müßten es auch nicht umsonst tun. Das könnte vielleicht eine Anregung an die Regionalgruppen sein, mit den Gewerkschaften in ihrer Umgebung Kontakt aufzunehmen?

(Dagmar Boedicker)

Europa '93

5 vor 12?

Fazit des Arbeitskreises "Eurovision: Idyll oder Müll" der FIFF-Jahrestagung '92:

Der Beitrag der Informatik zum Umweltschutz ist äußerst dürftig.

Zwei Schlagzeilen aus der Woche vor der FIFF-Tagung: Das Ozonloch ist größer als bisher angenommen, der Zustand des deutschen Waldes hat sich weiter verschlechtert. Nichts Neues also.

Erster Referent in der alten Bibliothek der gemütlichen Burg Rothenfels war Dr. Lorenz Hilty vom Lehrstuhl "Angewandte und Sozialorientierte Informatik" der Uni Hamburg. "IuK-Technik im Verkehr: Chancen und Risiken für die Umwelt" hatte Hilty seinen Vortrag genannt, sprach in der Folge jedoch fast ausschließlich über die Risiken.

Mit der Post fing alles an

Gründe für seine Skepsis sieht Hilty schon in der Geschichte. Als die Post erfunden wurde, herrschte die Ansicht, die neue Institution würde den Personenverkehr verringern. Man glaubte, der Nachrichtenverkehr könne den physischen Verkehr ersetzen. Diese Erwartung wurde nicht bestätigt, vielmehr erwies sich das Gegenteil als richtig. Die Ansichtskarte beispielsweise brachte den Fremdenverkehr erst ins Rollen. Statistiken zeigen, daß der Benzinverbrauch proportional mit der Anzahl der Telefongespräche angestiegen ist.

Was ist so schlimm am Verkehr?

Dazu präsentierte Hilty einige Zahlen: 20 bis 30 Prozent des Energieverbrauchs geht in Deutschland auf das Konto des Autoverkehrs, beim Mineralöl sind es gar 50 Prozent. Nicht weniger beeindruckend die Schadstoffbilanz des Autos: 75 Prozent der Kohlenmonoxid- und 70 Prozent der Stickoxid-Emmissionen qualmen aus den Auspuffen. Was an Blei und Benzol in der Luft schwirrt, stammt zu 90 Prozent vom Autoverkehr. 1,6 Prozent der Fläche Deutschlands sind mit Straßen zugepflastert - das klingt harmlos. In den Städten hört sich das schon anders an: Bis zu 50 Prozent der Fläche wird hier dem Verkehr geopfert. Hinzu kommt noch der Lärm und der Gestank, der von den Straßen ausgeht.

Neue IuK-Technik - ein Ausweg aus dem Verkehrschaos?

Wohl kaum, meint Hilty. Denn die meisten Projekte mit so verheißungsvollen Namen wie PROMETHEUS oder DRIVE hätten eines gemeinsam: Sie entlasteten nur kurzfristig. Wie auch LISB, ein Verkehrsinformationssystem, das dem Fahrer hilft, den kürzesten Weg zu seinem Fahrtziel zu finden, und bei Stau alternative Routen vorschlägt. Solange nur wenige Fahrer dieses System haben, werden für sie die Fahrtzeiten kürzer. Der Nutzen von LISB ist gleich Null, wenn alle Autos über das System verfügen. Wenn die Zahl der zugelassenen Autos weiter steigt, wird kein noch so kluges Verkehrsmanagementsystem den Kollaps verhindern können.

Just-in-time-Produktion und regionale Arbeitsteilung wären in der heutigen Form ohne DV-Systeme nicht denkbar. Und die Entwicklung schreitet stetig voran: Im Jahr 2000 wird rund vierzig Prozent der Produktion just-in-time organisiert sein, prognostiziert Hilty. Das bedeutet wiederum mehr Verkehr. Denn es rechnet sich für die Unternehmen, halb-leere Brummis durch Deutschland fahren zu lassen, anstatt vor Ort viel Geld in Lagerhaltung zu investieren. Die Bahn gerät im Rennen gegen die LKW-Speditionen noch mehr ins Hintertreffen.

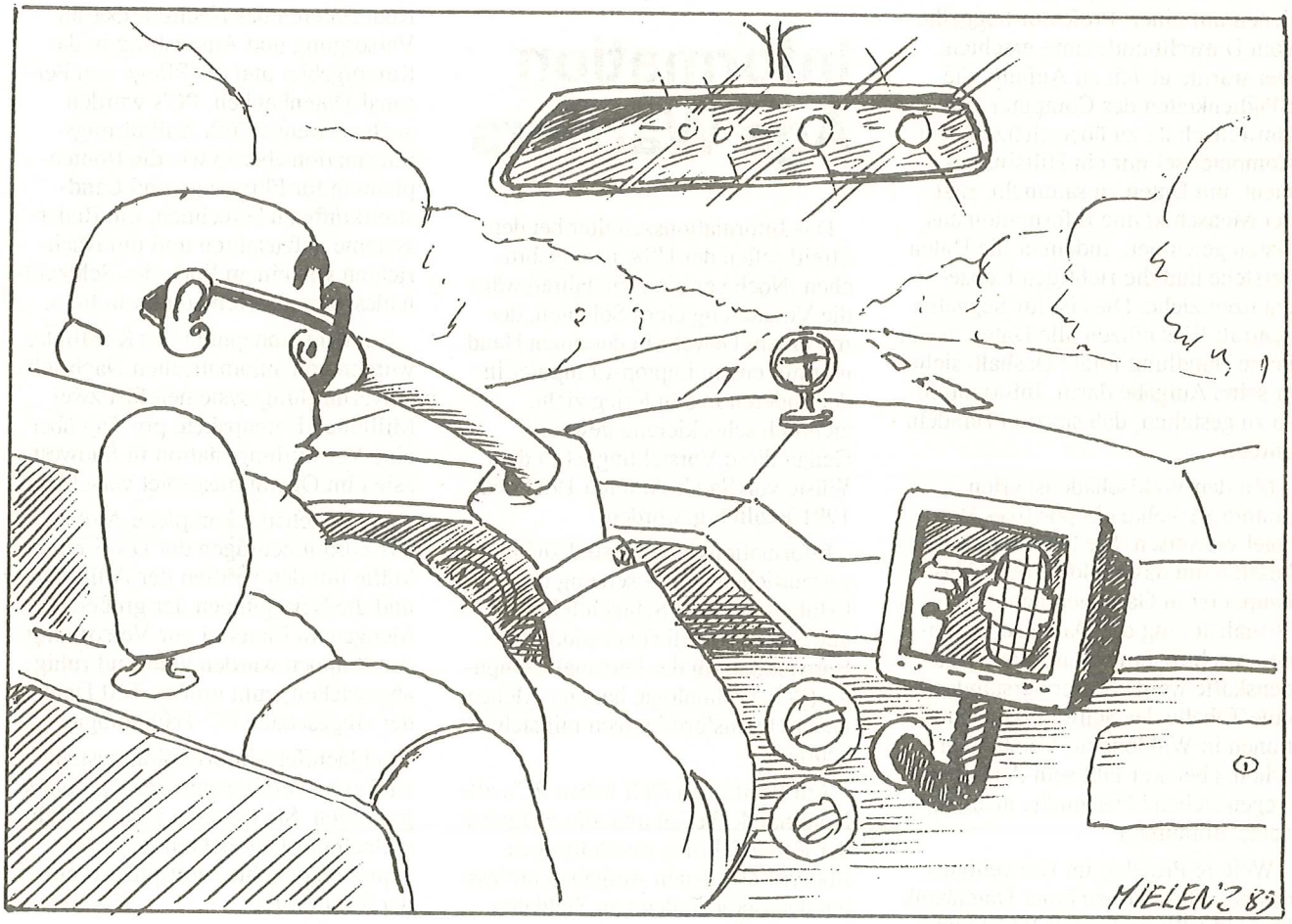
Das Fazit, das man aus Hiltys Vortrag ziehen kann: IuK-Technik im Verkehr dient heute in erster Linie dazu, die ohnehin überfüllten Straßen noch besser auszulasten. Umweltschutz spielt dabei keine Rolle.

Den zweiten Vortrag hielt Hans-Peter Glathe von Daimler-Benz. Er begann mit allgemeinen Überlegungen, bevor er das Verkehrsleitsystem PROMETHEUS vorstellte, an dessen Entwicklung er selbst beteiligt ist.

Autofahren macht Spaß!

Unser heutiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem basiere auf einem funktionierenden Transportsystem. Alternativen müßten sich am jetzigen Transportsystem messen. Bisher sei das Auto einfach unersetzlich und die großen Zuwachsraten beim Freizeitverkehr zeigten, daß Autofahren vielen Menschen Spaß mache. Deswegen müsse das Ziel von Verkehrsmanagementsystemen wie PROMETHEUS sein, den Verkehr sicherer und flüssiger zu machen. Und damit basta!

Ein Ziel des PROMETHEUS-Projekts ist nach Glathe, Autos so zu bauen, daß sie im Notfall, etwa wenn der Fahrer einschläft, autonom reagieren können. Systeme zur Sichtweitenüberwachung, die es im Flugverkehr schon gibt, sollen auch im Straßenverkehr zum Einsatz kommen. Daneben wird an einem System zur automatischen Abstandsüberwachung und einem automatischen Notruf geforscht.(Genauere Informationen bitte den umweltfreundlichen Hochglanzbroschüren entnehmen, die Daimler-Benz gerne zuschickt!)



(Berndt Mielenz, aus "Computer-Rausch", siehe Seite 2)

Politik und Gesellschaft sind verantwortlich

Technische Innovationen allein können die Verkehrsprobleme nicht lösen , gestand Glathe ein. Hier sei die Politik gefordert. Vermeidbarer Verkehr müsse vermieden werden und wenn man den Fahrer wirklich treffen wolle, dann helfe nur der Griff an dessen Geldbeutel. Aber auch die Gewerkschaften müßten flexibler sein bei der Arbeitszeitregelung, damit es künftig keine rush-hour mehr gäbe. Und schließlich habe sich die Gesellschaft zu entscheiden, welche Form der Mobilität sie sich wünsche.

So viel dazu. Die anschließende Diskussion verlief für mein Empfinden erstaunlich ruhig. Lag es vielleicht am idyllischen Tagungsort? Oder an dem so sympathischen Eindruck, den Herr Glathe hinterlassen hatte? Ich stehe ja auf ihrer Seite, sonst hätte ich wohl kaum an dieser Veranstaltung teilgenommen , beteuerte er. Hans-Peter Glathe - unser Mann bei Daimler-Benz?. Zweifel sind angebracht. Was seltsamerweise niemandem so recht auffallen wollte: Das Wort Umweltschutz kam in Glathes Vortrag nicht einmal vor. Es ist immer noch kein Thema bei Daimler-Benz. Wie anders wäre auch zu erklären, daß die Firma in diesen Tagen ihre Kunden mit 2-Tonnen-Panzern der sogenannten S-Klasse aufrüstet. Wider alle Vernunft werden Autos vom Band gefahren, die 25 Liter saufen (bleifrei, versteht sich - der Umwelt wegen) und Spitzengeschwindigkeiten weit über 200 Stundenkilometer erreichen. Es gibt Menschen, denen mache es einfach Spaß, schnell zu fahren. Das müsse man akzeptieren, meinte Glathe. Freie Fahrt für freie Bürger also. Es gebe auch Männer, warf Professor Weizenbaum ein, denen es Spaß mache, Frauen zu vergewaltigen. Das werde auch nicht akzeptiert.

Wenn Glathe sagt, Politik und Gesellschaft seien gefordert, mag das stimmen. Das befreit die Industrieunternehmen nicht von ihrer Verantwortung. Sie sind auch Teil der Gesellschaft und genauso zum Handeln aufgerufen. Im Falle von Daimler-Benz wäre der Verzicht auf Pferdestärken glaubwürdiger als sündteure High-Tech-Spinnereien.

Information muß "ansteckend" sein

Als zweiter Themenblock des Arbeitskreises stand "Umweltmonitoring" - das technikgestützte Sammeln von umweltrelevanten Daten - auf der Tagesordnung. Dazu waren

drei Referenten eingeladen, von denen nur einer, Professor Seggelke vom Umweltbundesamt, erschien. Der warnte gleich zu Anfang, die Möglichkeiten des Computers im Umweltschutz zu überschätzen. Der Computer sei nur ein Hilfsinstrument, um Daten zu sammeln. Erst der Mensch könne Information aus Daten gewinnen, indem er die Daten verstehe und die richtigen Konsequenzen ziehe. Dies ist für Seggelke zentral: Was nützen alle Daten, wenn keine Handlung folgt? Deshalb sieht er seine Aufgabe darin, Information so zu gestalten, daß sie zum Handeln anregt.

Mit den Waldschadenskarten konnte Seggelke ein positives Beispiel vorweisen. Sie hätten die Diskussion um das Waldsterben überhaupt erst in Gang gebracht. Die Visualisierung der Daten sei besonders wichtig, eine bunte Waldschadenskarte werde besser verstanden als eine Tabelle der Schwefelkonzentrationen in Waldböden. Verstanden schon, aber wer läßt sein Auto deswegen stehen? Das mußte auch Seggelke einräumen.

Weitere Projekte im Umweltbundesamt: Der Aufbau einer Datenbank für Umweltliteratur (ULIDAT) und einer Datenbank über Umweltforschung (UFORDAT), ein Smogfrühwarnsystem, sowie eine Gefahrstoff-Schnellauskunft für Polizei und Feuerwehr. Informatik allein reiche bei der Entwicklung solcher DV-Systeme nicht aus, betonte Seggelke. Wissen über Psychologie, Gruppendynamik und Soziologie sei seiner Meinung mindestens genauso wichtig.

In der abschließenden Diskussion gestand Seggelke ein, daß er selber nicht immer glücklich sei, zu beobachten, wie die Informationen aus seinem Amt umgesetzt werden (oder auch nicht). Trotzdem müsse man geduldig sein und hoffen, daß sich Vernunft und globales Denken in Politik und Gesellschaft durchsetzten. Ob uns noch so lange Zeit bleibt?

(Rainer Stadler)

Information Age Warriors

Das Informationszeitalter bei den Streitkräften der USA ist angebrochen. Noch vor ein paar Jahren wäre die Vorstellung eines Soldaten, der mit einem Gewehr in der einen Hand und mit einem Laptop-Computer in der anderen in den Krieg zieht, ziemlich schockierend gewesen. Genau diese Vorstellung ist in der Wüste von Saudi-Arabien 1990 und 1991 Realität geworden.

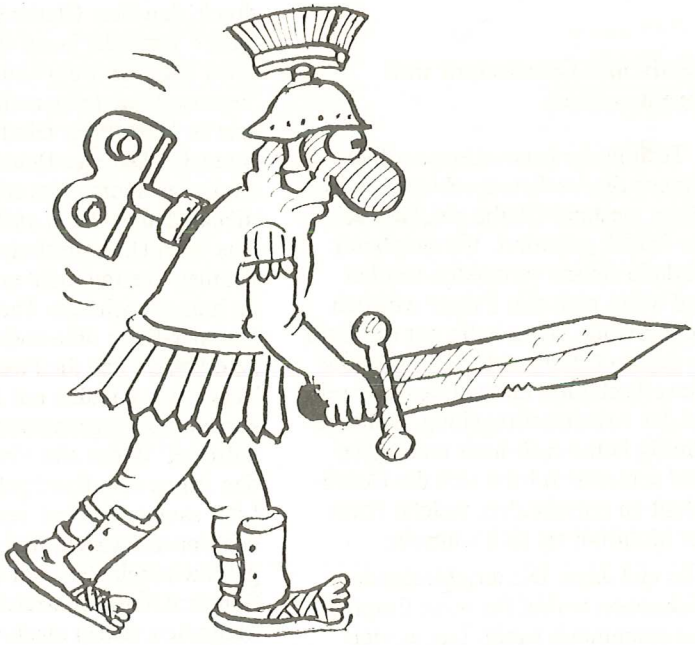
Informationssysteme sind zu einer wesentlichen Voraussetzung des Erfolges auf dem Schlachtfeld geworden. Und die explosionartige Entwicklung in der Personal Computer (PC) Technologie hat eine Menge neuer Herausforderungen mit sich gebracht.

Am Persischen Golf haben PC's alle Kommandoebenen und alle Aufgaben der Kriegsführung durchdrungen. Ihre verschiedenen Aufgaben umfassten das Bereitstellen von Zieldaten für Flugzeuge und Raketen, das Koordinieren des Nachschubes an Versorgung und Ausrüstung in das Kampfgebiet und die Pflege von Personal-Datenbanken. PC's wurden auch verwendet, um Aufklärungsinformation ebenso wie die Routenplanung für Flugzeuge und Landstreitkräfte zu berechnen, um Radarsysteme aufzuspüren und um Nachrichten von einem Ende des Schlachtfeldes zum anderen zu übermitteln.

Auf dem Höhepunkt des Konfliktes wurden von automatischen Nachrichtenvermittlungssystemen fast zwei Millionen Datenpakete pro Tag über eine Vermittlungsstation in Südwestasien im Operationsgebiet verschickt.

Der ungeheuer komplexe Aufbau, das Zusammenfügen der US-Streitkräfte mit den Kräften der Alliierten und die Bewegungen der großen Mengen an Material zur Versorgung der Truppen wurden glatt und ruhig abgewickelt, zum großen Teil Dank der eingesetzten PC-Technologie.

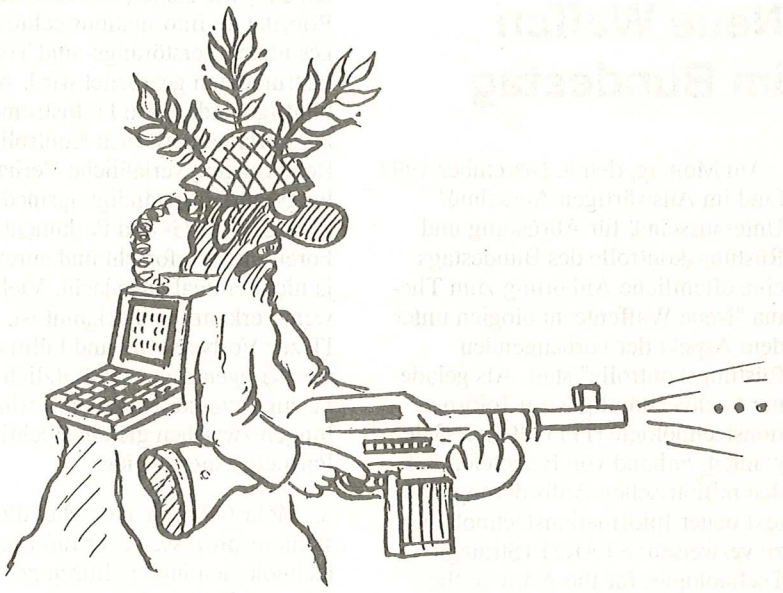
Schlachtfeld-Informationssysteme sind zum Verbündeten des Kämpfers geworden. Sie leisteten viel mehr als einfach nur Unterstützung, PC's waren regelrechte Multiplikatoren der Streitkräfte.



(Stano Kochan, aus "Das fröhliche Computerhasser-Buch", Eichborn Verlag, Frankfurt/Main)

Effizientes Informationsmanagement erhöhte den Erfolg von Schlachtfeldoperationen, verbesserte den Prozeß der Entscheidungsfindung und synchronisierte die verschiedenen Kampffähigkeiten.

Dennoch stehen weitere Herausforderungen bevor. Mit der Weiterverbreitung (Proliferation) von taktischen Computersystemen und -Programmen wird die Unvereinbarkeit von Systemen kritisch. Die Vielzahl von Generationen und Konfigurationen der EDV-Architekturen und die komplexen Methoden des Daten- und Informationsaustausches müssen für eine bessere Effektivität standardisiert werden. Tatsächlich hinkt die Innovation der Unvereinbarkeit der Systeme hinterher. Der Mangel an durchgesetzten Standards und andere Faktoren haben zu Systemen geführt, die sich nicht miteinander verständigen können. Entsprechend wird der Kämpfer mit mehr Informationen in immer mehr verschiedenen Formaten überflutet. Aus der Sicht der Kommandanten sollte die empfangene Information eine genaue Beschreibung von freundlichen, feindlichen und neutralen Elementen im betrachteten Gebiet - dem "Schlachtenraum" - liefern. Um die benötigte Genauigkeit und Menge an Informationen zu erreichen, muß eine verteilte Datenbasis aus allen zur Verfügung stehenden Informationen gebildet werden. Aufklärungs-, Operations-, Logistik- und Verwaltungsinformation muß zusammengeführt und in einer Weise verteilt werden, daß sie bei Bedarf aus dieser globalen "Infoshäre" abgerufen werden kann. Diese Gesamtinformation muß analysiert werden, um doppelte Informationen in einzelne Elemente zu verwandeln. Die expandierende Disziplin der "Künstlichen Intelligenz" verspricht eine große Hilfe dabei zu werden. Die Präsentation der Information ist ebenso wichtig. Luft, Boden und Seekommandanten brauchen jeweils verschiedene Abbildungen der Gefechtsgebietes; die für die Logistik Verantwortlichen brauchen noch einmal eine andere. Jeder sollte die Möglichkeit haben, sich die Art der Aufbereitung der Information auszusuchen. Die Software-kontrollierte Anpassung an jede Befehlsstelle ist das Ziel.



(Stano Kochan, aus "Das fröhliche Computerhasser-Buch", Eichborn Verlag, Frankfurt/Main)

Daneben gibt es auch noch langfristige Herausforderungen. Tatsächliche Unvereinbarkeiten erfordern ein Maximum an zu verteilender Information an alle Waffengattungen, an alle Kommandanten im Kampf und an die Verbündeten. Dies alles läßt das Militär in Richtung auf entsprechend notwendige nationale und internationale Standards für Informationssysteme drängen. Die zukünftig auf dem Schlachtfeld benötigte Information erfordert wesentliche Leistungssteigerungen der Verarbeitungsgeschwindigkeit und der Speicherkapazitäten ohne jedoch die Größe und den Energieverbrauch zu erhöhen. Der Kämpfer von Morgen wird globalen Zugang zu den Informationen und vielschichtige und transparente Sicherheitssysteme in einem Laptop-System mit sich führen.

Das Fernziel ist einfach: Gib dem Kommandanten auf dem Schlachtfeld all die Informationen, die er braucht, um den Krieg zu gewinnen. Und gib sie ihm wann, wo und wie er sie haben will. Eine reduzierte Streitmacht und ein sinkendes Verteidigungsbudget resultiert in einem erhöhten Einsatz von Technik, der die Streitkräfte so verstärkt, daß die lebensnotwendige militärische Abschreckung gesichert wird. In wachsendem Maße werden militärische Anforderungen durch kommerzielle Hardware und Software erfüllt. Auch die Kosten drängen das Militär hin zu kommerziellen Produkten. Das Militär hing schon immer von der Industrie ab, und diese Abhängigkeit hat sich kontinuierlich ausgezahlt. Da sich die Sonne des Informationszeitalters immer noch auf ihren Zenit zubewegt, werden neue Anwendungen der Informationstechnologie genug hervorbringen, so daß die Streitkräfte der Vereinigten Staaten die erreichte Effektivität erhalten können, die sie im "Wüstensturm" so stolz demonstriert haben.

(General Colin L. Powell ist der Vorsitzende der Chefs der Teilstreitkräfte und dient als erster militärischer Berater des Präsidenten. Sie können Kontakt zu ihm aufnehmen über BIX c/o "editors" der Zeitschrift BYTE, deren Juliausgabe 1992 wir diesen Beitrag entnahmen.)

Neue Waffen im Bundestag

Am Montag, den 9. November 1992 fand im Auswärtigen Ausschuß/ Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestags eine öffentliche Anhörung zum Thema "Neue Waffentechnologien unter dem Aspekt der vorbeugenden Rüstungskontrolle" statt. Als geladener Sachverständiger zur Informationstechnologie (IT) hatte ich Gelegenheit, anhand von Beispielen auf den militärischen Anforderungskontext neuer Informationstechnologien zu verweisen: STAR21 (Strategic Technologies for the Army of the Twenty-First Century, National Research Council 1992), Department of Defense (DoD) Critical Technologies Plan 1991 (Annex), DARPA Neural Network Study (Juni 1988), Militärstrategien (Gegenseitige Vernichtung, Kontrollierbarer Atomkrieg), Doktrinen (Elektronische Kriegsführung), Szenarien und Programme (SDI)... enthalten nämlich genau diese Anforderungen, die bis über das Jahr 2010 hinausreichen. Vergleichbare Beschreibungen ziviler Anforderungen gibt es nicht, stattdessen wird dabei immer auf den Markt verwiesen. Das hat auch Prof. Kunze, Fraunhofer Institut (FhI) für angewandte Materialforschung, als Experte zu Werkstoffen in seinem Vortrag deutlich gemacht.

Meine Schlußfolgerungen in der Anhörung waren:

1. Vorbeugende Rüstungskontrolle muß ganz vorne in den Entstehungsprozessen neuer Technologien ansetzen, speziell bei der Festlegung von Anforderungen, die nicht nur von WissenschaftlerInnen und IngenieurInnen oder vom Forschungsminister, sondern auch von Militärstrategen und der Außenpolitik formuliert werden. Wer heute für Kampfeinsätze deutscher Soldaten im Rahmen der UNO und/oder für eine europäische "Verteidigungsgemeinschaft" eintritt, festigt im IT-Bereich die bestehende Ausrichtung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten (FuE) auf militärische Technologieziele. Das bedeutet, daß, wie bisher, mit höchster Priorität an informationstechnisch gestützten Zerstörungs- und Tötungsinstrumenten gearbeitet wird. Auch künftig werden also IT-Instrumente zur parlamentarischen Kontrolle der Regierungen, verläßliche Verhandlungs- und Verständigungsmedien für KSZE-, EG- und Parlaments-Foren nicht erforscht und entwickelt, ja nicht einmal angedacht. Viel zu wenig erkannt und bekannt ist, daß IT zur Vorbereitung und Führung von Kriegen sich grundsätzlich von IT zur Unterstützung von Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern unterscheidet.

2. Mehr Öffentlichkeit über die Entstehungsprozesse neuer Informationstechnologien muß politisch gewollt sein und hergestellt werden.

3. Nur eine Änderung der FuE-Richtung von militärischen auf zivile Ziele wäre ein Beitrag zu einer qualitativen, strukturellen Abrüstung.

Ich sehe es als dringende Aufgabe des FIFF, dem DoD-Beispiel im zivilen Bereich zu folgen und qualitative und quantitative zivile Anforderungen bis ins Jahr 2010 zu formulieren. Eine zivile Zielrichtung läßt sich beispielhaft wie folgt beschreiben: IT zur Förderung von

- Demokratie, Gewährleistung (bei der Einhaltung und Ausübung) von Grundrechten,
- Regierungskontrolle durch Parlamente,
- Verständigung durch verläßliche Verhandlungsführung,
- Motivation, Kreativität, Selbst- und Qualitätsbewußtsein und Verzicht.

Auf zivile Ziele europäischer Problem- und Entwicklungslinien ausgerichtete neue Informationstechnologien dürften dann auch gerne von den Militärs genutzt werden. Eine Dual-Use-Politik in diesem Sinne wäre aus meiner Sicht vertretbar. Die gängige Dual-Use-Politik ist eine Politik zur Weiterverbreitung neuer Waffentechnologien.

Dr. Herrmann Scheer hatte den Vorsitz in dieser Anhörung. Anwesend waren u.a. die MdBs Katrin Fuchs, Edelgard Bulmahn, Uta Zapf, Feldmann, Kröppelin, Müller, Soell, Würzbach. Herr Scheer hat Nachfragen und einige Initiativen zu dem Thema angekündigt. Presse- und Zuhörerplätze waren dünn besetzt.

(Manfred Domke)

GE Boykott

Der transnationale Riese **General Electric** (GE) ist - historisch und gegenwärtig - der führende Konzern in der Herstellung und Förderung von Nuklearwaffen. Um die Firma zum Ausstieg aus ihrem tödlichen Geschäft zu bewegen, gibt es seit 1986 eine wachsende internationale Boykottbewegung, die bei INFACT, einer US-amerikanischen Basisorganisation mit Sitz in Boston, Massachusetts, begonnen wurde. GE ist den europäischen Verbrauchern bekannt als Hersteller der Glühbirnen der Marken Thorn und Tungsram.

Der erste große Erfolg des Boykotts: im Mai 1992 stellte GE die Produktion von Atomwaffenzündern ein. In den letzten Monaten ist die Kampagne rasch gewachsen durch die Mitarbeit von IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs) und des IPB (Internationales Friedensbüro, Genf). Anläßlich der Ausstrahlung des INFACT-Filmes "Tödliche Täuschung - General Electric, Atomwaffen und die Umwelt" im Dezember 1992 im dritten Programm des WDR wurde die FIFF KOMMUNIKATION angeschrieben mit der Bitte um Weiterverbreitung des Boykottaufrufes.

Nähere Informationen und der Film auf Video sind erhältlich bei

IPPNW
Körtestraße 10
1000 Berlin 61
Fax (030) 6938166

Fehlgeburten bei Chip-Produzentinnen

Im Oktober 1992 stellte die US Semiconductor Industries Association, der Fachverband der amerikanischen Halbleiterindustrie, die Ergebnisse einer von IBM in Auftrag gegebenen arbeitsmedizinischen Studie über Risiken bei der Chip-Produktion vor. Sie sagt aus, daß schwangere Frauen, die mit Glykol-Äther an ihren Arbeitsplätzen in der Halbleiterfertigung Kontakt haben, einem stark erhöhten Fehl- bzw. Mißgeburtenrisiko ausgesetzt sind. Die Intel Corp., die größte US-Chipherstellerin, die in der Halbleiterfertigung etwa 3.250 Frauen beschäftigt, reagierte sofort. Schwangeren Frauen, so das Unternehmen, würden bei vollem Lohnausgleich unverzüglich andere Arbeitsplätze außerhalb der Chip-Produktion angeboten. Wie reagiert die IBM Deutschland bzw. die Siemens AG, wo diese Stoffe immer noch eingesetzt werden? Wie erst jetzt durch die Presse bekannt wurde, war bereits 1986 eine ähnlich angelegte arbeitsmedizinische Studie bei DEC zu vergleichbaren Ergebnissen gekommen. FIFF machte schon 1989 in seiner Veröffentlichung "Computer und Umwelt - Arbeitswelt der Zukunft: Mc Chip & Co." darauf aufmerksam. Amanda Hawes, Direktorin des "Santa Clara Center for Occupational Safety and Health", einer Non-Profit Einrichtung für Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit, kommentiert die neue Studie mit den Worten Seit 10 Jahren schon warnen wir davor, Menschen Glykol-Äther-Verbindungen auszusetzen, weil damit Reproduktionsschäden verbunden sein können. Aber die Elektronik-Industrie hat eine Entscheidung so lange hinausgezögert, bis es meßbare körperliche Schädigungen in größerer Anzahl gab. Dies ist besonders empörend, weil die meisten Opfer Frauen sind, - die Entscheidungsträger aber sind fast immer Männer. Ted Smith, Vorsitzender der Campaign for Responsible Technology (CRT) und Direktor der Silicon Valley Toxics Coalition, meinte dazu: Unglücklicherweise gibt es zu viele Leute in Machtpositionen in der Elektronikindustrie, die sich mehr Sorgen machen um die nächste Chip-Generation als um die nachfolgende Generation von Menschen.

(Heidelotte Craubner)

Literatur

Hinweis im SYSTERS-Netzwerk im Oktober 1992.

die tageszeitung, 15.10.1992, Fehlgeburten bei Chip-Produzentinnen

Süddeutsche Zeitung 15.10.1992, Chemikalien lösen Fehlgeburten aus

... das ist kein Job, den man auf ewig macht! FIFF KOMMUNIKATION 4/92 Seite 43

Computer und Umwelt - Arbeitswelt der Zukunft: Mc Chip & Co, FIFF, 1989

Arsen und Spitzen Chips FIFF KOMMUNIKATION 3/90, Seite 38 - 41

SEMATECH ökologisch?

Der US-Kongreß hat Anfang Oktober 1992 verfügt, daß zukünftig 10% der jährlich für das Halbleiterforschungskonsortium SEMATECH aufgewendeten öffentlichen Fördermittel in Gesamthöhe von $100 Mio für Projekte im Bereich der Umweltforschung und des Arbeitsschutzes aufgewendet werden müssen. Diese Entscheidung war auf Druck von Umweltschutzorganisationen zustandegekommen und ist ein Anzeichen für den veränderten Stellenwert, den das staatlich geförderte F&E-Konsortium zukünftig im Rahmen der amerikanischen Technologiepolitik einnehmen wird.

Vor fünf Jahren war SEMATECH mit dem erklärten Ziel gegründet worden, insbesondere gegenüber Japan die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Halbleiterindustrie langfristig abzusichern.

Im Rahmen der neuen Ökologieprojekte wird SEMATECH nun verstärkt auf F&E-Vorhaben verpflichtet, in denen arbeitsmedizinische Fragestellungen und die Verminderung der durch die amerikanische Halbleiterindustrie hervorgerufenen Umweltverschmutzung im Vordergrund stehen.

Die amerikanischen Chiphersteller haben mittlerweile einen Großteil ihrer Reputation eingebüßt, saubere und umweltverträgliche Fertigungstechnologien anzuwenden. Erst am 13. Oktober 1992 erklärte beispielsweise IBM, es habe den Gebrauch der Chemikalie Glycol-Äther drastisch reduziert, nachdem IBM-interne Ergebnisse einer arbeitsmedizinischen Studie Zusammenhänge zwischen einem erhöhten Fehlgeburtsrisiko und der Verwendung dieser Chemikalie im Rahmen der Chipproduktion nahegelegt hatten. Umweltschützer reklamieren seit langem, die Halbleiterindustrie gehöre insbesondere wegen dieser und anderer im Fertigungsprozeß eingesetzten Chemikalien zu den größten Umweltverschmutzern der Nation. In einer Anhörung vor dem Ausschuß für "Science, Space and Technology" des US-Repräsentantenhauses erklärte Ted Smith, Vorsitzender der "Campaign for Responsible Technology", nirgendwo sonst im Lande sei die Grundwasserverseuchung so weit fortgeschritten, wie im Silicon Valley. Grund dafür seien vor allem die von den dort ansässigen Elektronikunternehmen in Flüsse und Bäche eingeleiteten Chemikalien.

Eine Sprecherin der in Austin (TX) ansässigen Umweltschutzorganisation "People Organized in Defense of Earth and Resources" erklärte, ihre Gruppe habe feststellen müssen, daß SEMATECH bislang von einer strikten Anwendung einschlägiger Umweltschutzauflagen befreit gewesen sei, weil ein Großteil der öffentlichen Fördermittel bislang für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben im Verteidigungsbereich vorgesehen war, für den entsprechende Ausnahmebestimmungen gelten.

In letzter Zeit ist SEMATECH auch in Industriekreisen unter Beschuß geraten. Angesichts der jüngsten Joint-Ventures zwischen namhaften

amerikanischen und japanischen Halbleiterherstellern - wie z.B. IBM und Toshiba oder "Advanced Micro Devices" und Fujitsu - sei der ursprüngliche Auftrag dieses F&E-Konsortiums hinfällig geworden. Das entsprechende, in den US-Verteidigungsetat eingestellte Haushaltsgesetz verlangt im kommenden Jahr von SEMATECH die Investition von $10 Mrd. für die Entwicklung einer umweltschonenden Halbleiterfertigungstechnologie. Arbeitsschutz- und Umweltschutzorganisationen, so die Gesetzesvorschrift, seien in diesen Prozeß einzubinden.

Anmerkung: SEMATECH wurde vom Pentagon initiiert und wird etwa zur Hälfte vom DoD gefördert.

(Quelle: FITNUS Fachinformations- & Informationstechnologie-Nachrichten aus den USA, Nr. 32 vom 23. Oktober 1992)

Auskunft über Umweltdaten?

Dr. Clemens Arzt, Justitiar von Greenpeace, über ein Informationsgesetz

SZ: Herr Arzt, die Bundesregierung verkündet gerne, daß Deutschland im Umweltschutz "Spitze" sei. Jetzt tut sie sich schwer, eine von der Europäischen Gemeinschaft beschlossene Richtlinie in ein deutsches Gesetz umzuwandeln. Es geht um das Recht des Bürgers, Informationen über die Umweltsituation von den Behörden zu bekommen. Im Paragraph 1 des Entwurfs wird dem Bürger der freie Zugang garantiert. Ist Greenpeace damit zufrieden?

ARZT: Nein. Zwar steht im Paragraphen 1, daß der Bürger Zugang zu den Informationen habe, aber ein Großteil des übrigen Gesetzes beschäftigt sich damit, Ausnahmebestimmungen zu definieren, die den Zugang zu den Daten über die Umwelt verhindern.

SZ: Warum tut man sich in Europa so schwer, dieses Recht durchzusetzen?

ARZT: In Europa tut man sich überhaupt nicht schwer. Es gibt viele Länder, die schon längst einen freien Zugang - nicht nur zu Umweltinformationen, sondern zu allen Behördendaten und -informationen - gewährleisten. Schweden kennt seit dem 18. Jahrhundert ein solches Recht. In Deutschland sind wir von einem völlig anderen Grundverständnis der Verwaltung geprägt, die meint, alles, was sie hat, sei geheim und gehe den Bürger nichts an.

SZ: Jetzt ist also vorgesehen, dem Bürger mehr Rechte zu geben. Was ist Ihre Kritik an dem Entwurf von Klaus Töpfer?

ARZT: Hauptkritik ist, daß umweltrelevante Genehmigungs- und Planungsverfahren von diesem Recht auf Informationen ausgenommen werden.

SZ: Das scheint absurd, denn genau dann möchte man doch gerne wissen, was auf einen zukommt als Bürger, und welche Konsequenzen das hat für die Umwelt.

ARZT: Begründet wird das damit, daß man mit diesem Gesetz zwar einen prinzipiellen Anspruch eröffnet, daß aber dort, wo spezialgesetzliche Regelungen anderer Natur bestehen, man diesen Vorrang gibt.

SZ: Und was verlangt Greenpeace?

ARZT: Daß alle Umweltinformationen grundsätzlich offen für die Bürger sind, also ein generelles Akteneinsichtsrecht. Die Bundesregierung hingegen möchte, soweit sie überhaupt diesen Zugang eröffnet, dem Bürger entweder nur "Informationsträger", zum Beispiel Disketten oder Papiere übermitteln, die die Behörde auswählt, oder er soll eine zusammenfassende Auskunft erhalten. Das bedeutet einen immensen Arbeitsaufwand für die Behörden, aber auch, daß Informationen hier selektiert und auch zensiert werden können, worauf auch der Gutachter des Umweltbundesamtes, Hans-Uwe Erichsen von der Universität Münster, hingewiesen hat.

SZ: Spielt hier das Problem des Datenschutzes eine Rolle?

ARZT: Gewiß, personenbezogene Daten sowie auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse müssen geschützt sein. Es geht aber darum, alles, was den Bürger betrifft, wie Emissionen, Abfälle und Reststoffe, aus den Behördenunterlagen auch erfahren zu können. Diese Daten sind "öffentlichkeitsgewidmet".

SZ: Die Industrie sieht in der EG-Richtlinie wieder mal eine Gefahr für den Standort Deutschland, was insofern nicht ganz verständlich ist, als diese gerade EG-einheitlich gehandhabt werden muß. Können Sie dieses Argument verstehen?

ARZT: Nein. Standort Deutschland heißt jetzt nämlich: Wir sind in Deutschland weit hinterher, was Akteneinsicht angeht. Frankreich, aber auch andere Länder, sind uns weit voraus, sie haben generelles Akteneinsichtsrecht. Der Einwand, daß die Konkurrenz aus den Behördenakten erfährt, was man macht, ist in den USA schon vor dreißig Jahren gebracht worden, als dort entsprechende Gesetze geschaffen wurden. Beweise hierfür fehlen.

SZ: Was kritisiert Greenpeace darüber hinaus noch?

ARZT: Wir fordern einen freien Zugang zu allen Umweltinformationen für Bürger und Umweltverbände. Wir fordern Wahlrecht zwischen Akteneinsicht und Auskunft, und zunächst allgemein verständliche Datenübersichten, um erkennen zu können, was die Behörde überhaupt hat. Wir fordern Zugangsrecht während laufender Genehmigungsverfahren und auch in der Vorbereitung von Rechtsverordnungen. Wir fordern, daß das Gesetz selbst Abwägungskriterien vorgeben muß, wann ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis oder schützenswerte personenbezogene Daten vorliegen. Namen von Umweltverschmutzern und Emissionsdaten usw. haben einen hohen Sozialbezug, weil es um den Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger geht. Sie sind nur in Ausnahmefällen schützenswert.

SZ: Was geschieht, wenn bis zum 31. 12. kein Gesetz zustande kommt?

ARZT: Vom 1. Januar 1993 an ist, solange es kein Gesetz gibt, die EG-Richtlinie direkt anwendbar. Dann hat jeder Bürger das Recht auf Auskunft.

(Die Fragen stellte Martin Urban; mit freundlicher Genehmigung der Süddeutschen Zeitung)

Datenschützer gegen Lauschangriffe

Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder (außer Bayern) haben sich gegen den Lauschangriff auf Wohnungen und damit gegen heimliche Bild- und Tonaufzeichnungen in und aus Wohnungen ausgesprochen. Auf der Konferenz der Datenschutzbeauftragten am 1. und 2. Oktober 1992 ist dazu die folgende Entschließung gefaßt worden.

Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder erklären bei Gegenstimme Bayerns:

Nachdem erst vor kurzem mit dem Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität die Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden erheblich erweitert worden sind und obwohl über den Erfolg dieser Maßnahmen noch keine Erfahrungen gesammelt werden konnten, wird gegenwärtig parteiübergreifend vielfach die Forderung erhoben, der Polizei in bestimmten Fällen das heimliche Abhören und Herstellen von Bild- und Tonaufzeichnungen in und aus Wohnungen (sog. "Lauschangriff") zu ermöglichen.

1. Das Grundgesetz gewährt jedem einen unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung, der der Einwirkung der öffentlichen Gewalt entzogen ist. Dem einzelnen muß um der freien und selbstverantwortlichen Entfaltung seiner Persönlichkeit willen ein "Innenraum" verbleiben, in dem er »sich selbst besitzt« und »in den er sich zurückziehen kann, zu dem die Umwelt keinen Zutritt hat, in dem man in Ruhe gelassen wird und ein Recht auf Einsamkeit genießt« (BVerfGE 27,1 ff.). Jedem muß ein privates Refugium, ein persönlicher Bereich bleiben, der obrigkeitlicher Ausforschung - insbesondere heimlicher - entzogen ist. Dies gilt gegenüber Maßnahmen der Strafverfolgung vor allem deshalb, weil davon auch unverdächtige oder unschuldige Bürger betroffen sind. Auch strafprozessuale Maßnahmen dürfen nicht den Wesensgehalt eines Grundrechts, insbesondere nicht das Menschenbild des Grundgesetzes verletzen.

2. Die Datenschutzbeauftragten nehmen die Gefahren, die das organisierte Verbrechen für die Opfer und auch für die Demokratie und den Rechtsstaat heraufbeschwört, sehr ernst. Sie sind allerdings der Meinung, daß eine angemessene Abwägung zwischen der Verfolgung der organisierten Kriminalität und dem Schutz der Persönlichkeitsrechte der Bürger geboten und möglich ist und es eine Wahrheitserforschung um jeden Preis auch künftig im Strafprozeßrecht nicht geben darf. Daraus folgt, daß der Lauschangriff auf Privatwohnungen für Zwecke der Strafverfolgung auch in Zukunft nicht erlaubt werden darf.

3. Eine andere Frage ist, ob und unter welchen Voraussetzungen der Gesetzgeber für Räume, die allgemein zugänglich sind oder beruflichen oder geschäftlichen Tätigkeiten dienen (z.B. Hinterzimmer von Gaststätten, Spielkasinos, Saunaclubs, Bordelle), einen Lauschangriff zulassen kann. Hierfür sind Mindestvoraussetzungen ein eng begrenzter abschließender Straftatenkatalog, die Verwendung der gewonnenen Erkenntnisse ausschließlich zur Verfolgung dieser Straftaten, ein strikter Richtervorbehalt sowie die Wahrung besonderer Amts- und Berufsgeheimnisse.

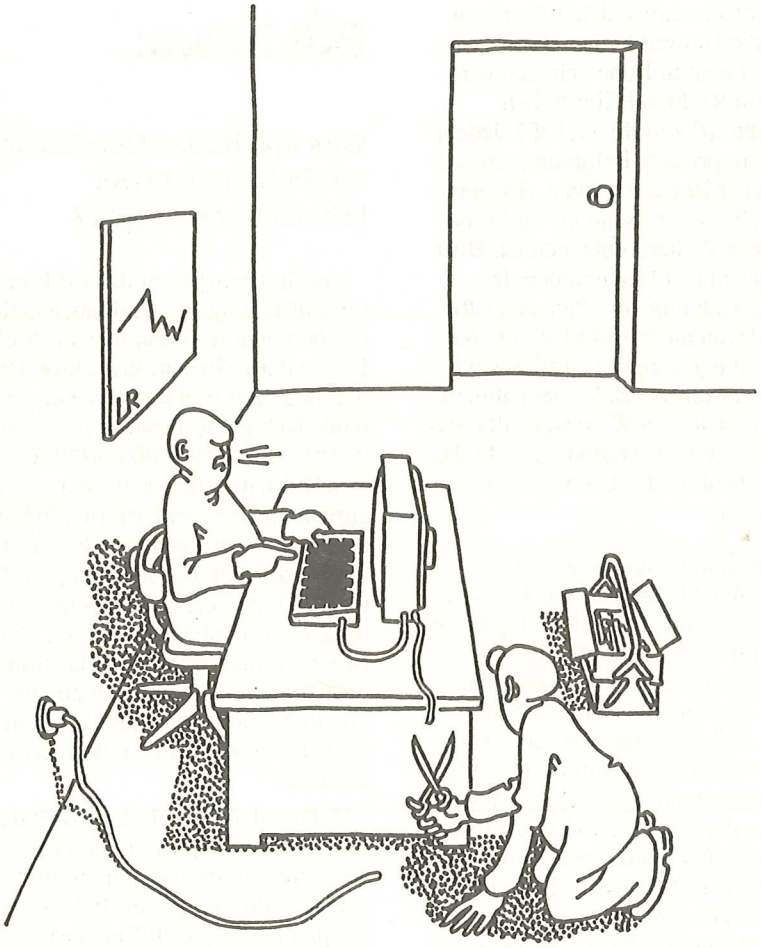
BSI News:

Was macht das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik?

Vor drei Jahren hat das FIFF in der die Entstehung und Aufgabenstellung des heutigen Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) dokumentiert und schwere konzeptuelle Mängel festgestellt *(siehe* FIFF KOMMUNIKATION 1/90 *und* 2/90*)*. Das BSI hat mittlerweile seine Arbeit aufgenommen und Kriterien für die Sicherheit von Systemen der Informationstechnik (ITSEC) aufgestellt und ein entsprechendes Evaluationshandbuch (ITSEM) vorgelegt. Das BSI hat einige seiner KritikerInnen mittlerweile zu einer zweiten Diskussionsrunde eingeladen - waren also alle Befürchtungen und Kritiken verfrüht?

Nicht zuletzt durch die Kritik des FIFF an den ursprünglichen Plänen der Bundesregierung aufgeschreckt, lädt das BSI einmal jährlich zu einem Gesprächskreis nach Boppard ein, um über gesellschaftliche Folgen des Einsatzes informationstechnischer Systeme zu diskutieren. Eingeladen waren neben einer Reihe namhafter Fachleute aus Wissenschaft und Industrie auch der Chaos Computer Club (CCC), die Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD), das Institut für Kommunikationsökologie (IKÖ) und natürlich auch das FIFF. Die Tagung 1992 war in drei Blöcke gegliedert, die sich mit Verantwortung, Menschen im Datennetz und Handlungsoptionen befaßten.

Während auf der einen Seite das Motto des ersten Blockes "Alle Maschinen übernehmen Arbeit, aber keine Maschine übernimmt Verantwortung" von Wolfgang Coy eine fortschrittliche und kritische Distanz gegenüber dem uneingeschränkten Machbarkeitsglauben bei informationstechnischen Systemen nahelegt, wurde auf der anderen Seite die Reihe der Probleme auf die Themen "Sicherheit von DOS-PC's" und



»*Und Sie sind absolut sicher, daß man unseren Code jetzt nicht mehr knacken kann?*« (Reinhard Löffler)

"Gefahren von Chipkarten" reduziert. Einen Einfluß auf die Politik und die Arbeitsweise des BSI hat keine dieser Veranstaltungen bisher gezeigt. So läßt sich der etwa im "Informationsdienst Computer & Medien" zu lesende Vorwurf, diese exklusiven Veranstaltungen dienten dazu, den »Sicherheits-Beamten die Stimmen der Kritik« nahezubringen und Akzeptanzförderung bei den KritikerInnen zu erreichen, nicht entkräften.

Dieser Vorwurf erhält inhaltlich noch weitere Nahrung durch die Auseinandersetzung und Stellungnahme des Präsidiumsarbeitskreises "Datenschutz und Datensicherung" der Gesellschaft für Informatik (GI). In ungewöhnlich deutlicher Form wurden von diesem Arbeitskreis sowohl an den ITSEC-Kriterien als auch am ITSEM-Handbuch Mängel festgestellt. Obwohl ein Mitglied seit Anfang der Beratungen hinzugezogen wurde, blieben wesentliche Teile der fachlichen Kritik unbeachtet. Zu den Hauptkritikpunkten zählen:

- die verschiedenartigen potentiellen Angreifer werden nicht betrachtet,
- verdeckte Kanäle werden nur unzureichend behandelt,
- die Sicherheitsmechanismen werden nur ungenügend differenziert,
- kryptographische Mechanismen müssen öffentlich diskutiert werden,
- Entwicklungswerkzeuge müssen ebenfalls evaluiert werden.

Das Resümee der GI-Arbeitsgruppe zur Berücksichtigung von Verbesserungsvorschlägen ist: Kritische Punkte wurden weder diskutiert noch geklärt, sondern einfach weggelassen«.

Nicht nur die gesellschaftlichen Auswirkungen der Unsicherheit informationstechnischer Systeme bei zunehmender Informatisierung bleiben unbeachtet, selbst die fachliche Kritik verhallt ungehört. Angesichts dieses Umgangs mit der (Fach-) Öffentlichkeit bewahrheiten sich die bereits vor drei Jahren dargelegten Positionen des FIFF, daß eine ehemalige Geheimdienst-Behörde nicht geeignet ist, die Verletzlichkeit der Informationstechnik ernsthaft und im Kern als gesellschaftliches Problem zu begreifen und dies auch umzusetzen. Sie scheint auch nicht in der Lage zu sein, über staatliche Interessen hinaus die fachlich gestellten Erfordernisse angemessen zu berücksichtigen.

(Ute Bernhardt, Ingo Ruhmann)

Keine Lust auf Datenschutz

Post reagiert nur langsam auf das "Fangschaltungsurteil" des Bundesverfassungsgerichts

"Spürnasen brauchen ISDN", heißt es in einer Anzeige der TELEKOM. Am liebsten jedoch schnüffelt die Post gleich selbst. Und zwar in Dingen, die sie überhaupt nichts angehen, meint Herbert Kubicek. In der Zeitschrift "Wechselwirkung" (Nr.58, Dezember 1992) stellt der Professor für Angewandte Informatik und Leiter der Forschungsgruppe Telekommunikation an der Uni Bremen wieder einmal die Frage nach dem "Datenschutz bei der Telekommunikation". Seit Beginn der ISDN-Debatte hat Kubicek die Pläne der Post kritisiert: Zum einen will man dort künftig die Verbindungsdaten aller Telefongespräche (Tag und Uhrzeit des Telefonats sowie Telefonnummer des Angerufenen) sammeln und zentral speichern, um - wie man sagt - "Unklarheiten bei der Gebührenabrechnung" zu vermeiden. Auf der Telefonrechnung der Zukunft sind dann die Verbindungsdaten aller Anrufe aufgeführt. Zum anderen soll

das ISDN-Telefon ein Display haben, auf dem die Nummer des Anrufers zwangsweise angezeigt wird. Damit, beteuert man bei der Post, komme man doch in erster Linie dem Kunden entgegen.

Grundrechte bedroht

Eine arge Vereinfachung. Schließlich seien, so Kubicek, mit diesen Maßnahmen zwei Grundrechte in Gefahr, das Grundrecht auf unbeobachtete Kommunikation (Fernmeldegeheimnis) sowie das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Der Gesetzgeber müsse handeln.

Im Postministerium hält man Verordnungen für ausreichend - 1991 traten die TELEKOM-Datenschutzverordnung (TDSV) und die Teledienstunternehmen-Datenschutzverordnung (UDSV) in Kraft. Die beiden Texte unterscheiden sich hauptsächlich durch ihren Namen. Gemein ist ihnen, daß sie die Forderungen der Datenschützer weitgehend unterlaufen: Die Verbindungsdaten sollen bis zur Erstellung der Telefonrechnung gespeichert bleiben. Ob sie danach gelöscht werden, kann der Anrufer entscheiden. Der Angerufene, dessen Telefonnummer mit den Verbindungsdaten gespeichert wurde, hat darauf keinen Einfluß; die Postverordnungen gestehen ihm keine schutzwürdigen Belange zu.

Die Anzeige seiner Telefonnummer auf dem Display am anderen Ende der Leitung soll der Anrufer unterdrücken können - ein kleines, keineswegs freiwilliges Zugeständnis des Postministers an die Datenschützer.

Einzige Schutzbestimmung der Verordnungen: Anrufe bei Telefonseelsorge und ähnlichen Beratungsstellen dürfen auf der Gebührenabrechnung nicht erscheinen. Diese Bestimmung gilt schon nicht mehr für Anrufe bei Ärzten, Psychologen, Anwälten oder Journalisten.

Bundesverfassungsgericht bestätigt die Datenschützer

Mit dem "Fangschaltungsurteil" des Bundesverfassungsgerichts vom März 1992 sieht Kubicek seine kritische Haltung bestätigt. Zum Sachverhalt: Die Klägerin war verdächtigt worden, eine andere Frau mit anonymen Anrufen zu belästigen. Die belästigte Frau beantragte bei der Post eine Fangschaltung. Die Vermutung der Frau bestätigte sich. Tatsächlich wurden die Anrufe vom Anschluß der verdächtigten Frau geführt. Die Daten der Fangschaltung dienten in einem zivilrechtlichen Prozeß als Beweismittel, die Frau wurde verurteilt. Daraufhin klagte sie beim Bundesverfassungsgericht: Die Fangschaltung seien ohne gesetzliche Grundlage durchgeführt worden, sie stellte einen verfassungswidrigen Eingriff in das Fernmeldegeheimnis dar. Damit sei auch das Urteil zu revidieren.

Die Juristen der Post wiesen diese Vorwürfe zurück und vertraten den Standpunkt, eine Fangschaltung stelle keinen Eingriff ins Fernmeldegeheimnis dar, wenn das Einverständnis eines Gesprächsteilnehmers vorliege. Fangschaltungen seien durch das Postverfassungsgesetz gedeckt, die Post bediene sich nur eines Überwachungsrechts, um Mißbrauch zu verhindern. Schließlich seien in diesem Zusammenhang Datenschutz-Gesetze abzulehnen, da sie die Weiterentwicklung der Telekommunikation behinderten.

Das Bundesverfassungsgericht weist alle diese Argumente zurück und stellt klar: Nach Artikel 10 des Grundgesetzes hat die Post alle Kommunikationsvorgänge und -inhalte vertraulich zu behandeln. Die Erfassung von Telefongesprächen mittels Fangschaltung greift in das Grundrecht auf unbeobachtete Kommunikation ein und erfordert damit eine gesetzliche Grundlage. Das Postverfassungsgesetz deckt Fangschaltungen nicht ab.

Trotzdem wurde die Klage der Frau abgewiesen. Es sei unbestritten, daß der Schutz des Opfers in diesem Fall vorgehe.

Neue Gesetze braucht das Land ...

Für Kubicek steht fest, daß das Urteil ohne Probleme auf die Datenschutzproblematik im Rahmen von ISDN anwendbar ist. Die Speicherung der Verbindungsdaten sei eine Beobachtung des Fernmeldeverkehrs und damit ein Eingriff in das Fernmeldegeheimnis. Dieser Eingriff erfordere ein neues Gesetz.

Dieses Gesetz müsse nicht nur Schutzbestimmungen des einzelnen gegenüber der Post enthalten, sondern auch Bürger und Post vor staatlichen Stellen schützen. Damit meint Kubicek vor allem die Polizei, den Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden, die momentan uneingeschränkten Zugriff auf alle Daten haben, die über den Fernmeldeverkehr gespeichert sind. So ein Zugriff dürfe künftig nur noch bei schweren Verbrechen möglich sein.

Da nach Kubicek die volle Speicherung der angerufenen Telefonnummern für die Gebührenabrechnung dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts widerspricht, schlägt er als Kompromiß vor, die Telefonnummern verkürzt zu speichern.

Schließlich solle die Öffentlichkeit in den Gesetzgebungsprozeß eingebunden werden, denn der Begriff des Fernmeldewesens ist vom Bundesverfassungsgericht sehr weit gefaßt. Darunter fallen neben Telefondienst und Mobilfunk auch Btx, Mailboxen, Teleshopping und andere Dienste, bei denen Verbindungs- und Nutzungsdaten anfallen. Das Parlament allein wäre mit einer Regelung aller Dienste überfordert.

... und zwar schnell!

»Abwarten schadet allen Interessen«, schreibt Kubicek, zumal man im Postministerium trotz eindeutiger Rechtslage immer noch nicht aktiv geworden ist. Mit der Privatisierung der TELEKOM werden ohnehin neue Regelungen notwendig, um das bisherige Niveau an Grundrechtsschutz zu sichern. Letzten Endes, meint Kubicek, könnte die derzeit unklare Gesetzeslage die Weiterentwicklung der Telekommunikation behindern - und nicht etwa neue Datenschutzgesetze.

(Rainer Stadler studiert Informatik in München und arbeitet seit zwei Jahren in der Umweltinitiative David Gegen Goliath (DaGG) mit.)

Datenschützer: Gesundheitsreform teilweise verfassungswidrig

Außerdem sind DVD und IKÖ der Meinung, daß Chipkarte und EDV-Speicherung der Diagnosen und medizinischen Behandlungen zur Kostendämpfung nicht erforderlich sind

DatenschützerInnen aus der DVD und vom IKÖ haben das am Freitag vom Bundesrat verabschiedete Gesundheitsstrukturgesetz als »großen Schritt zum gläsernen Patienten« kritisiert. Mit der Chipkarte, die an die Stelle des Krankenscheins treten soll, würde ein »System der Überwachung und Rationalisierung der Gesundheit« eingeführt.

Im Gesetz ist vorgesehen, daß alle ÄrztInnen die Krankheiten ihrer PatientInnen nach einem vierstelligen Zahlenschlüssel der Weltgesundheitsorganisation erfassen. Die Diagnosen sollen an die Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen weitergegeben und dort in Computern gespeichert werden. Zweck der Erfassung und Speicherung ist nach der amtlichen Begründung die Kontrolle der ÄrztInnen, um Kosten zu sparen.

Nach dem neuen Gesetz sollen die Kosten aber vor allem durch Höchstbeiträge begrenzt werden. Für Leistungen der Krankenhäuser und Ärzte sowie für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel schreibt der Gesetzentwurf feste Obergrenzen vor. Werden mehr Leistungen erbracht, wird die Vergütung für die einzelnen Leistungen entsprechend gekürzt. Die Erfassung der Diagnosen und Behandlung in Computern werde dafür nicht benötigt, so die DatenschützerInnen. Die »Totalerfassung der Gesundheitsdaten« sei zur Kostenersparnis überflüssig. Sie koste selbst Milliarden für neue Computer und Software, die aus den Versicherungsbeiträgen bezahlt werden müßten.

Die Erfassung und Weitergabe von Diagnosen nach dem Gesetz verstößt nach Ansicht der ExpertInnen gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts verfassungsrechtlich geschützt ist. Danach darf der Staat nur so viele persönliche Daten der BürgerInnen erfassen und speichern, wie er für seine Aufgaben braucht.

Die InformatikerInnen und Juristen aus DVD und IKÖ befürchten, daß die gespeicherten Gesundheitsinformationen später benutzt werden könnten für ein »System der staatlichen Verwaltung und Zuteilung von medizinischen Leistungen«, in dem die Alten und Behinderten nicht mehr ausreichend behandelt werden, weil sich »der Aufwand für sie nicht lohnt«.

(Oswald Huber)

(Presseerklärung der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (DVD) und des Instituts für Kommunikationsökologie (IKÖ))

Weitere Informationen sind zu erhalten über:

Jan Kuhlmann (Sprecher der Fachgruppe "Datenschutz" des IKÖ)
FB Mathematik/Informatik
Uni Bremen
Tel. (0421) 218 28 33

Außerdem hat die Arbeitsgruppe Krankenversicherungskarte von DVD und IKÖ eine Broschüre zusammengestellt:

"Die Krankenversicherungskarte gefährdet Ihre Gesundheit", 32 S., 5.- DM (mit aktueller Anlage zum Gesundheitsstrukturgesetz).

Sie kann unentgeltlich angefordert werden bei:

Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD) oder
Institut für Kommunikationsökologie (IKÖ)
Geschäftsstelle
Reuterstr. 44
W 5300 Bonn 1

Beobachtungen im Bundestag in einer öffentlichen Anhörung zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Informations- und Kommunikationsindustrie:

IuK- Industrie im Bundestag

Was habe ich erlebt, gehört, beobachtet?

Großkonzerne machen die Politik. Sie weisen dem Staat, der Regierungsbürokratie, eine Moderatorenrolle zu für einen von allen Seiten geforderten strategischen Dialog zwischen Wirtschaft/Industrie (Hersteller, Anwender, System- und Software-Häuser) und Wissenschaft: In einer Zeit knapper werdender Ressourcen werde die Frage nach gemeinsamen Zielen neu gestellt. Ein Konsensmechanismus sei erforderlich. Ein Strukturwandel sei nötig. Erstarrte Strukturen seien ein Kulturproblem. Mehr Flexibilität und Bewegung wären Voraussetzungen für Veränderungen. In welche Richtung die Veränderungen gehen sollen, zeigen zwei Beispiele: Leitlinien für die Grundlagenforschung seien nötig und das Arbeitszeitvolumen solle abhängig gemacht werden von der Marktsituation.

Gewerkschaften sind im wirtschaftlich-technischen Dialog nicht gefragt. Noch reklamieren sie ihre Beteiligung in einer um gesellschaftliche Herausforderungen, Arbeits- und Lebensformen erweiterten Zukunftsdebatte.

Die Siemens AG hat mit ihrer Chip-Kooperation mit Toshiba die Weichen neu gestellt. Die neue Parole lautet: Kooperation, Partnerschaft und internationale Allianzen statt Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Abschottung. Eine eigene Chip-Produktion ist nicht mehr zwingend nötig, weil sie sich nicht auszahlt. JESSI hat an Glanz verloren.

ParlamentarierInnen sind irritiert, wenn sie erkennen, daß sie z.B. bei JESSI in ihrer Verbeugung vor der Großindustrie auf eine falsche Subventionspolitik gesetzt haben. Neuerdings rufen ihnen die befragten Experten, darunter auch Vertreter potenter Anwender wie Daimler-Benz AG und Telekom, "Sichere Software für Anwender" entgegen.

Die öffentliche Anhörung ist angesetzt von den Ausschüssen für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, Wirtschaft, Post und Telekommunikation. Das Militär, größter und mächtigster Anwender der Informationstechnik (IT), der schon heute seine Technologieanforderungen bis ins Jahr 2010 spezifiziert, wird in einer öffentlichen Anhörung nicht befragt. Öffentlich wird die sicherheitspolitische Rolle der IuK-Industrie nicht diskutiert. Offensichtlich gibt es bei uns - im Gegensatz zu Japan - den nationalen Konsens über die Notwendigkeit von Mikroelektronik und IT für die militärische Präsenz noch nicht.

Derweil eilen die Ober-Moderatoren Kinkel, Möllemann, Rühe, Schwarz-Schilling und Riesenhuber im Auftrag von Industrie und Wirtschaft und vom Parlament mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattet nach Brüssel, um aus dem heute noch zersplitterten einen einheitlichen europäischen Markt zu schaffen als Basis für unseren Wohlstand im Jahre 2010. Der Staat trage die Verantwortung dafür, daß der Wohlstand nicht verspielt wird, heißt es. Er solle verläßliche Rahmenbedingungen setzen und moderieren. Träger des gesamten Wohlstands sei aber die Industrie, was noch nicht alle begriffen hätten. Daher müsse sich die Einstellung gegenüber der Industrie ändern.

Was habe ich gelernt?

»Der Vertrag von Maastricht ist ein Anschlag auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft«, schreibt Stefan Baron im Editorial der Wirtschaftswoche vom 9. Oktober 1992. Wirtschaft und Industrie setzen nur dann auf Europa, wenn sie sich lukrative Geschäfte versprechen.

Anwender und Hersteller fordern von den Politikern bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Unterstützung bei der Formulierung von Leitlinien für die Wissenschaft. Forschung, Herstellung und Anwendung von Informations- und Kommunikationstechniken sollen national und international stärker vernetzt werden.

Als Wettbewerbsnachteile werden von den deutschen Unternehmern beklagt: Hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, kurze Arbeitszeiten, hohe Steuern und strenge Umweltauflagen. Doch 2/3 aller Kostennachteile gegenüber japanischen Unternehmen werden durch Mängel in den Unternehmens-, Arbeits- und Fertigungsorganisationen verursacht. Auch die Umweltgesetze sind nicht das eigentliche Problem, sondern die bürokratische Handhabung durch die Behörden.

Als Wettbewerbsvorteile des hiesigen Standortes gelten vor allen anderen das hohe Niveau der Grundlagenforschung und der beruflichen Qualifikation. Weitere Vorteile sind: Stabiles Geld, politische und soziale Stabilität, Lebensqualität und Freizeit-

wert, die zentrale Lage in Europa sowie die gute Verkehrsinfrastruktur.

Visionen über Lebensqualität und weltweites friedliches Zusammenleben im Jahre 2010 werden nicht gezeichnet. Ein Land mit visionslosen Spitzenvertretern aus Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Politik hat auf längere Sicht, so denke ich, einen sehr gravierenden Wettbewerbsnachteil.

Wie lautet die Botschaft aus der Anhörung an das FIFF?

Einerseits halte ich es für einen grundsätzlichen Fehler, einen strategischen Dialog über neue Prioritäten auf eine kleine Gemeinschaft fachlich kompetenter Experten aus Wirtschaft, Industrie und Wissenschaft zu beschränken. Dadurch sehe ich den öffentlichen Charakter der gemeinsamen Zielfindung und damit auch ein Stück Demokratie in Frage gestellt.

Andererseits darf das FIFF nicht auf eine Einladung aus Industrie und Wissenschaft zur Teilnahme an diesem strategischen Dialog hoffen und warten. Es würde auch keinen Sinn machen, eine etwa vom FIFF-Vorstand verfaßte Prioritätenliste mit der Bitte um Beachtung an PolitikerInnen und Gewerkschaften, Wissenschafts- und Industrieverbände zu adressieren.

Ich sehe für uns nur einen gangbaren Weg: Wir müssen selbst aktiv und konstruktiv in diesen Zukunftsdialog eingreifen, um zumindest für uns Perspektiven zu entwickeln. Im Rahmen eines Projekts 21. Jahrhundert, zum Beispiel, sollten wir in den Regionalgruppen, in einem FIFF-Arbeitskreis, in Beirat und Vorstand FIFF-Positionen über eine neue Prioritätensetzung erarbeiten. Wir sollten eine Diskussion über unsere Vorstellungen von einem Leben im Jahre 2010 beginnen und damit über schriftliche Beiträge (in der FIFF KOMMUNIKATION und anderen Zeitschriften), Vorträge, Workshops und Konferenzen in die Öffentlichkeit gehen.

Geragt sind Visionen über Lebensqualität und weltweites friedliches Zusammenleben und die Rolle der IT dabei.

(Manfred Domke)

Informationstechnik für das 21. Jahrhundert

Auf dem Weg zu einer Forschungsagenda für mehr Lebensqualität

Welche Ziele bestimmen die Forschung und Entwicklung (F+E) der Informationstechnik? Der Blick in die Geschichte zeigt, daß militärische Interessen die Informationstechnik aus der Taufe gehoben und entscheidend ihre "frühkindliche Sozialisation" geprägt haben. Auch heute noch - insbesondere in den USA - werden die grundlegenden Weichenstellungen der Forschungsförderung anhand militärischer Anforderungen vorgenommen, spezifiziert bis in die Jahre 200X und darüber hinaus. Verbleibende Spielräume werden in der Regel an dem Kriterium Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet, die "Optimierung" im Detail bleibt dann "dem Markt" überlassen. In der konkreten Forschung und Entwicklung vor Ort (Hochschulen, Industrie usw.) ist dieser gesellschaftliche Kontext meist nicht mehr sichtbar, die jeweiligen Forschungsprogramme nennen nur noch technische Ziele und in den Köpfen der Forscherinnen und Entwickler geistern vage Leitbilder herum wie Supercomputing, Computer Integrated Manufacturing, Wissensverarbeitung, papierloses Büro und dergleichen mehr. Die zuweilen schon mitgeführten F+E-Ziele Sozial- und Umweltverträglichkeit erweisen sich dabei in der Praxis als Makulatur: Ihre Priorität ist zu niedrig, um Ressourcen an sich zu binden, es fehlt an konkreten Anforderungsspezifizierungen und Umsetzungsmethoden, so daß Einzelne (trotz mancherorts guten Willens) sie in ihrer praktischen Arbeit nicht umsetzen können. Es fällt nicht schwer, diesen Zustand von F+E als gesellschaftlich verantwortungslos anzuprangern, aber wie kommen wir da raus?

In den USA hat das CPSR (Computer Professionals for Social Responsibility) ein "21st Century Project" initiiert - als Gegenoffensive zur anhaltenden Militarisierung und als Entgegnung auf die Rhetorik der internationalen Konkurrenzfähigkeit (z.B. "Trade War") will das Projekt eine alternative Forschungsagenda formulieren, die Wissenschaft und Technikentwicklung auf die sozialen und ökologischen Probleme des kommenden Jahrhunderts ausrichten will. In Arbeitsgruppen zu Demokratisierung von F+E, nachhaltiger Entwicklung ("sustainable Development"), Arbeitsqualität in der Informationsgesellschaft sowie Computer- und Kommunikationsinfrastruktur versuchen Beteiligte und Betroffene aus verschiedensten Institutionen, Initiativen und Interessengruppen die zu lösenden Probleme zu beschreiben und daraus möglichst konkrete Anforderungen für die F+E abzuleiten. Die Ergebnisse sollen in der Öffentlichkeit möglichst weit verbreitet und diskutiert werden, um somit einen Richtungswechsel insbesondere der Forschungspolitik auszulösen (siehe Beitrag von Gary Chapman im Tagungsband der FIFF Jahrestagung '91 "Herausforderungen an die Informatik").

Im vergangenen Jahr haben sich auch FIFF-Vorstand und einige Regionalgruppen mit dieser Problematik auseinandergesetzt *(vgl. z.B. letzte* FIFF KOMMUNIKATION*)*. Entscheidende Frage war dabei, welche (FIFF-)Aktivitäten in Deutschland als Teil von Europa notwendig und angemessen sind, denn eine Kopie des CPSR-Ansatzes ist aufgrund zu unterschiedlicher Voraussetzungen nicht sinnvoll (offene und sozial kaum geächtete Militarisierung, andere Strukturen und Prozesse in der Forschungslandschaft u.a.). Auf der FIFF-Jahrestagung '92 beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe ebenfalls mit F+E (konzentriert auf die europäische Ebene), deren Ergebnis ein Ausgangspunkt für die weitere Arbeit sein kann: In einem gemeinsam erarbeiteten Memorandum wird die fast ausschließlich an Wettbewerbsfähigkeit orientierte Forschungs- und Technologiepolitik der EG als unzureichend bewertet und u.a. eine Demokratisierung von F+E

sowie die wirkungsvolle Umsetzung der Forschungsziele Sozial- und Umweltverträglichkeit gefordert. Das weitere Vorgehen wurde dann auf der Mitgliederversammlung zur Diskussion gestellt: In diesem Frühjahr (4. bis 6. Juni) findet in Freudenberg der FIFF-Workshop "Alternative Forschungs- und Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert" statt, der im Ergebnis möglichst zweierlei leisten soll:

1. Die Kritik an der in Deutschland und Europa bestehenden, sowie Leitlinien für eine zukünftige F+E sollen in ihren Eckpunkten formuliert werden, um auf dieser Grundlage eine breitere Öffentlichkeitsarbeit beginnen sowie andere interessierte Gruppen und Institutionen im Hinblick auf Mitwirkung und Vernetzung ansprechen zu können.
2. Um den notwendigen Diskussionsprozeß über F+E mit wissenschaftlicher Expertise zu unterstützen, sollen die Möglichkeiten und Ziele eines Forschungs(verbund)-projektes durchdacht und die Grundzüge eines Projektantrages festgelegt werden. Die derzeitige Vision ist, im kommenden Herbst (nach der Diskussion auf der diesjährigen Mitgliederversammlung) in die konkrete Beantragung zu gehen.

Für diesen Workshop haben sich einige Vorstandsmitglieder und regionale FIFF-AktivistInnen als Vorbereitungsgruppe zusammengefunden. Wir wollen versuchen, den Diskussionsprozeß bis dahin durch Formulierung gezielter Fragen und Thesen voranzubringen; gleichzeitig werden wir Personen zur Mitarbeit einladen, von denen wir hoffen, daß sie die Workshopziele durch ihre Erfahrung und Expertise mit verwirklichen helfen und/oder die weitere Arbeit zu dieser Thematik aktiv mittragen werden. Da wir aber nicht von allen wissen und zudem das weitere Vorgehen offen gestalten wollen, sei an dieser Stelle nochmal an alle Interessierten die herzliche Einladung zur Mitarbeit ausgesprochen *(Kontakt siehe unter* **TERMINE***)*.

Wie es nach dem Workshop weitergeht, bleibt im einzelnen noch zu besprechen. Mit Sicherheit wird es einen mehrjährigen Diskussionsprozeß geben, in dessen Verlauf sich hoffentlich Forschungspolitik und konkrete F+E in Anspruch und Umsetzung zunehmend an dem Ziel der Verbesserung bzw. Erhaltung der Lebensqualität (in einem umfassenden Sinn) orientieren. Da dies nur durch gemeinsame, breit getragene Aktivitäten erreicht werden kann, streben wir die Vernetzung der FIFF-Arbeit mit anderen Initiativen und Interessierten an. Wir wünschen uns daher die Mitteilung von (potentiellen) Ansprechpartnern in Organisationen und Institutionen sowie ggf. den Austausch über bisherige bzw. geplante Aktivitäten *(Kontakt wie beim Workshop)* und hoffen auf gute Zusammenarbeit!

(Ralf Klischewski)

Software überwindet Handikaps

Wie spricht man mit gelähmten Sprachmuskeln?

Wie schreibt man mit spastisch verkrampften Händen?

Wie lernt man lesen, wenn man nicht schreiben und sprechen kann?

Wie erhält man Information, wenn man im höchsten Maße immobil ist?

So ist zum Beispiel der berühmte Physiker und Mathematiker Prof. Hawking, der an der Universität von Cambridge lehrt, nahezu vollständig gelähmt und kann nach einer Tracheotomie nicht mehr sprechen. Trotzdem hält er Vorlesungen und schreibt Bücher. Das alles ermöglicht ihm eine elektronische Ausrüstung, die auf einem handelsüblichen tragbaren Personalcomputer basiert.

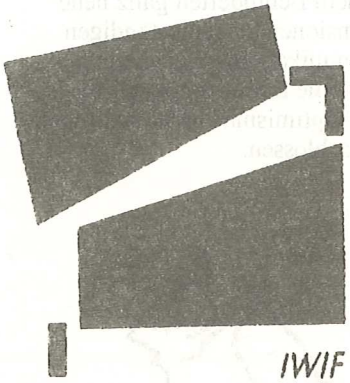
Ein PC, der mit geeigneten, an die Art und den Grad der jeweiligen Behinderung angepaßten Eingabehilfen versehen ist, eröffnet in Verbindung mit modernen Schreib- und Grafikprogrammen, gekoppelt mit Sprachausgabe und Telekommunikation dem Behinderten ganz neue Dimensionen an eigenständigen Kommunikationsmöglichkeiten. Sogar eine Erwerbstätigkeit ist mit etwas Optimismus nicht mehr ganz ausgeschlossen.

Der Verein KOMMHELP wurde vor über drei Jahren von Behinderten und Nichtbehinderten gegründet mit dem Ziel, den PC als prothetisches Hilfsmittel für Menschen mit schwersten Körperbehinderungen nutzbar zu machen.

KOMMHELP setzt sich dafür ein, daß jeder Behinderte die Kommunikationshilfen bekommt, die er aufgrund seiner Behinderung braucht. Technologische Hilfen müssen dem heutigen Stand der Technik entsprechen und ihr Benutzer muß ein intensives individuelles Training erhalten, um sie optimal nutzen zu können.

Weitere Informationen (Faltblatt und Diskette) kann man/frau anfordern von:

KOMMHELP e.V.
Zietenstraße 1
W 1000 Berlin 30
Tel. (030) 2612432
Mailbox (030) 2614609



Friedens- und Konfliktforschung vor der Abwicklung?

Es ist schon paradox: Die Welt ist unfriedlicher geworden nach den Jahrzehnten des Kalten Krieges; aber die Politik formuliert keinen neuen Bedarf an friedenswissenschaftlicher Expertise. Zwischenstaatliche und innergesellschaftliche Konflikte, die lange im Schatten des Ost-West-Konfrontation standen, werden gewaltsam oder militärisch ausgetragen, aber die Chance für eine Innovation ziviler Konfliktbearbeitung, die 1989 sichtbar wurde, droht fast ganz zu verschwinden.

Waffen jedes Kalibers scheinen heute das politische Instrument erster Wahl zu sein. Auch der Computer ist mehr denn je zum Mittel in der kriegerischen Auseinandersetzung geworden. In den Zeiten des Kalten Krieges gab es immerhin Ansätze der sozialliberalen Koalition, Mittel bereit zu stellen, um friedliche Wege zur Konfliktlösung zu erforschen. Friedens- und Konfliktforschung wäre heute mehr denn je gefordert.

Das sieht zwar auch die Bundesregierung so, die in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage von SPD-Bundestagsabgeordneten (Drucksache 12/2446) feststellt: »Die Komplexität der Fragestellungen erfordert eine weiter wachsende Interdisziplinarität in der Forschungsarbeit und einer Förderung über traditionelle Disziplingrenzen hinaus.« Auch wird erkannt: »Der Einfluß der technologischen Entwicklung auf die Erhaltung des Friedens ist ein zunehmend wichtiger und dementsprechend in die Friedenspolitik der Bundesregierung einbezogener Faktor.«

Doch hindert das die Bundesregierung andererseits nicht, davon zu sprechen, man müsse »insbesondere in Zeiten der Abrüstung auch mit Kürzungen in diesem Bereich leben«. Bei den Haushaltsberatungen für 1992 waren zunächst 1,1 Millionen DM von den 3,3 Millionen DM zur Streichung vorgesehen, die die Friedens- und Konfliktforschung aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie im Jahr 1991 noch erhalten hatte. Diese Kürzung ist zwar Ende letzten Jahres wieder etwas reduziert worden *(siehe dazu die Erklärung der SPD-Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn auf Seite 27)*. Dennoch bedeutet die jetzige Kürzung von 3,3 auf 2,5 Millionen DM im Jahr 1992 eine Kürzung um ca. 25% und das als Kürzung eines ohnehin marginalen Titels, verglichen etwa mit den knapp 4 Mrd. DM, die im gleichen Haushalt - ebenfalls in Zeiten der Abrüstung! - für militärische Forschung zur Verfügung stehen. Der Bedeutung der technischen Entwicklung trägt die Bundesregierung außerdem vor allem durch die Beschränkung und Kontrolle des Technologietransfers Rechnung, was sich - so die Bundesregierung - in der »Umsetzung der Munitions List (ML) des COCOM in deutsches Recht« darstellt.

In der bereits erwähnten Antwort der Bundesregierung gelingt ein bemerkenswerter Spagat zwischen Würdigung der bisherigen Verdienste der Friedens- und Konfliktforschung und Infragestellung ihrer Perspektiven. Man halte sie »für unverzichtbar« und werde »diesen Forschungsbereich daher weiterhin fördern«. Neue inhaltliche Herausforderungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik werden verbal zwar anerkannt, die Schlußfolgerung der Bundesregierung lautet jedoch: »Die Diskussion oder Einleitung einer Neukonzeption ist vorerst nicht vorgesehen. Zunächst ist die für 1993 vorgesehene Evaluation durch den Wissenschaftsrat abzuwarten.«

Es steht zu befürchten, daß diese Bewertung anstelle einer Neukonzipierung die Abwicklung der Friedens- und Konfliktforschung als eigenständigen Wissenschaftsbereich vorbereiten wird; jüngste Blicke hinter die Kulissen der Mittelfristigen Finanzplanung enthüllen, daß die verbliebenen 2,5 Mio DM Bundesmittel bis 1995 auf Null gebracht werden sollen. Vielleicht bleiben 500.000 DM, gerade soviel wie die Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn jährlich erhält, um ihre Serviceaufgaben wahrzunehmen. Und da wird sicher ein findiger Ministerialer nach dem Sinn dieser Servicestelle fragen, wenn keine gesonderten Forschungsvorhaben mehr in dem Bereich gefördert werden.

Hier geschieht mehr als die endgültige Abwicklung einer sozialdemokratisch geprägten Reformruine aus den achtziger Jahren. Nach dem Regierungswechsel 1983 war bereits die damalige Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung aufgelöst worden und eine geringe Summe (zwischen 1,6 und 3,2 Mio. DM jährlich) aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie an einen Sonderforschungsbereich Friedens- und Konfliktforschung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft vergeben worden. Einige neue Forschungsvorhaben zu friedenswissenschaftlichen Fragen wie Rüstungsdynamik und Technikentwicklung, Ökologischer Sicherheit oder Konversion versuchten sich zu etablieren; in ihnen bemühten sich NaturwissenschaftlerInnen und GesellschaftswissenschaftlerInnen, vorwiegend inspiriert von der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung, um neue Formen interdisziplinärer Forschung und Lehre, um kritische Expertise für die Öffentlichkeit. Diese hatten es schon den in den 80er Jahren schwer, an den verbliebenen Mitteln der Friedens- und Konfliktforschung zu partizipieren - an den Hochschulen ebenso wie an den außeruniversitären Instituten. Das hing sicherlich auch mit thematischen Verengungen in der Friedensforschungsgemeinde selbst zusammen: die starke Konzentration auf die internationale Politik der Großmächte im Ost-West-Konflikt, und dabei häufig auf militärische Aspekte der Rüstungskontrolle hatte die Befassung mit anderen konfliktträchtigen Entwicklungen wie der weltwirtschaftlichen Disparität, der

Raubbau an Natur und Ressourcen, aber auch gesellschaftlich-kulturelle Fragen an den Rand gedrängt.

Angestoßen durch das nur von wenigen vorhergesehene Ende des Kalten Krieges hat innerhalb der Friedenswissenschaft eine intensive Diskussion begonnen über "Friedenssicherung in den 90er Jahren", so der Titel eines erstmalig in dieser Form von Sozial- und NaturwissenschaftlerInnen gemeinsam erarbeiteten Memorandums. Hier wie in einer Reihe ähnlicher Studien werden zwei Hauptfelder einer Friedenswissenschaft nach dem Kalten Krieg skizziert:

1. Die kritische Begleitung des begonnenen Abrüstungsprozesses, d.h. keine Weiterverbreitung nuklearer und anderer Waffensysteme, Stop neuer waffentechnischer Entwicklungen wie GPALS, der neuen weltraumgestützten Abwehr, grundlegende Infragestellung des alten Abschreckungssystems und umfassende Konversion militärischer Prozesse und Produktionen in zivile Bereiche.

2. Eine Konfliktanalyse und -bearbeitung, die davon ausgeht, daß die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme weltweit und innerhalb der Gesellschaften, wie Hunger, Naturzerstörung, Flüchtlingsbewegungen, ethnische Differenzen zukünftig nicht mit militärischen, sondern nur mit zivilen Strategien zu lösen sein werden.

Daß diese Vielschichtigkeit friedenswissenschaftlicher Forschung nicht weniger, sondern mehr Mittel braucht, ist evident. Es geht aber auch um neue Forschungsstrukturen vor allem an den Hochschulen, um die exemplarische Förderung von Projekten wie an der TH Darmstadt *(siehe den Artikel: "IANUS stellt sich vor" auf Seite 28)*, in Bochum, Hamburg oder Kiel, in denen bewußt die Zusammenführung unterschiedlicher Fachkompetenzen unter Fragestellungen der Friedens- und Konfliktforschung praktiziert wird. Genau dies aber wird mit der geplanten Streichung der Friedensforschung bei der Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Rückführung in das normale Bewilligungsverfahren der Einzeldisziplinen noch mehr als bisher erschwert werden.

Wie bei anderen gesellschaftlich drängenden Fragen auch, findet die - nach 1989 möglich und nötig gewordene - Neukonzipierung der Friedens- und Sicherheitspolitik und einer entsprechenden Forschung nicht statt. Diesen Mangel an politischer Innovation beklagt auch die andere in diesem Bereich tätige Abteilung: Die Bundeswehr und die Militärstrategen haben es allerdings trotz Abrüstung immer noch leichter, gehört zu werden. Sie legten bekanntlich Anfang Februar ein Strategiepapier vor, in dem die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik neu definiert und dafür der zukünftige Einsatz mit "Krisenreaktionstruppen" auch "out-of-area", außerhalb des Bündnisgebietes der NATO vorgesehen wird.

Die Bundesregierung sagt in ihrer Antwort in Sachen Friedensforschung, die wichtigste Aufgabe werde es sein, »Barrieren gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu errichten«. Wenn dies zivile Barrieren sein sollen - und nur so, nicht mit einem Feindbild "Dritte Welt", lassen sich die globalen Herausforderungen angehen -, dann sind Denkaufträge und -mittel an die Friedenswissenschaft notwendig, und zwar mehr und andere als in der Vergangenheit und nicht weniger.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begegneten den Abwicklungsplänen unter anderem mit einer Unterschriftenaktion. Vielleicht hat das mit zu der oben erwähnten geringer ausfallenden Kürzung des "Friedensetats" beigetragen. Die Abwicklungspläne sind damit aber noch nicht vom Tisch. Ein Round-Table über Frieden 2000 zwischen Forschung und Politik ist überfällig.

(Corinna Hauswedell, Informationsstelle Wissenschaft und Frieden, Bonn)

Am 2. Dezember 1992 hat Edelgard Bulmahn, die stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion festgestellt, daß die Absicht der Bundesregierung, die Friedensforschung kaltzustellen, vorläufig gescheitert ist:

Friedensforschung - noch nicht ganz kaltgestellt

Die Mittel für Friedensforschung, die nach den Plänen der Bundesregierung 1993 auf 2,128 Mio DM gekürzt werden sollten, werden im Haushalt 1993 auf 2,5 Mio DM aufgestockt. Dieser Beschluß wurde auf Initiative des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag gefaßt. Der Antrag zur Erhöhung der Mittel war von der SPD-Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn in den Ausschuß eingebracht worden.

Mit der Aufstockung der Mittel sind die Pläne der Bundesregierung vorläufig gescheitert, die Förderung der Friedensforschung bis Mitte der neunziger Jahre auslaufen zu lassen. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung sieht allerdings nach wie vor bis 1996 eine Absenkung der Fördermittel auf 470.000 DM vor. 1993 sollten die Mittel auf 2,128 Mio DM, 1994 auf 940.000 DM und 1995 auf 470.000 DM abgesenkt werden. Die Bundesregierung ist nun aufgefordert, ihre mittelfristige Finanzplanung zu korrigieren und eine Neukonzeption der Friedensforschung zu entwickeln.

Die beschlossene Aufstockung des Haushaltsansatzes um 372.000 DM auf 2,5 Mio DM entspricht einer Steigerung um 17,5 Prozent gegenüber dem von der Bundesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf für 1993. Der Entwurf hatte für die Friedensforschung 2,128 Mio DM veran-

schlagt. Der beschlossene Ansatz hat zwar noch nicht wieder die Höhe von 1991 (3,3 Mio DM) erreicht. Aber die Aufstockung macht deutlich, daß die Auffassung der Bundesregierung, die Friedensforschung sei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts überflüssig, von einer Mehrheit in den zuständigen Ausschüssen und im Bundestag nicht geteilt wird.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt zeigen, daß die Notwendigkeit von Friedensforschung noch gewachsen ist. Konfliktursachenforschung, Methoden der zivilen Konfliktlösung und -bearbeitung, Aktivierung gewaltfreier Potentiale in Politik und Gesellschaft, neue Vermittlungsformen der Ergebnisse von Friedensforschung bilden Aufgabenfelder, die eine Neukonzeption der Förderung von Friedensforschung erfordern. Die Ursachen der neuen Konfliktformationen zu analysieren und die Voraussetzungen für ihre zivile Lösung zu formulieren, setzt aber eine leistungsfähige Friedensforschung voraus. Die Förderung und Weiterentwicklung der Friedensforschung auf breiter Ebene ist aus gesellschafts- und forschungspolitischen Gesichtspunkten unverzichtbar.

Eine über die Aufstockung der Mittel für Friedensforschung im Haushalt 1993 hinausgehende forschungspolitische Kurskorrektur ist deshalb unabdingbar. Die Förderung der Friedensforschung muß endlich den Stellenwert erhalten, der ihrer politischen und sozialen Bedeutung entspricht. Der Bund, in dessen Zuständigkeit die Außen- und Sicherheitspolitik fällt, kann und darf sich seiner Verantwortung für eine ausreichende und angemessene Förderung der Friedensforschung nicht entziehen. Der Bundesminister für Forschung und Technologie ist daher aufgefordert:

- umgehend ein kohärentes Förderungsprogramm "Friedensforschung" zu entwickeln und mit der Einrichtung von Friedensforschungsschwerpunkten zur gezielten Förderung von Forschung über die innergesellschaftlichen, zwischenstaatlichen, ökologischen und sozialen Dimensionen von Konflikten und den Bedingungen ihrer zivilen Bearbeitung im weltgesellschaftlichen Kontext unter Berücksichtigung der interdisziplinären und internationalen Verbundforschung zu konkretisieren;
- in den Verhandlungen über den Forschungshaushalt darauf zu dringen, daß die Entwicklung der Haushaltsmittel in der mittelfristigen Finanzplanung mit den wachsenden Anforderungen an die Friedensforschung Schritt hält;
- eine Bundesstiftung zur Friedensforschung einzurichten, die auf die Nachwuchsförderung ausrichtet und einem pluralistischen Wissenschaftsverständnis verpflichtet ist, und sich dafür einzusetzen, daß die Grundfinanzierung der Stiftung durch eine Umschichtung von Mitteln aus dem Rüstungsetat sichergestellt wird;
- in Verhandlungen mit den Ländern und in Zusammenarbeit mit den Friedensforschungseinrichtungen ein gemeinsames Finanzierungsmodell für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu erarbeiten;
- mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und den Ländern Absprachen für die Einrichtung von Lehrstühlen für Friedensforschung und dem Auf- und Ausbau von Fachbibliotheken zu treffen;
- mit den Ländern Verhandlungen über eine Verbesserung der Forschungsinfrastruktur mit dem Ziel aufzunehmen, das überregionale Informationszentrum Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) auszubauen sowie eine zentrale Fachbibliothek zu schaffen;
- ein Sonderprogramm zur Vernetzung von Forschungseinrichtungen durch Tagungen, Symposien und Workshops auch mit einem interdisziplinären und internationalen Zuschnitt einzurichten.

IANUS

stellt sich vor

IANUS ist eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus natur-, ingenieur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen der Technischen Hochschule Darmstadt, insgesamt aus acht verschiedenen Disziplinen. Zur Zeit werden Forschungsarbeiten und gemeinsame Lehrveranstaltungen schwerpunktmäßig zu Themen aus den Bereichen Friedensforschung, Rüstungskontrolle und Sicherheitspolitik durchgeführt.

Im Kern der Tätigkeiten steht die Beobachtung der Erforschung, Entwicklung und Einführung neuer Technologien, die Analyse der möglichen rüstungsrelevanten Anwendungen und die Untersuchung der sicherheitspolitischen Auswirkungen. Davon ausgehend werden Vorschläge erarbeitet für Rüstungskontroll- und Verifikationsmaßnahmen, mit denen eine Erhöhung der Stabilität erreicht werden kann.

Ein zentrales Projekt beschäftigt sich mit der Problematik der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Hierbei geht es um die Bereitstellung und den Transfer von Wissen, Materialien und Technologien in einer integrierten Betrachtung der Weiterentwicklung (vertikale Proliferation) und der Weiterverbreitung (horizontale Proliferation) von A- und B-Waffen und zugehörigen Trä-

gersystemen, die Möglichkeiten einer internationalen Tritiumüberwachung und die mögliche Nutzung der Gentechnik für die Entwicklung von Biowaffen.

Weitere Teilprojekte beschäftigen sich mit Komplexität, Stabilität und Folgewirkungen moderner Rüstungstechnologien, mathematischen Modellen in der Konflikt- und Abrüstungsforschung, Prüfbarkeit von Software, europäischer Forschungs- und Technologiepolitik und Soziologie der Verantwortung.

Parallel zu den Forschungsarbeiten in diesen Teilpojekten, die von den jeweiligen Projektbearbeitern in enger Rückkopplung mit den anderen Gruppenmitgliedern durchgeführt werden, arbeitet die gesamte Forschungsgruppe an gemeinsamen übergeordneten Themen. Zu diesen gehört die inhaltliche Klärung häufig verwendeter "Schlüsselbegriffe" wie z.B. Gleichgewicht, Stabilität, Sicherheit oder Komplexität, um kommunikative Barrieren zwischen den verschiedenen Fächern abzubauen. Eine Reihe von übergreifenden Themen wer den ebenfalls gemeinsam angegangen. Dazu zählt: die Analyse verschiedener Antriebsfaktoren des Phänomens "Rüstungsdynamik" und der Mechanismen ihres Zusammenwirkens; die Analyse der "Ambivalenz" des Fortschritts in Naturwissenschaft und Technik; die Suche nach Kriterien für "qualitative Rüstungskontrolle" in Ergänzung zu rein quantitativen Begrenzungen der Vergangenheit.

In der bisherigen IANUS-Arbeit ist ebenso wie in der Diskussion über Technikfolgenabschätzung deutlich geworden, daß es für die Abschätzung von Trends im Bereich zukünftiger Rüstungstechnologien und ihrer Bewertung eine Einbettung in allgemeinere Fragen der Entwicklung von Wissenschaft und Technik als sozialen Prozeß nötig ist. Vorschläge zum Umgang mit dem Problem, der zivil-militärischen Ambivalenz von Forschung und Entwicklung (FuE) sind erforderlich, wenn der militärische Gebrauch der Wissenschaft minimiert werden soll. Eine solche Wissenschafts- und Technikfolgenabschätzung kann sinnvollerweise nicht auf rein rüstungstechnologische Anwendungen beschränkt bleiben, sondern muß ökologische und soziale Auswirkungen mit einbeziehen und sollte auch in Hinblick auf eine mögliche Konversion von FuE-Programmen durchgeführt werden.

Aufgrund der Komplexität der behandelten Thematik werden die Fragestellungen problemorientiert angegangen. Dies erfordert einerseits vom Projektbearbeiter selbst die Einarbeitung in Methoden und Denkweisen anderer Disziplinen, andererseits aber auch die enge, interdisziplinäre Zusammenarbeit von unterschiedlich disziplinär Ausgebildeten.

Die Mitglieder der Forschungsgruppe veranstalten gemeinsam im Rahmen der fachübergreifenden Lehrveranstaltungen der TH Darmstadt regelmäßig interdisziplinäre Seminare.

Bislang wurden von IANUS zwei größere Tagungen organisiert:

- "New Nuclear Weapon Concepts and their Implications for International Security and Arms Control" (Januar 1990);
- "Technik(folgen)forschung - Methoden, Beispiele, Ansätze, Aufgaben und Perspektiven" (Januar 1991).

IANUS kooperiert mit der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt, u.a. findet ein regelmäßiger gemeinsamer Workshop statt.

IANUS hat sich im Sommer 1987 konstituiert und wird seit April 1988 vor allem von der Volkswagen-Stiftung mit mehreren Personalstellen finanziert. Weitere Unterstützung erhält die Gruppe von den beteiligten Fachbereichen, der Hochschulleitung und dem Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung (ZIT).

Von verschiedenen Mitgliedern dieser Gruppe sind Forschungsarbeiten und Lehrveranstaltungen zu den IANUS relevanten Themenkreisen durchgeführt worden, aus denen Veröffentlichungen hervorgegangen sind. Im folgenden sind einige Publikationen der letzten Jahre aufgeführt, die für die LeserInnen der FIFF KOMMUNIKATION interessant sein dürften.

Auf Anfrage sind Kopien und weitere Informationen erhältlich bei

IANUS c/o Institut für Kernphysik
TH Darmstadt
Schloßgartenstraße 9
W 6100 Darmstadt
Tel. (06151) 16-3016
Fax (06151) 16-4321
E-Mail: df41@br3.hrz.th-darmstadt.de

1. H. Bargmann, U. Benner, B. Hense, P. Hille, M. Kalinowski, Probleme der fachübergreifenden Lehre - Technikfolgenabschätzung und Technikgestaltung ...

18. IANUS-Arbeitsbericht1/90: ... J.Scheffran, Ansätze zur Modellierung der Rüstungsdynamik; W. Engelmann, M. Kalinowski, J. Scheffran, Grenzen und Möglichkeiten der Modellbildung in der Sicherheitspolitik.

22. M. Jathe, J. Scheffran, Zivile und militärische Anwendungen Neuronaler Netze

104. J. Scheffran, Die Modernisierung von C3I-Systemen in Europa ...

112. Michael Schneider, Friedliche Nutzung der Informationstechnik - Untersuchung zu ihrer Bedeutung und zu den Möglichkeiten der Verwirklichung, Diplomarbeit

SDI am Boden?

Ob der "Krieg der Sterne" der Strategic Defense Initiative (SDI) jemals realisiert wird, wird immer ungewisser. Die Probleme des Software Engineering sind nach wie vor ungelöst. Der Geldgeber, der US-Kongreß, will endlich (nicht vorhandene?) Resultate sehen, andernfalls sollen die Mittel gestrichen werden.

Bei der SDIO (SDI Organization) wird inzwischen geplant, statt eines weltraumbasierten ein erdbasiertes SDI-System zu installieren. Das System soll im Einklang mit dem US Missile Defense Act aus dem Jahre 1991 sein, in dem unter Beachtung der Regelungen des ABM-Vertrages ein US-flächendeckender Raketenschutz bis 1996 gefordert wird.

Kinderpornos via Btx

Schon im Juni 1991 war im Spiegel zu lesen: »Zur Verbreitung (von Kinderpornos) wird vor allem das Btx-System der Post benutzt.« In der taz vom 10. Oktober 1992 beklagte Dorothee Winden, daß sich daran nichts geändert habe. Immer noch könnten Kinderpornohändler fast ohne Kontrolle ihre Angebote verbreiten. Die Telekom, die den Btx-Service anbietet, darf laut Btx-Staatsvertrag Texte ihrer Kunden nicht zensieren. Dafür wären die Bundesländer zuständig. Und die fühlen sich überfordert. Denn selten würde offen mit "Lolitas" und "willigen Geschwisterpärchen" geworben, argumentiert man in den Behörden. Meist seien Angebote für Pornos und Sex mit Kindern verschlüsselt und tauchten in der Flut von Anzeigen - täglich erscheinen eine Million Seiten Bildschirmtext - unter. Ulrich Wilhelm, Pressesprecher des Bayerischen Innenministeriums: »Ein Kontrolleur, der das alles recherchieren wollte, hätte keine Chance.« So sei es zu erklären, daß die Behörden bisher noch keinen Fall von Handel mit Kinderpornos via Btx nachweisen konnte. Sicher eine Frage des Willens: In der ARD-Sendung "Report" vom 14. Dezember 1992 fanden zwei Redakteure ohne große Mühe mehrere eindeutige Anzeigen im Btx-Netz von Schleswig-Holstein. Der zuständige Beamte im Innenministerium hingegen beharrte darauf, daß ihm solche Angebote noch nicht untergekommen seien. Faulheit oder Naivität?

(Rainer Stadler)

(Alois Griesbeck, aus "Computer-Rausch", siehe Seite 2)

FIFF e.V.

Aus Vorstand und Beirat

Auf der letzten Vorstands- und Beiratssitzung am 5. Dezember 1992 wurde über einige FIFF-Aktivitäten berichtet, weitere fanden seitdem statt. Einen kurzen Überblick über Schwerpunkte, die in dieser FIFF KOMMUNIKATION nicht gesondert behandelt werden, soll die folgende Zusammenstellung geben.

Die Jahrestagung '92 wurde übereinstimmend als sehr erfolgreich und gelungen bewertet. Sowohl die Beschränkung bei der Wahl des Themas als auch die Wahl des Ortes fanden ein sehr positives Echo. Allen, die daran mitgearbeitet haben, herzlichen Dank. Einige Beiträge zur Tagung aus den Arbeitsgruppen Ökologie und Forschungspolitik sollen 1993 in Form eines Readers publiziert werden.

Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hat der FIFF-Vorstand einige Aktionen unterstützt. Das FIFF gehörte zu den Aufrufern zu einer Demo am 9. November in München, zur Demo gegen die Änderung des Grundrechts auf Asyl am 14. November 1992 in Bonn und beteiligte sich auch an einer taz-Anzeige dazu. Ebenfalls unterstützt hat das FIFF eine Aktion mit der ÖTV am 14. Dezember im Rhein-Sieg-Kreis. Zu Aktionstagen an Universitäten im Januar 1993 hat das FIFF zusammen mit anderen Organisationen ebenfalls aufgerufen.

Die vom FIFF mitveranstaltete Tagung zur "Janusköpfigkeit von Forschung und Technik" Ende November war gut besucht und sehr interessant. Ein konkretes Ergebnis war die Forderung nach mehr Transparenz in Forschung und Entwicklung *(siehe auch dazu die Kurzfassung des Memorandums unter* **THESEN** *auf Seite 32).*

Erfolge der Pressearbeit waren Erwähnungen in verschiedenen Zeitschriften, so zu Gefahren für den Datenschutz durch Europa (Computer-Zeitung) und diverse Artikel u.a. in InfoTech, Wechselwirkung u.v.a.

Ein Treffen des Wissenschaftlichen Beirats (FIFF-Rat) mit dem Vorstand soll im Rahmen der Klausurtagung des Vorstandes im April 1993 stattfinden, bei dem u.a. auch diskutiert werden wird über die zu beobachtenden Veränderungen von Ausrichtung und Klima im Fachgebiet Informatik und Gesellschaft und den Folgen und Auswirkungen, die dies auch für das FIFF haben kann.

Bei einem Treffen mit den Naturwissenschaftlern für den Frieden (NaWis) Mitte Dezember in Bonn wurde über die Vorbereitung eines größeren Kongresses 1994 zum Thema Verantwortung in der Wissenschaft vorzugsweise im Ruhrgebiet beraten. Ein Treffen aller an diesem Kongreß beteiligten Gruppen - u.a. auch unter Beteiligung von DGB und SPD - findet im Februar statt, auf dem Ablauf, Termin und Ort festgelegt werden sollen. Das Defizit des CHALLENGES-Kongresses in Höhe von immer noch 29.000.- DM kam bei diesem Treffen wieder zur Sprache; das FIFF hat bislang zur Unterstützung der NaWis über 2500.- DM an Spenden überwiesen - deshalb an dieser Stelle nochmals der Aufruf an die FIFF-Mitglieder, sich durch eine Spende am Abbau des CHALLENGES-Defizits zu beteiligen.

Aus dem INES-Newsletter werden in Zukunft nur noch Artikel übernommen, die für das FIFF besonders interessant sind. Das Inhaltsverzeichnis des Newsletters soll in der FIFF KOMMUNIKATION erscheinen, um es interessierten LeserInnen zu ermöglichen, den Newsletter über das Büro zu bestellen.

Während die Vorbereitungen für die FIFF-Mitgliederversammlung 1993 in Bonn erst anlaufen, gibt es schon einige Ideen und Pläne für die Jahrestagung 1994; Konkretes steht jedoch noch nicht fest.

(Ingo Ruhmann)

Protokoll der FIFF-Mitgliederversammlung am 15. November 1992

Ort: Burg Rothenfels
Zeit: 9 Uhr 30 bis 12 Uhr

Tagesordnung:

1. Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollführung
2. FIFF als Partner
3. Forschung und Technologie für das 21. Jahrhundert
4. Bericht des Vorstands, Kassenbericht
5. pFIFFige Perspektiven
6. FIFF-Jahrestagung 1993
7. Entlastung des Vorstands
8. Verschiedenes

1. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde gebilligt. Die anwesenden Vorstandsmitglieder wurden als Versammlungsleitung, Cornelia Teller als Protokollführerin bestätigt.

2. Kollegen aus Schweden, den Niederlanden und Österreich stellten die Gruppen vor, für die sie arbeiten. Sie machten Vorschläge für eine engere Kooperation mit dem FIFF.

3. Es wurde ein Bericht über die Ergebnisse der AG "Forschungs- und Technologie- Politik" und die geplante Weiterarbeit gegeben.

4. Der Bericht des Vorstands wurde von Hubert Biskup, der Kassenbericht von Ingo Ruhmann verlesen.

5. Im nächsten Jahr sind folgende Aktivitäten geplant:

23. bis 26. April 1993:
Klausur des Vorstands und des Beirats

4. bis 6. Juni 1993:
Workshop zum Projekt "Forschung und Technologie für das 21. Jahrhundert" (ca. 25 TeilnehmerInnen; Ansprechpartner: Ralf Klischewski)

6. bis 10. September 1993: Workshop "Künstliche Realität und gesellschaftliche Wirklichkeit" (ca. 50 TeilnehmerInnen; Ansprechpartner: Reinhard Keil-Slawik)

6. Da im nächsten Jahr bereits zwei inhaltliche Workshops geplant sind, schlägt der Vorstand vor, die nächste Jahrestagung auf einen Tag zu begrenzen. Dabei wird es um die Ergebnisse der Workshops gehen. Für die Mitgliederversammlung am gleichen Tag werden Vorstandswahlen vorbereitet. Als Tagungsort wird Bonn vorgeschlagen. Der Vorschlag wird mit einer Enthaltung angenommen.

7. Der Entlastung des Vorstands wird mit einer Enthaltung zugestimmt.

Burg Rothenfels, den 15. 11. 1992

Dr. Cornelia Teller

Wer ist im FIFF-Rat?

Nachfolgend die aktuelle Liste der Mitglieder des FIFF-Rates (in alphabetischer Reihenfolge):

Prof. Dr. Christiane Floyd, Hamburg

Prof. Dr. Michael Grütz, Konstanz

Prof. Dr. Hans-Jörg Kreowski, Bremen

Prof. Dr. Klaus-Peter Löhr, Berlin

Prof. Dr. Frieder Nake, Bremen

Prof. Dr. Arno Rolf, Hamburg

Prof. Dr. Gerhard Sagerer, Bielefeld

Prof. Dr. Dirk Siefkes, Berlin

Prof. Dr. Joseph Weizenbaum, Cambridge/USA

Dr. Gerhard Wohland, Wankheim

Es sind noch weitere Frauen und Männer angesprochen und angeschrieben worden, die Liste spiegelt den aktuellen Stand der Zusagen wieder. Weitere Vorschläge bitte an das FIFF-Büro *(siehe unter* **ADRESSEN***)*.

THESEN

Januskopf - Forschung und Technik

Kurzfassung des Memorandums der Fachtagung "Die Janusköpfigkeit von Forschung und Technik - Zum Problem der zivil-militärischen Ambivalenz" vom 27. bis 29. November 1992 in München

Die Aussagen des Memorandums sind in den folgenden Thesen zusammengefaßt:

I.

Die Ausgangslage nach Ende des Kalten Krieges ist in den fortgeschrittenen Industrieländern durch Setzen auf militärtechnologische Innovation und qualitative Aufrüstung gekennzeichnet anstatt einschneidende Abrüstungsmaßnahmen und die Überwindung der Konzeption militärischer Intervention zu fördern.

II.

1. Dagegen steht, daß die globalen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, keinesfalls mit militärischen Mitteln angehbar, geschweige denn lösbar sind.

2. Es besteht die Notwendigkeit der tiefgreifenden Umsteuerung in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, um qualitative Rüstungskontrolle und die Vermeidung der Weiterverbreitung von waffenrelevantem Wissen und entsprechender Technologie zu organisieren.

III.

Beiträge von Forschung Entwicklung (FuE) zur militärtechnologischen Innovation sind:

1. *Offen deklarierte Rüstungsforschung.* In Deutschland sind dies FuE-Mittel, die vom Bundesverteidigungsministerium verausgabt werden.

2. *Geplante Nutzung ziviler FuE.* Hier werden militärische Anforderungen über einen bewußt gesteuerten Vorlauf ziviler FuE-Programme in zusätzlichen, sogenannten Add-on-Programmen militärischer "Durchentwicklung" befriedigt.

3. *Latent militärisch relevante FuE.* Das sind Forschungsbereiche, in denen mögliche - wenn auch nicht explizit verfolgte - militärische Anwendungsbereiche mit zivilen Anforderungen eng verwandt sind.

IV.

Wachsende Bedeutung erhalten neben der deklarierten Rüstungsforschung die beiden weiteren zivil-militärisch ambivalenten Beiträge zur militärtechnologischen Innovation: Neue militärische Anwendungen werden somit eher aus zivilen Forschungsprojekten entstehen als aus spezieller Militärforschung.

V.

1. Eine Grauzone zivil deklarierter, aber militärisch genutzter Forschung und Entwicklung tut sich auf. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren mehrfach erklärt, daß militärische Anforderungen bereits in zivilen Forschungs- und Technologieprogrammen frühzeitig mitberücksichtigt werden und in Form von "add-on-Programmen" zu militäri-

schen Anwendungen fortentwickelt werden sollen.

2. So zeigt sich, daß *das Gegenteil der Spin-off-Hypothese*, die besagt, daß militärische Innovation wesentliche zivile Innovationen befruchten kann, eine relevante These wird: der fortdauernde indirekte Gebrauch zivil deklarierter Wissenschaft fördert entscheidend die militärtechnologische Basis.

VI.

Die Problematik der zivil-militärischen Ambivalenz ist weitgehend tabuisiert - nicht nur innerhalb der scientific community. Eine möglichst eindeutige - auch wertende - Stellungnahme und Verhaltensweise der beteiligten Wissenschaftler wäre demgegenüber wünschenswert.

VII.

Die vermutlich lange praktizierte, nunmehr aber offen ausgesprochene Dual-use-Konzeptionierung der Wissenschaftsförderung in unserem Land bedeutet einen Zuwachs militärischen Einflusses auf die Wissenschaftsentwicklung.

VIII.

Teilweise ist Ambivalenz sicherlich auch den modernen Naturwissenschaften strukturell eingeschrieben. Dies darf aber nicht zu dem bequemen und fatalen Fehlschluß verleiten, hier sei prinzipiell keine fruchtbare aufklärende Gegenaktivität denkbar. Wir sind davon überzeugt, daß die zivil-militärische Ambivalenz im Fortgang der Wissenschaftsentwicklung, in einem sozialen Reifungsprozeß der Wissenschaft, weitgehend auflösbar ist.

IX.

Arbeit in ambivalenten Forschungs- und Technologie-Feldern erhöhen die latenten Gefahren der horizontalen und vertikalen Proliferation, der Weiterverbreitung von waffenrelevanter Technologie (auch im Bereich von Massenvernichtungswaffen) und der militärtechnologischen Innovation im nationalen und internationalen Maßstab.

X.

1. Die Wissenschaft soll sich auf ihre humanitären Ursprünge besinnen. Folgerichtig soll militärtechnologische Innovation eingeschränkt und die Weiterverbreitungsproblematik an der Wurzel angegangen werden. Dazu müssen Maßnahmen ergriffen werden, die bereits in der Forschungs- und Entwicklungsphase wirksam werden.

2. Die Ambivalenz- und Dual-use-Problematik kann nur durch Schaffung von völliger Transparenz offengelegt werden.

3. Dies bedeutet innerwissenschaftliche Ambivalenzanalyse, die Etablierung unabhängiger, interdisziplinärer Wissenschafts- und Technikfolgenforschung, die Offenlegung der forschungs- und technologiepolitischen Planungsgrundlagen, ein Ende der Geheimforschung mit öffentlichen Mitteln und die Forderung nach einer deutschen Version eines "Freedom of Information Act".

XI.

Maßnahmen zur Kontrolle über militärtechnologische Innovation und Wege zur Umsteuerung in Wissenschaft und Forschungs- und Technologiepolitik werden vorgeschlagen. Vierzehn Vorschläge betreffen

- die Beschränkung deklarierter Rüstungsforschung
- die politische Kontrolle über bestehende Militärtechnologie
- die Herauslösung militärisch relevanter Projekte aus der Geheimforschung
- neue Rüstungskontrollverträge
- die qualitative Beschränkung von relevanten Forschungsanstrengungen
- ein internationales Verbot der Erforschung neuartiger Waffensysteme
- den einseitigen Verzicht auf militärisch relevante Forschungs- und Technologieprogramme
- die Analyse der zivil-militärischen Ambivalenz von Forschungs- und Technologieprojekten
- neue Leitlinien der FuT-Politik
- eine neue Praxis von Förderentscheidungen im Bereich von Forschung und Entwicklung
- die Notwendigkeit der innerwissenschaftlichen Aufklärungsarbeit
- Konsequenzen für Forschung und Lehre an den Hochschulen
- die Notwendigkeit der Erstellung von Kriterienkatalogen zur Bewertung von Forschungs- und Technologievorhaben und
- die Notwendigkeit von Forschungskonversion.

XII.

Voraussetzung für das Gelingen solcher Anstrengungen ist die eindeutige Artikulierung des politischen Willens, daß nach Ende der Ost-West-Blockkonfrontation der technologisch dominierte Rüstungswettlauf tatsächlich zu einem Ende kommen soll.

XIII.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung ist eine tiefgreifende Demokratisierung unserer Gesellschaft. Neue Formen gesellschaftlicher Mitbestimmung in den Hochschulen, in den Forschungseinrichtungen (auch der Industrie), in der Forschungsförderung und innerhalb staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik müssen aufgefunden werden, müssen gewollt und praktiziert werden.

XIV.

Wissenschaft, Politik, Industrie und Öffentlichkeit sind gleichermaßen

gefordert, wenn die verschwenderische militärtechnologische Innovation zum Ende kommen soll und neue Prioritäten in der Zukunftsplanung für Forschung und Technologieentwicklung gesetzt werden sollen.

XV.

Daher wenden wir uns an die Wissenschaft, die Politik, die Wirtschaft und die Öffentlichkeit gleichermaßen, um für die Problematik der zivil-militärischen Ambivalenz zu sensibilisieren unter der angegebenen Zielsetzung. Dieses Memorandum kann nur ein Anstoß sein. Ein Anstoß, der zu einer innerwissenschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Debatte führen soll. Die Wahrnehmung der Problematik und die vorgeschlagenen Handlungsmöglichkeiten sollen zu einer Veränderung und zu einer Umsteuerung führen.

(Die Fachtagung "Die Janusköpfigkeit von Forschung und Technik" wurde von den folgenden Organisationen getragen: Berghof-Institut (Berlin) • Bund deutscher Studierenden Pugwash (BdSP) • Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (BdWi) • DGB-Bundesvorstand, Abt. Angestellte • Forschungsinstitut für Friedenspolitik (Weilheim) • Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) • Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (IWIF, Bonn) • Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheitspolitik (IANUS, TH Darmstadt) • Landesastenkonferenz Bayern • Münchner Friedensbündnis • Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden" • Studierendenvertretung der Ludwig-Maximilian-Universität München • Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VdW).

Diese Kurzfassung wurde unter Federführung von Wolfgang Liebert (IANUS, TH Darmstadt) formuliert.)

Neuronale Netze und Verantwortung

Eine Rezension des Aufsatzes »Künstliche Gehirne für den Krieg?«[1]

von Therese Großwiele

»Jeder Prozeß, der besser von einem menschlichen oder tierischen Gehirn als von einem Computer ausgeführt wird, ist ein potentielles Einsatzfeld für Neuronale Netze.«

So zitieren die Autoren des oben genannten Aufsatzes Ronald E. Wright.[2]

Beim Zitat mitgedacht? - Es ist ein schöner Ringschluß und argumentiert eben doch wieder das Einsatzfeld für Computer herbei, denn Neuronale Netze sind - zumindest ihrem Ruf nach - nichts anderes als superintelligente, supermächtige Computer.

»Zwar wird der Mensch bei wichtigen Tätigkeiten und Entscheidungen als unersetzbar angesehen, doch gibt es besonders im militärischen Bereich Umgebungen, in denen Menschen nicht operieren können oder menschliche 'Schwächen' wie Ermüdbarkeit und Unachtsamkeit zum Tragen kommen.«

Und das wiederum heißt: gerade der Einsatz Neuronaler Netze also (statt des von Menschen) soll uns vor Gefahren schützen - vor denen nämlich, die aufgrund der Ermüdbarkeit und Unachtsamkeit des Menschen entstehen (und daß wir Menschen unter der Schwäche der Ermüdbarkeit leiden, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen).

Doch die Umgehung menschlicher Schwächen ist nicht das einzige PRO-Argumente für die zunehmende Automatisierung und Computerisierung des Schauplatzes Krieg, nein, es bieten sich, wie die Autoren recherchiert haben, noch weitere Argumente an:

- die sinkende Zahl von Wehrpflichtigen,
- das begrenzte Budget zur Aufrechterhaltung der Abschreckung,
- die Verantwortungslosigkeit, dem einzelnen Soldaten veraltete Waffen zu geben,
- die mangelnde Moral bzw. das mangelnde Sozialbewußtsein, Rüstung mit mehr als notwendigem Mitteleinsatz zu betreiben, und
- die moralische Rechtfertigung, Kampfroboter als Ersatz für den Menschen auf dem Gefechtsfeld einzusetzen.

Einleuchtend? - Schon - wenn wir die Aussagen nackt-isoliert betrachten (und dabei friert es einen...). Nicht einleuchtend, wenn wir das Editorial des gleichen Heftes gelesen haben, in dem obiger Aufsatz erschien, und wenn wir, diesem folgend, die Ebene der Zweck-Rationalität verlassen und zurückgehen auf die Ebene, den Zweck *an sich* und *dessen Rechtfertigung* genauer zu betrachten:

»Auch heute gilt: ein Staat, der keine Waffen hat, kann keinen Krieg führen.
Auch heute gilt: Soziale Probleme sind nicht mit militärischen Mitteln zu lösen.
Auch heute gilt: Internationale Politik ist Machtpolitik und nicht humanitäre Politik.
Auch heute gilt: Krieg ist kein Mittel von Politik, sondern ein Zeichen ihres Scheiterns.«[3]

Fragen globaler und weltanschaulicher Natur scheinen in vielen Expertendiskussionen, in die mann so schön tief und selbstvergessen eintauchen kann, verloren zu gehen.

Am 1. und 2. Juli 1992 veranstaltete das Deutsch-Französische Forschungsinstitut St. Louis (ISL) einen Workshop über den Einsatz künstlicher Neuronaler Netze in der Wehrtechnik und -forschung. Herr Rouvillois, ein hoher Beamter des französischen Verteidigungsministeriums, der als Schirmherr des Workshops und Verantwortlicher für das ISL fungierte, habe in seiner Schlußrede dem ISL jedenfalls empfohlen, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, um sich »einen signifikanten Platz« (im internationalen Rennen um die Anwendungen Neuronaler Netze und deren operationaler Inbetriebnahme) zu sichern. Als wichtigste Bestrebung nannte er die Unabhängigkeit von Japan und den USA.

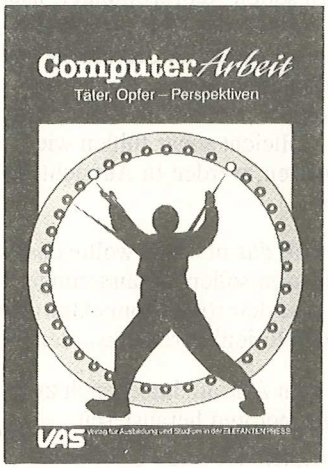
Neuronale Netze als Wettbewerbs- und Machtfaktor? Die Zeichen sprechen dafür.

Um die Einsatz-Hoffnungen zu begreifen, die die Millionen-Investitionen in dieses Forschungsfeld begründen, muß zunächst verstanden werden, was Neuronale Netze kennzeichnet.

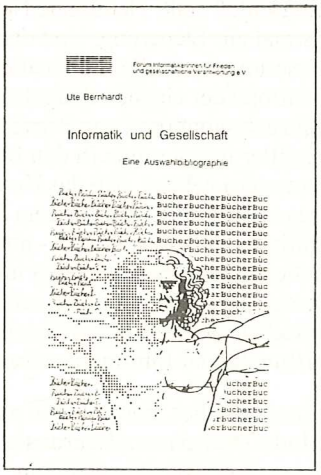
Die Autoren Jathe und Scheffran stellen ihrem Aufsatz folgende Definitionen voran:

»Künstliche Neuronale Netzwerke sind den Gehirnstrukturen nachempfundene Informationsverarbeitungssysteme, in denen viele parallel verbundene Einzelprozessoren (Knoten, Neuronen) miteinander wechselwirken...
Im Unterschied zu den herkömmlichen seriellen von-Neumann-Com-

Jutta Schaaf (Hg.):
Die Würde des Menschen ist unverNETZbar
Netzknoten Frankfurt ▪ Automatisierung des Zahlungsverkehrs ▪ Rüstungshaushalt und Informationstechnik ▪ Verfassungsverträglichkeit als Kriterium der Technikbewertung
300 S., Bonn, 1990, 12,80 DM



Ralf Klischewski, Simone Pribbenow (Hg.):
ComputerArbeit.
Täter, Opfer - Perspektiven
Das demokratische Potential der Neuen Fabrik ▪ Maschinelle Intelligenz - Industrielle Arbeit ▪ Arbeitnehmer und Betriebsräte zu Informatik im Betrieb
190 S., Berlin, 1989, 19,80 DM



Ute Bernhardt:
Informatik und Gesellschaft.
Eine Auswahlbibliographie
Über 220 Titel, geordnet in sieben Kategorien zum Thema Informatik und Gesellschaft
28 S., Bonn, 1990, 3.- DM

Rudolf Kitzing, Ursula Linder-Kostka, Fritz Obermaier (Hg.):
Schöne neue Computerwelt
Zur gesellschaftlichen Verantwortung der Informatiker
Beherrschbarkeit von Systemen, ihre Verletzlichkeit und die Verantwortung von Informatikern ▪ Neue Wege in der Informatik ▪ Psychosoziale Folgen des Computereinsatzes
256 S., Berlin, 1988, 19,80 DM

Alle Bücher (zzgl. Porto) zu beziehen über:
FiFF-Büro, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1

putern sollen Neurocomputer, nach dem Vorbild des Gehirns, parallel arbeiten, trainierbar, lernfähig und fehlertolerant sein.
Maschinen, die sehen, hören, denken, vielleicht sogar fühlen wie Menschen, werden in Aussicht gestellt.«

Wer will das und wer wollte das? Und für wen sollen Veränderungen durch eine derartige "konnektionistische Revolution" erreicht werden?

Aus dem Aufsatz lassen sich zwei Antriebsmotoren herauslesen:

1. der Spieltrieb und Forschungsdrang des Wissenschaftlers:
   »Bis etwa Mitte der achtziger Jahre war die Forschung an Neuronalen Netzen überwiegend von der wissenschaftlichen Eigendynamik bestimmt.«
2. das Erahnen von Macht- und Wettbewerbsvorteilen der jeweiligen Interessengruppen:
   »Allgemein wird damit gerechnet, daß auf dem stark expandierenden Neurocomputer-Markt sehr viel Geld zu verdienen sein wird.«

Als Einsatzfelder und Absatzmärkte bieten sich - auszugsweise - an:

- der Bereich der Medizin:
  Klassifizierung von biologischen Zellen
  Herztöne- und Atmungsüberwachung
  Diagnose und OP-Überwachung
- die Forschung:
  Klassifizierung von Mustern und Signalen
  Elementarteilchensuche
  Automatisierung von Such- und Mustererkennungsprozessen
- die Industrie:
  Atomenergie
  Automobilhersteller
  Pharmazie
- die Post
- Banken
- Handel
- Versicherungen
- Fluggesellschaften
- Touristikunternehmen usw.

Und in welchen Aufgabenstellungen sollen Neuronale Netze genutzt werden? Auch hier nur auszugsweise:

- Bildverarbeitung
- Mustererkennung
- Zielgruppenbestimmung
- Bonitätsvorhersage
- Unterschriftenerkennung
- Verkaufsvorhersage
- Wertpapierauswahl
- Postleitzahlenidentifizierung
- Formular-Verarbeitung
- Aufarbeitung von Datenerhebungen (dann liegen die Ergebnisse der nächsten Volkszählung vielleicht schneller vor)
- Materialauswahl,
  aber ebenso gut:
- Mitarbeiterauswahl
- Qualitätskontrolle
- Robotersteuerung
- Steuerungskontrolle...

Hier findet wieder ein schöner Ringschluß statt: Neuronale Netze erstmal zur Steuerung. Und dann zur Steuerungskontrolle. Das heißt zur Kontrolle der eigenen Aufgabenwahrnehmung (und wir Betriebswirtschaftler haben schon in den frühen Semestern gelernt, daß das Kontrollorgan nicht identisch mit dem kontrollierten Organ sein darf - dies wäre vielleicht ein Thema für den interdisziplinären Erkenntnis-Austausch zwischen Wirtschaftswissenschaftler/Inne/n und Informatiker/Inne/n.)

Und das alles, obwohl »die mangelnde Transparenz Neuronaler Netze es schwierig macht, ein Ergebnis aufgrund der Verarbeitungsschritte zu verifizieren« (Du meine Güte!).

Nun sind wir soweit, daß wir einer Technologie Kontrollbefugnisse überschreiben wollen, deren Ergebnisse wir selbst nicht mehr unter Kontrolle haben. Sind wir soweit? Sind wir so mutig? Oder so risikofreudig? Oder so wahnsinnig geworden?

Trotz der Zweifel, die sich an diesem speziellen Wissenschaftszweig auftun

(»Die Integration verschiedener menschlicher Intelligenzleistungen..., die den 'gesunden Menschenverstand' ausmachen, dürfte auch bei Neuronalen Netzen ... nicht realisierbar sein.«),

strömen die Forschungsgelder in Millionenhöhe.

Da diese auch die Finanzierungsleistungen selbst von Groß-Konzernen überschreiten, werden Joint Ventures (auf internationalem Boden und unter Verbindung von staatlich geförderter Wissenschaft und Wirtschaft) gebildet und macht man sich auch den 'Dual Use' (Einbeziehung des zivilen Sektors in militärische Planungen unter Ausnutzung der zivil-militärischen Doppelverwendbarkeit der Technik) zunutze.

Die anzubringenden Befürchtungen angesichts dieser Gigantomanie sind noch nicht einmal Neuronal-Netz-spezifisch. Vielmehr kann man an den bereits im Zusammenhang mit IuK traditionell formulierten Kritikansätzen festhalten und die alten Fragen weiterhin stellen.

So tun es auch Jathe und Scheffran unter dem Ansinnen, Machtmißbrauch zu verhindern und Risiken zu vermeiden. Sie spannen den Bogen der Verantwortungs-Betrachtung von ethischen Fragen bei der direkten Erforschung des Gehirns und Experimenten an Versuchstieren über das Thema gesellschaftlicher Überwachung, Übertragung menschlicher Entscheidungskompetenz, Freisetzung menschlicher Arbeitskraft und besonders der militärischen Anwendung Neuronaler Netze.

Ihr Appell, Verantwortung wahrzunehmen, ist sowohl an Vertreter von Wissenschafts- und Ingenieursdisziplinen gerichtet wie auch an Politik und Öffentlichkeit. Es ginge zunächst darum, führen sie aus, Maßstäbe dafür zu entwickeln, welche Entwicklungen der Neuroinformatik sinnvoll und welche schädlich sind. In Zukunft sollten folgende Politikziele ein erheblich höheres Gewicht bekommen, denen die Wettbewerbsfähigkeit in der Rangliste nachgeordnet sein solle:

- Erhalt von qualifizierten Arbeitsplätzen
- Humanisierung des Arbeitslebens
- Kriegsvermeidung

- Abbau politischer Spannungen
- Erhalt der Ökosysteme
- Abbau der technologischen Diskrepanzen zwischen westlichen Industrieländern und Entwicklungsländern (bzw. ehemaligen sozialistischen Ländern).

»Dies würde auch implizieren, daß eine Technikfolgenabschätzung sowie eine Förderung der Neuroinformatik weniger an den Interessen der Großindustrie oder des Militärs orientiert werden dürfte, sondern mehr am gesellschaftlichen Nutzen im globalen Maßstab, unter Berücksichtigung von Kosten und Risiken.«

Ich denke, aus *FIFF*-Sicht ist dem nichts mehr hinzuzufügen - außer des Appelles an jeden an jedem Platz, Menschlichkeit - wieder - zuzulassen, zu pflegen und als Wert anzuerkennen!

(Therese Großwiele, Dipl.Kfm., Mutter zweier Töchter, arbeitet als Leiterin EDV-Projekte in einem mittelständischen Produktionsunternehmen.)

[1]Markus Jathe, Jürgen Scheffran: Künstliche Gehirne für den Krieg? Zivil-militärische Verflechtungen in der Neuroinformatik, Informationsdienst Wissenschaft & Frieden, Nr. 3, September 1992, Seite 42-48

[2]Quellenangabe: siehe 1

[3]Caroline Thomas, Editorial Informationsdienst Wissenschaft und Frieden, Nr. 3, September 1992, Seite 2

Beiträge zum Thema Informatik und Gesellschaft

Heiko Dörr:
Herausforderungen an die Informatik?
Science and Peace in a Rapidly Changing Environment
Wissenschaft und Ethik ▪ Computergestützte Kriegsführung ▪ Curricula und Forschungs- & Entwicklungs-Ansätze in der Informatik - den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden ▪ Computer Technologie - angemessenes Mittel gegen die Armut der 3.Welt? ▪ (Kredit-) Kartenzahlung im Lichte von Daten- und Verbraucherschutz ▪ Vernetzung von Friedensgruppen; englisch und deutsch, Bonn, 1992, 12,80 DM

Ute Bernhardt, Ingo Ruhmann (Hg.):
Ein sauberer Tod.
Informatik und Krieg.
Zur militärischen Prägung der Informatik ▪ Computer auf dem Schlachtfeld ▪ Dual-Use ▪ Forschungsgelder: militärisch vs. zivil ▪ Weiter so oder umsteuern?
320 S., Marburg, 1991, 20.-

Ulrike Joos, Michael Kempf, Thomas Leuthold, Angelika Reiser, Bernd Rendenbach, Jürgen D. Schroer, Daniela Zelger:
Das Datendschungelbuch.
Ein pF!FFiger Wegweiser
30 S., Bonn, 1991, 10.- DM

Ute Bernhardt, Ingo Ruhmann (Hg.):
Computer, Macht und Gegenwehr.
InformatikerInnen für eine andere Informatik
Partizipative Systementwicklung ▪ Computer und Umwelt ▪ Europa '92 ▪ Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
213 S., Bonn 1991, 12,80 DM

Lichterketten in Deutschland!

von Heidelotte Craubner und Ditz Schroer

**In Erinnerung
an die 17 ausländischen MitbürgerInnen, die
im Jahr 1992 in Deutschland durch deutsche
MitbürgerInnen ihr Leben verloren haben.**

Gesunder Widerstand ist Leben, Leben ist Widerstand, so haben wir in der F!FF KOMMUNIKATION 2/90 S. 5-7 eine Selbstverständnisdiskussion im FIFF angestoßen. In München und an anderen Orten wurde diese Diskussion in informeller Form geführt. Manche von uns beteiligten sich in München auch an den Dienstags-Gesprächen, die in unregelmäßigen Abständen vom Institut für Politische Psychoanalyse durchgeführt wurden. Das letzte Zusammenkommen, am 15. Dezember 1992, stand unter der Überschrift: "Was können wir tun, um zur Verminderung der Gewalt beizutragen?".

Bei diesem Treffen wurde vorgeschlagen, Gesprächskreise zu bilden, die z.B. zu Fragen wie: Was könnte unseren "gesellschaftlichen Gesundungsprozeß" anregen? miteinander diskutieren.

Wie ist die Situation?

Die Zunahme von Gewaltphantasien und Gewaltverbrechen in unserem Land ist ein Anzeichen für eine schwere (soziale, ökonomische, psychische) Krise in unserer Gesellschaft. Krisen sind Zeiten besonderer Gefährdung, aber auch besonderer Chancen für eine Neubelebung des "gesellschaftlichen Immunsystems", d.h. der Fähigkeit zur Gewaltabwehr und zur demokratischen Verständigung. Wir meinen, daß es jetzt darum geht, diese Chancen zu nutzen.

Was gefährdet unsere "gesellschaftliche Gesundheit"?

In der allgemeinen Verunsicherung nach dem Wegfallen der Spaltung zwischen Ost und West, in der Angst vor dem Verlust des Wohlstands und der natürlichen Lebensgrundlagen tendieren viele Menschen in unserem Land dazu, Sündenböcke (AsylbewerberInnen, AusländerInnen, Schwache, Behinderte) zu suchen und diese zu verfolgen, um dadurch ihr eigenes Gefühl von Ungeborgenheit durch ein Gefühl der Überlegenheit zu verdrängen.

Auch viele PolitikerInnen konzentrieren sich darauf, den jeweiligen politischen GegnerInnen oder gar den AsylbewerberInnen die Schuld an der allgemeinen Verunsicherung zuzuschreiben. Anstatt sich um die vielfältigen Ursachen der Bedrohung zu kümmern und Wege aus der Bedrohung zu suchen, beschäftigen sie sich hauptsächlich damit, ihre Machtposition zu festigen. Dadurch entsteht in der Bevölkerung das Gefühl, der zunehmenden Bedrohung hilflos ausgeliefert zu sein, was zur wachsenden Gewaltbereitschaft beiträgt.

Die meisten Medien liefern uns seit langer Zeit zunehmend "Gewaltsensationen", anstatt bei der Suche nach Problemlösungen mitzuhelfen und dadurch zur Wiederherstellung des zwischenmenschlichen Vertrauens beizutragen.

Welche Bedürfnisse kommen zu kurz?

Wir befinden uns in einem unmenschlichen "Wohlstands-Miteinander", in dem wichtige zwischenmenschliche Bedürfnisse zu kurz kommen, so z.B. :

- das Bedürfnis nach mehr Zeit, um miteinander zu reden und nachzudenken
- das Bedürfnis, mit Andersdenkenden in Kontakt zu kommen, die Unterschiedlichkeit in diesem Kontakt auszuhalten und produktiv - auch für die eigene Veränderung - zu nutzen,
- das Bedürfnis nach befriedigenden Alternativen zu unserem überhitzten Wohlstands- und Leistungszwang, in dem wir uns stets vor einem drohenden "Absturz" fürchten müssen,
- das Bedürfnis, aus der Verleugnung der anstehenden Probleme herauszukommen und diese Probleme wirklich anzugehen,
- das Bedürfnis, nicht nur in einer Arbeits- und Konsumgesellschaft zu leben, sondern vor allem in einer Kommunikations- und Kontaktgesellschaft, in der mann/frau sich darauf verlassen kann, daß andere bereit sind, zu teilen und zu helfen, wenn man selbst in Not ist.

(Gerold Neubauer, aus "Der Computerwitz", R. G. Fischer Verlag, Frankfurt/Main)

Was können wir tun? - Was könnte unseren "gesellschaftlichen Gesundungsprozeß" anregen?

- Wir können Gewalttaten verhindern durch Nachbarschaftshilfe und Zusammenarbeit mit der Polizei, dies im Sinne einer kritischen Begleitung der Arbeit von Polizei und Justiz, die beide helfen sollen, Gewalttaten zu verhindern (d.h. nicht "wegschauen", aber auch nicht "blind zuschlagen").
- Wir können selbst deutlich werden in privaten, beruflichen und öffentlichen Zusammenhängen (z.B. auch bei Demonstrationen) und dadurch unseren eindeutigen Willen ausdrücken, die demokratische Kultur in unserem Land zu erhalten und zu verbessern.
- Zusätzlich schlagen wir vor, **Gesprächskreise** zu bilden, in denen regelmäßig und über längere Zeit hinweg darüber gesprochen wird, wie es jedem/jeder einzelnen geht, wie es uns in unserer Gesellschaft miteinander geht, wie es uns mit Andersdenkenden geht. Im möglichst offenen Gespräch, in dem z.B. die zu kurz gekommenen Bedürfnisse wieder deutlich werden, können wieder Zuversicht und Geborgenheitsgefühle entstehen, die besten "Gegenmittel" gegen Resignation und Gewalt. Und es können Einfälle für Aktionen entstehen, die von der Sorge um eine menschliche Gemeinschaft getragen werden. So könnten auch "von unten" Vorstellungen über einen vorsichtigen Abstieg anstelle des drohenden Absturzes aus den "Höhen" der Wohlstandsgesellschaft entstehen.

Wir geben zu bedenken, daß Friedensgruppen wie das FIFF *gegen* die Nachrüstung oder *gegen* den Golfkrieg wesentlich leichter zustande kamen als Gruppen, die nicht gegen etwas, sondern *für* etwas (*für* eine verbesserte demokratische Kultur) arbeiten.

Durch solche Gesprächskreise scheint es uns möglich, der gefährlich attraktiven Vision von Sicherheit durch "Ordnung und Gewalt" eine Vision von "Sicherheit in einer menschlicheren Gesellschaft" entgegenzusetzen.

Eine solche Bewegung kann offen sein für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich an diesem Prozeß beteiligen wollen, unabhängig woher sie kommen und welcher Gruppierung oder Partei sie angehören.

In Rahmen des Instituts für Politische Psychoanalyse München bietet das Institut, trotz geringen personellen und zeitlichen Möglichkeiten folgende Unterstützung an,

- Initiativgruppen zu begleiten, die versuchen, solche Gespräche in ihrem Umkreis in Gang zu bringen,
- Hilfestellung für PolitikerInnen, JournalistInnen, GewerkschafterInnen, LehrerInnen und andere MeinungsführerInnen, die versuchen wollen, das öffentliche Gespräch auf die Frage des demokratischen Umgangs miteinander zu lenken,
- Erfahrungen aus dieser Arbeit zu sammeln, sie auszuwerten und zu veröffentlichen.

Kontakt:

Institut für Politische Psychoanalyse München
Frau PD Dr. Thea Bauriedl
Lützowstr. 27
W 8000 München 60
Telefon: (089) 886753.

Für das FIFF stellt sich Ditz Schroer gerne zur Verfügung, solche Gesprächskreise zusammenzubringen und zu koordinieren.

Ditz Schroer
Am Bergl 2
W 8031 Seefeld/Meiling
Telefon: (08153) 4119.

Literatur

Thea Bauriedl: Das Leben riskieren. Psychoanalytische Perspektiven des politischen Widerstands. Pieper Verlag, 1988

Thea Bauriedl: Wege aus der Gewalt. Analyse von Beziehungen. Verlag Herder-Spektrum 1992.

Thea Bauriedl: Woher kommt der Haß? Zeitschrift Psychologie Heute Februar 1993.

Hartmut von Hentig: ... der werfe der ersten Stein - Schuld und Vergebung in unserer Welt. Hanser Verlag 1992

Hier noch ein Gedanke von Günther Anders, geboren am 12. Juli 1902 in Breslau, gestorben am 17. Dezember 1992 in Wien:

Durch unsere Technik sind wir in eine Situation geraten, in der wir dasjenige, was wir herstellen und was wir anstellen können, nicht vorstellen können.

Aktion in der U-Bahn

Als Beispiel für eine besondere Form eines "Gesprächskreises" als Beitrag zur Gesundung unserer Gesellschaft nachfolgend ein Bericht über eine Aktion in München:

Unter dem Motto "Hier sind AusländerInnen willkommen" führen in München zwei Frauen, Dagmar Boedicker und Brigitte Lux-Kliesch, demonstrativ Diskussionen zum Thema Fremdenfeindlichkeit. Dazu fahren sie in der Hauptverkehrszeit mit der Münchner U-Bahn und beziehen lautstark in Diskussionen untereinander und mit Fahrgästen Position gegen AusländerInnenhaß und Rassismus in Deutschland. Diese Aktionen waren so erfolgreich, daß davon in verschiedenen Zeitungen in München und im ZDF-Magazin Mona Lisa am 3. Januar 1993 berichtet wurde.

Wer mitmachen möchte, kann sich wenden an:

Dagmar Boedicker
Daiserstraße 45
W 8000 München 70
Tel. (089) 7256547

FIFF ÜBERALL

Berlin

In Berlin gab es einige interessante Treffen. Unter anderem hielt Heike Hengstenberg einen Vortrag zum Thema: "Informatik - nur was für ganze Männer ?! Ansätze zur Vereinbarkeit von beruflichen und anderen Lebensinteressen". Lothar Mikos stellt uns das Thema "Cyberspace als populärer Text" vor. Die Regionalgruppe trifft sich 14-tägig mittwochs um 19.00 Uhr im Institut für Informatik der TU Berlin in der Nestorstraße 8/9 Hinterhaus, 3.Etage, Raum 301.

Am 10. März 1993 findet das Semesterferientreffen der Reginalgruppe bei Latino America, Droysenstraße 1/31 (Ecke Sybelstraße), statt.

Die Organisation der Treffen macht

Heiko Dörr
c/o TU Berlin, FB Informatik
Nestorstr. 8/9
W-1000 Berlin 31
Tel. (030) 89691-106
Fax (030) 89691-123
E-Mail: doerr@inf.tu-berlin.de.

Bonn

Die Vorbereitungen von drei Arbeitsgruppen zur FIFF-Jahrestagung 1992 und die laufenden Arbeiten im FIFF-Büro sowie die Übernahme diverser Vorträge ließen uns in den vergangenen Monaten keine Zeit für zusätzliche Treffen der Regionalgruppe. Zu Beginn des neuen Jahres sind zwei Veranstaltungen vorgesehen:

Im Rahmen der bundesweiten Informationstage "Flüchtlinge schützen - Rassismus bekämpfen" wollen wir zusammen mit der ÖTV-Betriebsgruppe der GMD eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

zum Thema "Grund- und Menschenrechte in Gefahr" mit Roland Appel durchführen. Ferner wollen wir uns im März durch einen Besuch des Visualisierungslabors der GMD in "Virtuelle Realitäten" einführen lassen.

Es gibt eine Stellungnahme von KI-WissenschaftlerInnen aus den USA, die sich gegen die staatliche Vorgaben für KI-Forschung wehren. Das Papier ist von Manfred Domke *(über das Bonner FIFF-Büro, Anschrift siehe unter* **ADRESSEN***)* erhältlich.

Hamburg

Zu Veranstaltungen über "Künstliche Intelligenz und Militär" und "Neuronale Netze und Militär" u.a. mit Robert Aldrige, die zusammen mit der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative und der IPPNW ausgerichtet wurden, kamen ca. 100 BesucherInnen. Das Regionalthema ist zur Zeit vor allem das "21th Century Project" und dessen Anpassung an unsere Verhältnisse. Hierzu gibt es in Hamburg einen Arbeitskreis.

Die Regionalgruppe trifft sich jeden 3. Montag im Semester im Uni-Rechenzentrum (19 Uhr).

Koblenz

Die Koblenzer FIFFerlinge arbeiten nicht in einer eigenen Gruppe, sondern zusammen in und mit verschiedenen anderen Gruppen und Menschen. Dort gibt es noch den Teapot-AK, auch mit der Technologieberatungsstelle TBS Rheinland-Pfalz wurde zusammengearbeitet.

An der Universität Koblenz-Landau liefen folgende FIFF-interessante Aktivitäten:

- Im SS 1992 wurde im Rahmen des Arbeitsbereiches "Modellbildung und Simulation" des Anwendungsschwerpunktes Sozialwissenschaftliche Informatik ein Seminar zum Thema "Simulationswerkzeuge/-anwendungen" durchgeführt, innerhalb dessen auch Modelle zur Rüstungsdynamik vorgestellt, (nach)simuliert und diskutiert wurden.
- Im WS 1992/1993 wird ein Seminar zum Thema "Informatik und Gesellschaft: Informationelle Selbstbestimmung in Informationssystemen" durchgeführt.

Der Arbeitskreis Friedensforschung hat folgende Aktivitäten geplant: Lehrveranstaltungen mit friedenswissenschaftlichen Inhalten, Ringvorlesungen und - in Vorbereitung - Themenvorschläge für friedenswissenschaftliche Studien- und Diplomarbeiten.

Konstanz

Die Regionalgruppe hat sich im Dezember zum ersten Mal seit Monaten wieder im größeren Kreis getroffen. Für das Treffen war von einem Nicht-FIFF-Mitglied das Thema "Nutzung von Mailbox-Systemen" vorbereitet worden und wurde allgemein als sehr informativ empfunden. Außerdem gab es einen Teilnehmer-Innenbericht von der FIFF-Jahrestagung.

Die Regionalgruppe hat an der Vorbereitung und der Durchführung der FIFF-Jahrestagung mitgewirkt.

Im Januar 1993 gab es ein weiteres Treffen. Als Themen waren "Neues zum Thema Computerviren" und "Mobilfunk/Elektrosmog" vorbereitet worden.

München

In München gab es zahlreiche Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Münchner Volkshochschule und dem DGB Bildungswerk Arbeit und Leben. Leider war bei manchen Abenden der BesucherInnenzuspruch sehr gering.

Folgende Veranstaltungen haben wir für die nächsten Monate geplant. Sie finden jeweils um 19.30 Uhr in der Lindwurmstraße 127, Rückgebäude statt.

- 11. März 1993, Der Computer - Chance für die Umwelt oder neue ökologische Gefahren?
- 22. April 1993, Computer und Gesundheit - Umsetzung der EG-Bildschirmrichtlinie 1993
- 13. Mai 1993, Die Chip-Karte in der Krankenversicherung - eine gesunde Entwicklung?
- 17. Juni 1993, EDV-Systeme im Betrieb - die perfekte Mitarbeiter-Innenkontrolle?
- 24. bis 25. April 1993, FIFF-Seminar Datenschutz im Alltag und Beruf

Vom 6. bis 21. Mai 1993 wird in Germering in der Stadthalle der Ausstellung "Moderne Zeiten - Gesunde Zeiten - Arbeit rund um den Computer" gezeigt. Diese Ausstellung wurde 1991 mit Unterstützung der Regionalgruppe erarbeitet und kann ausgeliehen werden bei der

Informationsstelle
Arbeit & Gesundheit
Schwanthalerstraße 91
W-8000 München 2
Tel. (089) 5309531.

Vom 9. bis 13. Juni 1993 ist der 25. Deutsche Evangelische Kirchentag in München. Die Regionalgruppe beteiligt sich am 10. Juni 1993 am Zelt der Arbeit.

Paderborn

Harald Selke versucht einige Aktivitäten in Gang zu bringen. Wer Lust und Zeit hat mitzumachen, wendet sich an ihn *(siehe unter* **ADRESSEN***)*.

FIFF Mailing List

Jede E-Mail, die an
fiff-l@dia.informatik.uni-stuttgart.de
gesandt wird, wird an alle in der Liste eingetragenen Adressen weitergeschickt Anforderungen für Hinzufügungen und Streichungen sind an
fiff-l-request@dia.informatik.uni-stuttgart.de
zu schicken.

LESEN?

Wie verändert uns der Computer?

Daß uns der Computer verändert, ist nicht strittig. Darüber wie er das tut, darüber gehen die Meinungen auseinander. Drei Wege, sich der schwierigen Materie zu nähern, wurden hier versucht.

Der erste ist die Beschreibung von Veränderungen, die Computer im täglichen Leben mit sich bringen. Rudolf Braunburg schildert die Gefahren von Computereinsatz in kritischen Bereichen angesichts der Unfähigkeit der Computer, mit dem "menschlichen Versagen" umzugehen, das allzuoft eben doch ein Technikversagen ist. Donald A. Norman beschreibt seine Schwierigkeiten angesichts der täglichen E-Mail-Flut. Christopher Joyce berichtet über Grenzen und Möglichkeiten von Therapiesoftware. Und Robert Sekuler beschreibt das Schreiben von Texten mit Hilfe von Computern, was er durchaus positiv beurteilt. Für Computergewöhnte findet sich hier kaum etwas neues.

Der zweite Weg ist die Forderung nach bestimmtem täglichen Umgang mit Computern. Astrid Papprotta faßt Untersuchungen zum geschlechtstypischen Computerumgang zusammen. Ihre Schlußfolgerung: Der sachliche Umgang von Frauen mit Computern soll zum Modell für die Beziehung zur Maschine werden. Klaus-Jürgen Bruger beschreibt das Verhältnis von Jugendlichen und Computern. Die "Alten" sehen sich durch die Jugendlichen, die sich trotz Kulturindustrie und wegen der Unfähigkeit der Erwachsenen zum Vorgeben von Leitlinien, ein eigenes "lebendiges Jugendmilieu" schaffen, provoziert. Sie wissen sich nicht anders zu helfen, als mit der Weizenbaumschen Zerstörungsthese zu reagieren, deren Denkfehler Bruger denn auch bereits in der falschen Zuschreibung der Wirkungen sieht: Computer fördern gesellschaftliche Tendenzen, sie bringen nicht von sich aus Schwarz-Weiß-Denken mit sich.

Der dritte Weg ist die Beschreibung von durch Computer Veränderte. Constanze Holden gibt eine Einführung in die KI anhand des Lebenslaufes von Herbert A. Simon, der, wie sie schreibt, bewiesen hat, »daß man, solange die Grenzen eines Systems noch nicht geklärt sind, eine Menge erreichen kann, wenn man einfach so tut, als gebe es sie nicht«. Robert Schurz und Jörg Pflüger haben eine empirische Typisierung des Computerarbeiters versucht: Sie gehen der Frage nach, welche persönlichen Dispositionen eine Nähe zum mechanischen Denken vermuten lassen und zeichnen das Bild eines Computerbegeisterten, das manchem unangenehm aufstoßen wird. Hier finden wir eine Antwort auf die Frage, wie der durch den Computer veränderte Mensch aussieht und aussehen könnte. Vielleicht ein Anlaß zu Selbstreflexion und zum Nachdenken darüber, welche Bedeutung der Computer im eigenen Leben hat.

Die Redaktion von Psychologie Heute hat ein interessantes Buch vorgelegt hat, enttäuscht war ich trotzdem. Denn die Frage, wie uns der Computer verändert, wurde kaum in Angriff genommen. Die dabei wirksamen Mechanismen, die besonderen Strukturen dieser Maschine, welche Einflüsse sie haben und welche Einflußmöglichkeiten wir haben - solche Überlegungen haben mir gefehlt.

Wie uns der Computer verändert. Thema: Persönlichkeit
herausgegeben von der Redaktion Psychologie Heute; Basel: Beltz, 1989

(Christian Swertz)

Lesenswert: InfoTech 4/92

Die Publikation "I+G Informatik und Gesellschaft" des Fachbereichs 8 der Gesellschaft für Informatik (GI) ist nun schon zum vierten Mal als gewichtiger Teil der vierteljährlichen Zeitschrift InfoTech erschienen. In Heft 4/92 wird über die Tagung "Informatik cui bono?", die der Fachbereich im September 1992 in Freiburg durchgeführt hat, mit einer Zusammenfassung von Martin Kalinowski berichtet. Außerdem wird der Tagungsbeitrag von Volker Hauff "Gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen an die Informatik" vorgestellt.

Drei weitere Beiträge bilden den Schwerpunkt "Technikfolgenabschätzung der KI". Nach einem einleitenden Editorial von Lena Bonsiepen berichtet Michael Rader über die Beschäftigung der Enquete-Kommission "Technikfolgen-Abschätzung" des deutschen Bundestags mit Expertensystemen. Ein Beitrag von Constantin Skarpelis "Die Unverdaulichkeit der Paradigmenwechsel" beleuchtet die Übergänge von Hardware- zu Software- und KI-Entwicklung und von der Technikfolgenabschätzung zur Technikgestaltung.

Ein gut dazu passender Artikel findet sich im allgemeinen Teil der InfoTech 4/92. Ralf Klischewski äußert sich zum Thema "Wirkungs- oder Gestaltungsforschung - Technikfolgenabschätzung in der Informatik".

Bezugsadresse:

InfoTech Verlag
Manfred Gelowicz
Eberhardtstraße 53
W 7900 Ulm
Tel. (0731) 25673
Fax (0731) 27433

Der Fall DC-10

Unter dem Titel "The DC-10 Case" ist in den USA ein Buch erschienen, das an Hand der drei spektakulärsten Abstürze dieses Flugzeugtyps in den Jahren 1974, 1979 und 1989 vor allem ethische Aspekte von sogenannten technischen Katastrophen behandelt.

Das Buch besteht aus neuen Artikeln und Abdrucken von bereits andernorts veröffentlichten Beiträgen, aus offiziellen Unfall-Untersuchungsberichten und Protokollen von Kongreß-Anhörungen.

The DC-10 Case. A Study in applied ethics, technology, and society. John A. Fielder und Douglas Birsch (Herausgeber), State University of New York Press, 346 Seiten, 1992

Literaturtips aus dem Bonner Büro

Aspekte und Perspektiven der Technikfolgenforschung
Beiträge und Empfehlungen des Sachverständigenkreises Technikfolgenforschung und eines interdisziplinären Expertenteams an den Bundesminister für Forschung und Technologie vom August 1992, 115 Seiten, kostenlos.

Herausgegeben vom:

VDI-Technologiezentrum,
Physikalische Technologien,
Projektträger
Technikfolgenabschätzung
Postfach 10 11 39
4000 Düsseldorf 1
Tel. (0211) 6214-461

Bernd W. Kubbig: Raketenabwehr als angemessene technologische Antwort auf das politische Proliferationsproblem?
Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, HSFK-Report 9/1992, Oktober 1992, 12.-DM.

Bezugsadresse:

HSFK
Leimenrode 29
6000 Frankfurt 1
Tel. (069) 920054-0
Fax (069) 558481

CPSR-Quellen über Mail

Wer über eine E-Mail-Adresse verfügt, hat auch Zugang zum Dateiarchiv des CPSR (Computer Professional for Social Responsibility). Er braucht nur eine Kommandodatei als E-Mail an die Adresse

listserv@gwuvm.gwu.edu

senden.

Mit Kommandos der Art

GET <filename> <filetype>

kann man sich die gewünschten Dateien besorgen. Welche vorhanden sind, erfährt man/frau mit dem Kommando

GET LISTFILE MEMO bzw.
GET LISTAFD MEMO

Fragen, Kommentare oder Beschwerden über listserv sind an den Betreuer des CPSR Archivs Paul Hyland zu richten über die Adresse:

phyland@gwuvm.gwu.edu.

Anfragen an CPSR selbst sind zu richten an

cpsr@csli.stanford.edu.

TERMINE

15. bis 19. Februar 1993, ICC Berlin,
"UTECH Berlin", Umwelttechnologieforum 1993
Kontakt: Fortbildungszentrum Gesundheit und Umweltschutz Berlin e.V. (FGU Berlin), Kleiststraße 23 - 26, W-1000 Berlin 30,
Tel. (030) 231459-71/72,
Fax (030) 231459-69.

Beim UTECH Berlin wird das gesamte Spektrum der Umwelttechnologien abgedeckt. Von den ca. 40 Einzelveranstaltungen (Seminare, Kongresse, Workshops, Fachtagungen) sind für InformatikerInnen die folgenden besonders interessant: das Seminar "Verwertung und Entsorgung von Elektronikschrott II" am 17. Februar, das Seminar "Konversion" am 20. Februar - wobei der Zusammenhang von Konversion und Umweltschutz im Programmheft nicht weiter erläutert wird - , sowie die Seminare "Informationsgrundlagen für das Flächenrecycling" und "Geo-Informationssysteme und Fernerkundungstechnologien zur Umweltplanung" am 17. bzw. 18. Februar.

17. bis 19. Februar 1993, Hannover
Tagung "Krankmacher Büro"
Kontakt: TBS beim DGB Niedersachsen, Dreyerstraße 6,
W 3000 Hannover,
Tel. (0511) 131373
Fax (0511) 1610270

20. Februar 1993, Bonn
FIFF-Vorstands- und Beiratssitzung, 10 Uhr, FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstraße 44
Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle, Bonn (*siehe* **ADRESSEN**)

22. bis 26. Februar 1993, Darmstadt
Tagung "EDV-Betriebsvereinbarungen"
Kontakt: Institut für sozialverträgliche Technikgestaltung,
Herdweg 10a, W 6100 Darmstadt,
Tel. (06151) 62602
Fax (06151) 62606

25. Februar 1993, Wien
Seminar "Datenschutz bei Kundendateien und Mitgliederverwaltungen"
Kontakt: ARGE Daten, Liechtensteinstr. 94, A-1090 Wien,
Tel. (0043) (222) 3107740
Fax (0043) (222) 3103102

1. bis 3. März 1993, Loccum
Internationales Werkstattgespräch "Friedliche Streitbeilegung als Gesellschaftsaufgabe. Möglichkeiten und Instrumentarien des Konfliktmanagements"
Kontakt: Evangelische Akademie Loccum, W 3056 Loccum, Tel. (05766) 810

9. bis 12 März 1993, San Francisco
CFP '93, Third Conference on Computers, Freedom and Privacy, sponsored by ACM SIGCOMM, SIGCAS and SIGSAC
Kontakt: CFP '93 Information, 2210 Sixth Street, Berkeley, CA 94710, E-Mail: cfp93@well.sf.ca.us

12. bis 14. März 1993, Tutzing
Tagung mit Mitwirkung des FIFF: "Wer rechnet mit wem? in allen Lebensbereichen computern"
Kontakt: siehe Werkstattgespräch vom 1. bis 3. März 1993

15. bis 17. März 1993, Darmstadt
Tagung "Ergonomische Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen"
Kontakt: Institut für sozialverträgliche Technikgestaltung, Herdweg 10a, W 6100 Darmstadt, Tel. (06151) 62602
Fax (06151) 62606

18. März 1993, Wien
Seminar "Datenschutz in der öffentlichen Verwaltung"
Kontakt: siehe Seminar am 25. Februar 1993

2. bis 4. April 1993
Aus- und Weiterbildung zu den Problemen Rüstungsexport/Konversion
Kontakt: Clemens Ronnefeld Dorfstr. 21, W 5448 Krastel

22. April 1993, Wien
Seminar "Telekommunikation, ISDN und Datenschutz"
Kontakt: siehe Seminar am 25. Februar 1993

23. bis 25. April 1993, Freudenberg
FIFF-Vorstands- und Beiratsklausur
Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle, Bonn *(siehe* **ADRESSEN***)*

25. Mai 1993 und 14. Dezember 1993, Frankfurt am Main
"Der fünfte Kondratieff - Perspektiven und Gestaltungsmöglichkeiten in der Informationsgesellschaft"
Kontakt: Deutsche Informatik-Akademie, Ahrstr. 45., W 5300 Bonn 2, Tel. (0228) 3021-64/65
Fax (0228) 378690

4. bis 6. Juni 1993, Tutzing
Tagung mit Mitwirkung des FIFF: "Multimedial vernetzt - Verantwortlichkeiten in der Informationsgesellschaft der Zukunft"
Kontakt: Evangelische Akademie Tutzing, Schloß-Str. 2-4, W 8132 Tutzing, Tel. (08158) 2510
Fax. (08158) 251133

4. bis 6. Juni 1993, Freudenberg
FIFF-Workshop (mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung): "21. Century Projekt: Alternative Forschungs- und Entwicklungsstrategien für das nächste Jahrhundert"
Kontakt: Ralf Klischewski, Universität Hamburg, Fachbereich Informatik/ASI, Vogt-Kölln-Straße 30, 2000 Hamburg 54,
Tel. (040) 54715-367 (Di u. Do),
Fax (040) 54715-303, E-Mail: klischewski@rz.informatik.uni-hamburg.dbp.de

Zum Inhalt des Workshops siehe Artikel "Informationstechnik für das 21. Jahrhundert " auf Seite 24. Achtung: der Workshop ist aufgrund äußerer Bedingungen auf 25 Teilnehmende begrenzt, frühzeitige Anmeldung erforderlich!

Dieses und das Seminar vom 6. bis 10. September 1993 lassen sich als Bildungsurlaub wahrnehmen. Möglichkeiten zur Kinderbetreuung sind vorhanden. Der Gesamtpreis für ein Seminar liegt zwischen 30 und 60 DM und enthält Übernachtungs- und Verpflegungskosten. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte ans Büro (siehe **ADRESSEN**).

15. bis 17.Juni 1993, Dresden
Konferenz "Herausforderungen für die Informationstechnik"
Kontakt: Fraunhofer Gesellschaft ISI, CIT, Breslauer Str. 48, W 7500 Karlsruhe 1, Tel. (0721) 68090

Schon die Eröffnungsansprachen lassen aufhorchen. Nach Wissmann sprechen: Peter Sloterdijk: "Technologie und Weltmanagement", P. Dreyfus (Cap Gemini): "Informationstechnik für den Menschen" und F. Meyer-Krahmer (FhG): "Herausforderungen für die Informatik - Zur Dringlichkeit eines Paradigmenwechsels". Darüber hinaus gibt es 5 Sektionen, die bunt besetzt sind, zu folgenden Themen:

1. Individuum und Gesellschaft: Private Haushalte, Integrität von Dokumenten
2. Wirtschaft: Integrationsprozesse, was erwarten wir?
3. Arbeit: Anforderungen an die IT in der Arbeitswelt
4. Zukunftsorientierter Strukturwandel
5. Kultur: Dimensionen visueller Kultur, neue Dienstleistungen

Tagungssprache ist deutsch und englisch; Die Teilname kosten 250.- DM (alte) bzw. 150.- DM (neue Bundesländer).

4. September 1993, Bonn
FIFF-Vorstands- und Beiratssitzung, 10 Uhr, FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstraße 44
Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle, Bonn *(siehe* **ADRESSEN***)*

6. bis 10. September 1993, Freudenberg
Seminar des FIFF und der Friedrich-Ebert-Stiftung: "Künstliche Welten und gesellschaftliche Realität"
Kontakt: Reinhard Keil-Slawik, Universität GH Paderborn, FB 17 Informatik, Warburger Straße 100, W 4790 Paderborn,
Tel. (05251) 602066,
Fax (05251) 603427

In dem Seminar soll die Einbettung der künstlichen Realität (engl. Cyberspace) genannten Technologie in die soziale Wirklichkeit unter verschiedenen Blickwinkeln behandelt werden. Dabei geht es nicht um technophile Zukunftsschwärmereien. Vielmehr steht die kritische Bewertung praktischer Ansätze im Vordergrund. Vorgestellt und untersucht werden sollen die Einsatzmöglichkeiten dieser Technologie für die Erschließung neuer Erfahrungsbereiche und die damit einhergehenden Gefahren eines Wirklichkeitsverlustes und der sozialen Entfremdung.

9. Oktobert 1993, Bonn, DGB Haus, Endenicherstraße,
FIFF Mitgliederversammlung und FIFF Jahrestagung 1993
Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle, Bonn *(siehe* **ADRESSEN***)*

6. November 1993, Bonn
FIFF-Vorstands- und Beiratssitzung (geplant), 10 Uhr, FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstraße 44
Kontakt: FIFF-Geschäftsstelle, Bonn *(siehe* **ADRESSEN***)*

VIELZWECK-SCHNIPSEL

Die/Der bin ich:
Name:_____ Straße: _____
Wohnort: _____ Mitgliedsnummer (falls bekannt): _____
Telefon (Angabe nur wenn erwünscht, privat): _____ (Arbeit): _____

Das möchte ich:
[ ] Ich möchte [ ] aktives bzw. [ ] förderndes Mitglied des FIFF werden
(Mindestjahresbeitrag ist für Verdienende 100 DM, für Studierende und Menschen in vergleichbarer Situation 25 DM pro Jahr. Mitglieder in den neuen Bundesländern zahlen 60% des Beitrags.)
[ ] Ich möchte, ohne FIFF-Mitglied zu sein, die FIFF KOMMUNIKATION für 25 DM/Jahr abonnieren
[ ] Ich überweise _____ DM auf Konto 48000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000)
[ ] Einzugsermächtigung (siehe unten) ist ausgefüllt

[ ] Ich möchte meine neue/korrigierte Anschrift mitteilen (siehe oben). Meine alte/falsche Anschrift:
Straße: _____ Wohnort: _____

[ ] Ich möchte dem FIFF etwas spenden
[ ] Verrechnungsscheck über _____ DM liegt bei
[ ] Spendenquittung am Ende des Kalenderjahres erbeten

[ ] Ich möchte mehr über das FIFF wissen, bitte schickt mir _____

[ ] Ich möchte gegen Rechnung, zuzüglich Portokosten bestellen:
_____
_____

[ ] Ich möchte das FIFF über einen Artikel/ein Buch informieren
[ ] Zitat (siehe unten)
[ ] Kopie liegt bei

[ ] Ich möchte zur FIFF KOMMUNIKATION beitragen mit
[ ] einem Manuskript zur Veröffentlichung (liegt bei)
[ ] einer Anregung (siehe unten)
_____
_____
_____
_____

[ ] Ich möchte einen richtigen Brief schreiben. Der VIELZWECK-SCHNIPSEL ist nichts für mich!

Bitte ausschneiden und einsenden an FIFF e.V., Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich das FIFF e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag durch Lastschrift einzuziehen.
Jahresbeitrag: _____ DM, erstmals:_____ Konto-Nr.: _____ BLZ: _____
Geldinstitut: _____ Wenn das Konto keine Deckung aufweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstitutes, die Lastschrift auszuführen
Name:_____ Straße: _____
Wohnort: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

(Wir werden Ihre Daten nur für Zwecke des FIFF verarbeiten und keinem Dritten zugänglich machen.)

IMPRESSUM

Die FIFF KOMMUNIKATION ist das Mitteilungsblatt des Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF).

Die Beiträge sollen die Diskussion unter Fachleuten anregen und die interessierte Öffentlichkeit informieren.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die jeweilige AutorInnen-Meinung wieder.

Nachdruckgenehmigung wird nach Rücksprache mit der Redaktion in der Regel gerne erteilt. Voraussetzung hierfür ist die Quellenangabe und die Zusendung von zwei Belegexemplaren.

Heftpreis: 6 DM. Der Bezugspreis für die FIFF KOMMUNIKATION ist für FIFF-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die FIFF KOMMUNIKATION für 25 DM/Jahr (inkl. Versand) abonnieren.

Erscheinungsweise: einmal vierteljährlich

Erscheinungsort: Bonn

Auflage: 1600

Herausgeber: Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF)

Verlagsadresse: FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstraße 44, W 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 219548

Druck: PR-Druck und Verlag, Kölnstraße 292, W 5300 Bonn 1

ISSN 0938-3476

Redaktionsadresse: Friedrich Obermaier, Hohenzollernstraße 24, W 8000 München 40 (Telefon, Fax und E-Mail: bitte beim Verlag bzw. bei der Redaktion erfragen)

Redaktions-Team FIFF KOMMUNIKATION 1/93: Therese Großwiele, Uli Joos, Peter Kaiser, Hans Keller, Friedrich Obermaier, Bernd Rendenbach, Jürgen D. Schroer, Winfried Seidel, Rainer Stadler, Friedemann Gerster-Streit, Hellmut Weber (verantwortlich)

Postvertriebsstücke werden von der Post auch auf Antrag nicht nachgesendet, daher bitten wir alle Mitglieder und Abonnenten, jede **Adreßänderung** rechtzeitig bekannt zu geben.

Hinweis: Entsprechend der ab 1. Juli 1992 gültigen Postdienst-Datenschutzverordnung teilt die Bundespost dem Herausgeber die neue Adresse eines Abonnenten mit, auch wenn kein Nachsendeantrag gestellt wurde. Wer damit nicht einverstanden ist, kann diesem Verfahren innerhalb von 6 Wochen widersprechen.

Was will das FIFF?

Im **Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF) e.V.** haben sich InformatikerInnen zusammengeschlossen, die sich nicht nur für die technischen Aspekte, sondern auch für die gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Fachgebietes verantwortlich fühlen und entsprechende Arbeit leisten wollen:

Erarbeiten einer Geschichte der Informatik, in welcher der entscheidende Einfluß militärischer Ziele für die bisherige Entwicklung der Informatik nicht verschwiegen wird.

Zusammentragen von Wissen über die Wirkung der Informationstechnik auf Gesellschaft und Umwelt, Diskutieren dieses Materials in der Öffentlichkeit.

Suchen nach Möglichkeiten für einen sozialverträglichen Einsatz von Datenverarbeitungs-Anlagen und -Anwendungen; Entwickeln und Erproben einer auf Menschen hin orientierten Informationstechnik.

Schärfen des Verantwortungsbewußtseins von FachkollegInnen; Beitragen zur Verbreitung einer Berufsethik, die den Menschen auch in der Arbeit im Mittelpunkt sieht und es daher nicht zuläßt, die eigenen Kenntnisse für menschenfeindliche Zwecke einzusetzen.

Eintreten in der Öffentlichkeit für einen friedlichen, gesellschaftlich nützlichen Einsatz der Informationstechnik.

Zusammenarbeiten mit vergleichbaren Organisationen in anderen Ländern (Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR) in USA).

Im FIFF sind gleichberechtigt und gleichgewichtig Studierende, WissenschaftlerInnen und im Berufsleben stehende InformatikerInnen organisiert. Sie fordern alle in der Informationstechnik Arbeitenden auf, sich ebenfalls mit dem gesellschaftlichen Umfeld, insbesondere den betrieblichen Voraussetzungen und den sozialen Auswirkungen ihrer Arbeit zu beschäftigen.

Der FIFF-Vorstand

Helga Genrich
(Vorsitzende)
Im Spicher Garten 3
W 5330 Königswinter 21

Hubert Biskup
(stellvertrender Vorsitzender)
Hindenburgdamm 65e
1000 Berlin 45

Ute Bernhardt
Paulstraße 15
W 5300 Bonn 1

Dagmar Boedicker
Daiserstraße 45
W 8000 München 70

Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski
Wiebelskircher Weg 12
O 1065 Berlin

Ralf Klischewski
Goldbachstraße 2
W 2000 Hamburg 50

Ingo Ruhmann
Paulstraße 15
W 5300 Bonn 1

Dietmar Seifert
Junkersring 6
W 7514 Eggenstein

Dr. Cornelia Teller
Kittlerstraße 27
W 6100 Darmstadt

Die FIFF KOMMUNIKATION bittet um Beiträge

Die FIFF KOMMUNIKATION lebt von der aktiven Mitarbeit ihrer LeserInnen. Interessante Artikel, am besten zusammen mit geeigneten Fotos, Zeichnungen, oder Comics zur Illustration sind herzlich willkommen. Die Bearbeitung wird erleichtert, wenn die Beiträge auf Disketten (MS-DOS, nach Möglichkeit ASCII-Format *ohne* Silbentrennung) und zusätzlich auf Papier der Redaktion zugehen. Die Redaktion behält sich Kürzungen und Titeländerungen vor.

Redaktionsschluß für FIFF KOMMUNIKATION 2/93: 5. März 1993 (Leserbriefe und Kurznachrichten der Regionalgruppen und AKs: 19. März 1993).

ADRESSEN

(Das FIFF bemüht sich, den Mitgliedern die Möglichkeit zu regionalen Kontakten und zur Gründung von Initiativen zu geben. Folgende Kontaktadressen wurden uns bisher gemeldet.)

Regionale Kontaktadressen

Hubert Biskup
Hindenburgdamm 65e
W 1000 Berlin 45
Tel. (030) 8341793
E-Mail: hubert@cs.tu.berlin.de

Irina Piens
Schmidstraße 3
O 1020 Berlin

Simone Pribbenow
Uni Hamburg, FB Informatik
Bodenstedtstraße 16
W 2000 Hamburg 50
Tel. (040) 4123-6115
bzw. (040) 54715-367 (Ralf Klischewski)

Hans-Otto Kühl
c/o Schleswag AG
Kieler Straße 19
W 2370 Rendsburg
Tel. (04331) 201-2187

Karin Vosseberg
Uni Bremen, FB Informatik
Postfach 330440
W 2800 Bremen 33
Tel. (0421) 218-2280

Fachschaft Informatik
Carl-von-Ossietzky-Universität
Ammerländer Heerstraße
W 2900 Oldenburg

TU Braunschweig
AK Gesellschaft und Informatik
c/o Fachschaft Informatik
AStA-Fach
Katharinenstraße 1
W 3300 Braunschweig

Charlotte und Rudolf Brinkmann
Heerstraße 264
W 4100 Duisburg
Tel. (0203) 663644

Werner Ahrens
Hohe Geest 120
W 4400 Münster
Tel. (02051) 3054 (p)
(0251) 491-429 (d)

Harald Selke
Uni GH Paderborn
FB17 Mathematik, Informatik
Warburger Str. 100
W 4790 Paderborn
Tel. 05251/602064
E-Mail: hase@uni-paderborn.de

Manfred Keul
Landsbergstraße 16
W 5000 Köln
Tel. (0221) 317911

Manfred Domke
Ölbergstraße 94a
W 5330 Königswinter

Prof. Dr. Michael Grütz
Uni Koblenz-Landau
FB Informatik
Rheinau 3-4
W 5400 Koblenz
Tel.(0261) 9119477
Fax (0261) 37524
E-Mail:
moeh@infko.uni-koblenz.de

Michael Möhring
EWH Koblenz
Rheinau 3-4
W 5400 Koblenz
Tel. (0261) 9119-0 (Verm.)

Ingo Fischer
Dahlmannstraße 31
W 6000 Frankfurt/Main 60

Dr. Cornelia Teller
Kittlerstraße 27
W 6100 Darmstadt
Tel. (06151) 712926

Frank Leidermann
Moltkestraße 10b
W 6750 Kaiserslautern
Tel. (0631) 13750

Wolfgang Schneider
Schwabstraße 7
W 7000 Stuttgart 1
Tel. (0711) 621575

Claus Stark
Fachhochschule Heilbronn
FB Medizinische Informatik
Max-Planck-Straße 39
W 7100 Heilbronn
Tel. (07131) 504-354 u. -336

Gerhard Jordan
Gottesauer Str. 22
W 7500 Karlsruhe
E-Mail:
gjordan@hpwad.wad.hp.com

Thomas Freytag
Am Briel 48
W 7750 Konstanz
Tel. (07531) 50367

Dr. Werner Langenheder
Albert-Ludwig Universität
Institut für Informatik und Gesellschaft
Friedrichstr. 92
W 7800 Freiburg im Breisgau
Tel. (0761) 2034989

Timm H. Klotz
Franz-Wiedemeier-Str. 108
W 7900 Ulm
Tel. (0731) 385657

Bernd Rendenbach
Grünwalderstraße 145a
W 8000 München 90
Tel. (089) 6422119

Prof. Dr. Horst Müller
Inst. f. math. Maschinen und DV der Uni Erlangen-Nürnberg
Martensstraße 3
W 8520 Erlangen

Eberhard Zehendner
Schubertstraße 4
W 8900 Augsburg
Tel. (0821) 414554 (p)
(0821) 598-2176 (d)
E-Mail: zehendner@mathi4.informatik.uni-augsburg.de

Überregionalen Arbeitskreise

AK RUIN "Rüstung und Informatik"

Helga Genrich
Im Spicher Garten 3
W 5330 Königswinter 21
Tel. (02244) 3264

AK "FIFF in Europa"

Dagmar Boedicker
Daiserstraße 45
W 8000 München 70
Tel. (089) 7256547

FIFF-Geschäftsstelle

Reuterstraße 44
W 5300 Bonn 1
Tel. (0228) 219548
Fax (0228) 214924
(E-Mail an das Büro bitte über Helga Genrich: Helga.Genrich@gmdzi.gmd.de)

Das Büro ist dienstags von 14 bis 19 Uhr und donnerstags von 16 bis 19 Uhr besetzt. Der Geldverkehr läuft über das Konto 48000798 der Sparkasse Bonn (BLZ 38050000).

Forum InformatikerInnen für Frieden und
gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF)

KOMMUNIKATION

Postvertriebsstück Z 7625 F
Gebühr bezahlt

48

1/93

SCHLUSS-

(Fredi Brodmann, aus "Computer-Rausch", siehe Seite 2)

Halbleiter statt Nervenzellen

Bionik-Institut sucht Gehirnersatz

Wissenschaftler verschiedenster Fachbereiche wollen mit modernster IT-Technik und biologischen Implantaten zerstörte Zellgewebe im menschlichen Gehirn austauschen. »Manche Teile im Gehirn sind ersetzbar, weil nur bestimmte Funktionen des Nervennetzes zerstört sind«, erklärt Uwe Gill, Geschäftsführer der Gesellschaft für angewandte Künstliche Intelligenz, Insiders, und Gründungsgesellschafter eines Fördervereins für die Neurobionik-Forschung.

Programmierte Chips und neuronale Netze auf Siliziumbasis könnten Gehirnfunktionen simulieren und geschädigte Hirnteile ersetzen.

Allerdings verzögert sich der für Ende 1992 geplante Baubeginn des Forschungszentrums "International Neurobionics Institute", da laut inoffiziellen Angaben die finanziellen Unterstützungen ausbleiben. An dem Institut werden amerikanische Neuroinformatiker und Computional Neuroscicence-Spezialisten, Firmen wie Siemens oder die Mainzer Insiders sowie der Neurochirurg Hans-Werner Bothe und der Biokybernetiker Rolf Eckmiller mitarbeiten. Das Projekt, so versichert Gill, soll auch ethische Fragen klären.

(gefunden in der Computerzeitung Nr. 29 vom 5. November 1992)